

BAL

DUPLICATE
HOOVER LIBRARY



LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

1927 / HEFT 3

BERLIN, DEN 18. JANUAR

30 PFENN

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONAL

AUS DEM INHALT

Das Lügengespinst / Murphy: Nach der britischen Reichskonferenz
Spektator: Die Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks / Sonter: Die
Stellung der II. Internationale zum Imperialismus / Die Beschlüsse der
Erweiterten Exekutive im Lichte des Leninismus

L1011

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927 HEFT 3 18. JANUAR

I N H A L T

	Seite
Das Lügengespinnt	97
Murphy: Nach der britischen Reichskonferenz	104
Spektor: Die Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks	111
Songer: Die Stellung der II. Internationale nach dem Kriege zum Imperialismus	119
Gentenaar: Die Bilanz der Koalition	127
Duret: Die französischen Sozialisten und die Kolonialfrage	132
Humbert-Droz: „Cahiers du bolchévisme“	137
L.: Sozialistische Monatshefte	140
Anhang :	
Die Beschlüsse der 7. Erweiterten Exekutive im Lichte des Leninismus	144

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar „

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DAS LÜGENGESPINST

Die von der deutschen Sozialdemokratie auf offene Bestellung der internationalen Bourgeoisie veranstaltete Hauptprobe einer Kriegsprovokation ist ins Wasser gefallen. Die Massen hegen ein derartiges Vertrauen und eine derartige Sympathie für die Sowjetmacht, daß den Lockspitzeln die Hauptsache mißglückte: die Massen durch die Plötzlichkeit ihrer Erfindungen zu betäuben, sie durch die „Sensation“ ihrer „Enthüllungen“ stutzig zu machen; es mißlang ihnen, sich die Bestürzung der überraschten Massen zunutze zu machen, um sie vor die vollendete Tatsache aggressiver Handlungen zu stellen, die in ihrer weiteren Entwicklung zu einer Kriegskatastrophe führen. Die Erfahrungen aller Kriege und Interventionen in der Periode, in welcher das Proletariat bereits als klassenbewußte Macht in der Geschichtsbühne auftritt, beweisen, daß es der bürgerlichen Leitung unmöglich ist, sich ohne die entsprechende, den Massenwillen lähmende psychologische Vorbereitung zu behelfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß einem künftigen Kriege zwischen einzelnen imperialistischen Gruppierungen, einem neuen Ueberfall auf die Sowjetunion oder einem offenen kriegerischen Angriff auf die chinesische Revolution eine ähnliche Vorbereitung vermittelt der Giftgase von Provokation und Lüge vorangehen wird. Es unterliegt desgleichen keinem Zweifel, daß die internationale Bourgeoisie hinsichtlich dieser organisierten Präparation der „öffentlichen Meinung“ die Hauptrolle den Führern der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zuweist. Daraus erklärt sich unter anderem die ausschließliche Zärtlichkeit, die die kriegerischsten Kreise der Bourgeoisie, vor allem die englischen, den Führern der deutschen Sozialdemokratie entgegenbringen. Das geheime Herzensbündnis, das Birkenhead und Scheidemann vereint, und das System gegenseitiger Gefälligkeiten, das Breitscheid so eng mit dem englischen Erkundungsdienst verknüpft, sind keine Zufallserscheinungen, da der englische Imperialismus durchaus systematisch bestrebt ist, die Führer der deutschen Sozialdemokratie als Lieferanten von Kanonenfutter auszunutzen. Der „Granaten“-Feldzug stellt selbstredend nicht die letzte Unternehmung in dieser schändlichen Aktion des deutschen Reformismus dar. Es kann von vornherein gesagt werden, daß das Versagen der einen Kampagne, so kompromittierend es für ihre Veranstalter auch sein mag, die deutschen sozialdemokratischen Führer nicht veranlassen wird, auf die Waffen der Verleumdung und Lüge zu verzichten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Henker der deutschen proletarischen Revolution, die Streikbrecher von Beruf, in Revolutionsepochen gar keine andere „historische“ Rolle spielen können.

*

Das Versagen der gegen die Sowjetunion gerichteten Kampagne zeigt sich nicht nur darin, daß es den Scheidemännern nicht gelungen ist, ihrer Sen-

sation von der angeblich vorhandenen Verbindung zwischen der Sowjetunion und den reaktionären deutschen Militaristen auch nur einen Schein von Wahrhaftigkeit zu verleihen. Kein einziger Scheidemann in der Welt konnte trotz seines Glaubens an die Allmacht der Verleumdung daran zweifeln, daß die Massen bei einer auch nur oberflächlichen Prüfung der Angelegenheit diese widerwärtige provokatorische Lüge weit von sich weisen würden. Gerade deswegen aber bemühten sich die Veranstalter der Kampagne, den Rahm abzuschöpfen, ehe noch die Massen der Angelegenheit auf den Grund gehen konnten. Die Veranstalter der „Granatenkampagne“ verfolgten damit die Absicht, den Hokuspokus mit dem berüchtigten Sinowjew-Brief zu wiederholen: hat doch dieser Hokuspokus trotz seiner Kurzlebigkeit Baldwin ans Staatsruder gebracht.

Doch war das Ziel, das die Reaktion diesmal mit der sozialdemokratischen Fälschung verfolgte, komplizierter als während der englischen Parlamentswahlen. Es handelte sich darum, die Sozialdemokraten als Sachwalter des englischen Imperialismus in die „Große Koalition“ hineinzubringen und dieses Unternehmen unter den Paukenschlägen pazifistischer Phrasen durchzuführen. Selbstverständlich verzichtet die deutsche Sozialdemokratie auch heute nicht auf die Vertrauensstellung, die ihr das Foreign Office übertragen hat. Aber eben weil die kriegerischen Pläne des englischen Imperialismus einen immer aktiveren Charakter annehmen, werden auch die dienstlichen Pflichten der sozialdemokratischen Führer komplizierter, wird ihre Verbindung mit dem englischen Erkundungsdienst direkter und unmittelbarer. Ein unter diesen Umständen erfolgter Eintritt der Scheidemann und Wels in die Große Koalition würde bedeuten, daß die Organisierung einer Intervention gegen die USSR zu ihrer unmittelbaren praktischen Aufgabe wird. Bei einer so gearteten Tätigkeit wird ihnen die pazifistische Maske im Augenblick besonders unentbehrlich.

Zur Vertuschung des wirklichen Zieles, das die anglo-französische Bourgeoisie dazu veranlaßt, die deutschen Sozialdemokraten in die Regierung hineinzubringen, müssen irgendwelche anderen Beweggründe untergeschoben werden, die das Verhalten der Genfer Friedensengel erklärlich machen sollen. Weshalb sollte in der Tat die Londoner und Pariser Diplomatie so beharrlich erreichen wollen, daß die Sozialdemokraten in die Regierung eintreten? Weshalb sollten sie Stresemann diese Bundesgenossen aufhalsen wollen? Wollte man dem „Vorwärts“ Glauben schenken, so tun sie es, um ihnen in der Regierung die Ausübung der Funktionen zu übertragen, die bisher von der Kontrollkommission der Entente in Deutschland versehen wurde. Nach den Versicherungen des „Vorwärts“ sollten die Auslassungen Scheidemanns zeigen, daß die größte Partei Deutschlands mit vorbehaltloser Entschiedenheit für die Einhaltung der bestehenden Verträge und für vollkommene Aufrichtigkeit im Verkehr mit den Nachbarn eintrete, und daß demgemäß alle Voraussetzungen für eine Kontrolle fortfielen („Vorwärts“ vom 17. Dezember 1926). Aber was wird kontrolliert und gegen wen richtet sich die Kontrolle? Welche besonderen Aufgaben stellt der deutschen Regierung heute die europäische Reaktion, der die lakonisch übertriebene Unterwürfigkeit Stresemanns nicht genügt und die ihre Interessen im Vorstand der Sozialdemokratie rückversichern will?

Der wirkliche Sinn der Scheidemann-Aktion besteht darin, daß die vor-

behaltlose Bereitschaft der Sozialdemokratie gezeigt werden soll, zum „Schutz“ des friedliebenden pazifistischen anglo-französischen Imperialismus gegen die angreifende kriegerische Sowjetunion vor nichts zurückzuschrecken. Die Granatenprovokation verfolgt das Ziel, den Massen einzureden, daß die Sowjetunion zum Kriege rüste, daß sie die angreifende Partei sei, daß die Imperialisten voll Selbstlosigkeit und Zartgefühl seien. Bis zu welchem Grade hierbei die Sozialdemokratie als unmittelbare Agentin der englischen Zentrale auftritt, bis zu welchem Grade sie unmittelbare Interventionsziele verfolgt, ist aus den Erklärungen der russischen Menschewisten zu ersehen, die gemeinsam mit Otto Bauer auf dem „linken Flügel“ der Zweiten Internationale stehen. So sagt z. B. der „Sozialistischeski Wjestnik“ vom 20. Dezember in seinem den „Sowjetgranaten“ gewidmeten Leitartikel folgendes:

„Bekanntlich werden in die Außenpolitik des Bolschewismus zwei Gedanken eingeflochten: der eine ist sozusagen ideologischer Art und besteht in dem Bestreben, in Anwendung der für den Kommunismus kennzeichnenden Methoden die Entwicklung der sozialen Weltrevolution voranzutreiben; der zweite Gedanke ist von unmittelbar praktischer Art und bezieht sich auf den Kampf gegen England, der in gewissem Sinne die Fortsetzung der traditionellen anglo-russischen Gegnerschaft in Asien bildet... Während der Blütezeit des russischen „Kommunismus“ äußerte sich dies sogar in der Asienpolitik der Sowjetregierung, die sich bekanntlich der „Erhebung der unterdrückten Völker“ als Hauptwaffe bedient. Im Interesse des Kampfes gegen England machte die kommunistische Revolutionspropaganda vor den Grenzen Afghanistans, Persiens, der Türkei halt. Hier wurde sie durch den Beistand für die Regierungen dieser Länder ersetzt... Aber die Blütezeit ist lange vorbei: Das Vorantreiben der sozialen Weltrevolution tritt zurück... Dagegen wird die Rivalität mit England zum Selbstzweck, für den die „soziale Weltrevolution“ des öftern nur noch als Vorwand dient... Die Rivalität mit England wird zum Angelpunkt der Außenpolitik des Bolschewismus.“

In diesem Zitat ist die gesamte Philosophie der sozialdemokratischen Granatenmänner enthalten. Kein einziger offiziell besoldeter, in öffentlicher Verbindung mit dem Erkundungsdienst stehender Agent des englischen Imperialismus kann mehr aussagen, als es in diesem Falle die Führer der Zweiten Internationale tun. Von dieser Theorie ausgehend, haben die Scheidemänner ihre „furchtbaren Enthüllungen“ aufgelesen und ausgeschmückt, um die Angst der Philister und Spießbürger anzufachen. Wenn es sich in der Tat so verhält, wie der internationale Menschewismus versichert, wenn wirklich als alleinige Sicherung des Friedens die christlichen Gefühle und hohen Tugenden der englischen, amerikanischen, französischen, italienischen, deutschen und anderen Imperialisten gelten können, die zudem durch den Nobel-Friedenspreis belohnt worden sind, wenn als die einzige verderbliche Macht, die dieses pazifistische Idyll verhindert, die Sowjetunion auftritt, der „die Rivalität mit England zum Selbstzweck geworden ist“, — dann ist eine gegen die Sowjets gerichtete militärische Intervention nicht nur zulässig, sondern auch unerläßlich. Dann haben die Führer der Zweiten und der Amsterdamer Internationale vollkommen recht, wenn sie bemüht sind, alles zu tun, um die gekränkten Friedensstifter, d. h. die internationalen Imperialisten, zu stärken und zu schützen, und um den Friedensstörer, d. h. die Sowjetunion, zu schwächen und zu vernichten. Dann — aber nur dann! — hat der „Vorwärts“ ein Recht, darüber empört zu sein,

daß die Rote Armee es sich erlaubt — sogar ohne Chamberlain und dessen sozialdemokratische Agenten befragt zu haben! —, ihre technische Wehrhaftigkeit und Kampffähigkeit zu erhöhen! Dann — aber nur dann! — ist der schamlose Zynismus am Platze, mit welchem die Chamberlain und Hindenburg, die Macdonald und Scheidemann der Sowjetunion vorschlagen, die Entwaffnung vorzunehmen und gefügig den Augenblick abzuwarten, wo es den Imperialisten beliebt wird, vermittels ihrer Luftflotten und Giftgase mit dem Lande der proletarischen Diktatur Schluß zu machen.

Die „Enthüller“ sind so sehr von ihrem Haß gegen die Sowjetunion verblindet, daß sie nicht bemerkten, wie diese Philosophie sie unwiderruflich als die schlimmsten Agenten der Intervention kennzeichnet und sogar den reformistisch gesonnenen Arbeitern jeglichen Glauben an das nimmt, was diese offenkundigen Feinde der Roten Armee sagen, raten und der Sowjetunion andichten. Können nach alledem die Arbeiter ihnen, den Agenten der Intervention, glauben, daß die Rote Armee in blindem Selbstvernichtungswillen den bewaffneten Mächten der Reaktion bestehe, also den gleichen Mächten, die für die proletarische Revolution, in erster Linie aber für die Grundfeste dieser Revolution, die Sowjetunion, eine Gefahr darstellen? Diese „Kleinigkeit“ ist von den „Enthüllern“ nicht in Betracht gezogen worden; sie sind den Massen so sehr entfremdet, daß sie beim Ausarbeiten aller Einzelheiten des Antisowjetfeldzuges einen solchen Faktor übersehen konnten, wie die in den breiten Arbeitermassen der ganzen Welt lebendige und wachsende Liebe zur Roten Armee einer ist.

Aber der Mißerfolg des Feldzuges bedeutet natürlich noch nicht, daß die Scheidemann auf seine Weiterführung, auf die weitere Vorbereitung der Geister zum Kriege mit der USSR verzichten werden; sie werden wahrscheinlich versuchen, ihre Machenschaften durch neue Enthüllungen zu stützen, wobei sie den Beistand der weißgardistischen Fälscherzentralen suchen und noch irgendwelche erfundenen Sensationen in Umlauf bringen werden. Es hieß in der Presse, daß die Helden der Zweiten Internationale sich anschicken, den Granatenleichen aus Deutschland nach Frankreich hinüberzusenden, in der augenscheinlichen Hoffnung, daß es den wunder-tätigen Genies der Grumbach und Renaudel gelingen werde, ihm für die französischen Leser neues Leben einzuhauchen. Das sozialistische Winkelblättchen „Populaire“, das für seine Begeisterung eine neue Geldquelle gefunden hat und nun wieder als Tageszeitung zu erscheinen hofft, schickt sich an, seine ersten Nummern mit der Berliner Sensation zu zieren.

Welche weitere Ränke die Provokateure aber auch schmieden mögen, die Granatenkampagne hat ihr wahres Wesen bereits enthüllt. Sie ist als Hauptprobe zum Kriege insofern lehrreich, als sie anschaulich gezeigt hat, wie am Vorabend des militärischen Zusammenstoßes die Kräftegruppierung aussieht. Diese Erfahrung gewährt den breiten Arbeitermassen die Möglichkeit, zu sehen, welche Rolle die reformistischen Führer im kritischen Moment spielen werden, sich davon zu überzeugen, daß die Bourgeoisie sich nicht zu einer unverhüllten Intervention gegen die USSR entschließen kann, ehe nicht die Sozialdemokratie den Versuch unternimmt, in den Massen die entsprechende Stimmung vorzubereiten, und daß sie keine Intervention wagen wird, wenn es unmöglich sein wird, diese Stimmung zu erzeugen. Die militärischen Mächte

der Bourgeoisie werden nicht eher die Offensive ergreifen, als ihre sozialdemokratischen Agenten den Versuch gemacht haben werden, in einem wahnwitzigen politischen provokatorischen Sturmangriff die Bande der proletarischen Solidarität, die die werktätigen Massen der ganzen Welt mit der Sowjetunion verknüpfen, zu zerreißen, die mehr oder minder gefestigten Zentren der Gewerkschaftseinheit in allen Ländern zu zertreten und das Bewußtsein der Massen zu betäuben.

Die zweite, nicht minder bedeutsame, wenn nicht gar noch bedeutsamere Lehre der letzten Kampagne besteht in der anschaulichen Demaskierung der ultralinken Führer als aktiver Krieganstifter. Es unterlag gewiß auch früher keinem Zweifel, daß die bewußt gewollte Linie der heutigen Ultralinken unausweichlich ins Lager der Gegenrevolution führe, aber es war kaum vor auszusehen, daß sie es so bald und in so widerwärtiger Form tun werde. Heute aber hat die Kampfpraxis selbst gezeigt, daß die ultralinken „kommunistischen“ Führer für die bürgerliche Kriegsvorbereitungszentrale ebenso notwendig sind wie die Reformistenführer. Die Reichstagsrede von Schwarz war kein einfacher reaktionärer Ausfall eines kläglichen Schwätzers, der sich von seinen Handlungen keine Rechenschaft ablegt, sondern ein vorgesehener, unentbehrlicher Teil des gesamten provozierenden Aktionsplanes. Es war sicher kein Zufall, daß die linke sozialdemokratische Presse die Rede von Schwarz ungekürzt abdruckte, wie es sicher auch kein Zufall ist, daß der „Vorwärts“ noch nie so viel umsichtige Besorgtheit für die Ruth-Fischer-Gruppe offenbart hat, indem er seine Beziehungen zu ihr auf das sorgfältigste geheim hält, und zwar gerade jetzt, wo er den angeblich „nur für Parteimitglieder“ bestimmten Fischer-Bericht an führender Stelle zitiert. Sowohl der „Vorwärts“ als auch schlechthin die politische Polizei werden Schwarz und dessen Genossen ihre — noch so überhitzte — verfälschte, auf Phrasen beschränkte Linksrichtung in Anbetracht ihrer provokatorischen Ausfälle gegen die USSR gern nachsehen. Denn Paris ist eine Messe wert!

Es ist Aufgabe der Kommunisten aller Länder, zu erreichen, daß die anschaulichen Lehren der „Granatenkampagne“ möglichst bald Gemeingut der breiten Massen der Werktätigen werden.

*

Es wäre jedoch ein unverzeihlicher Fehler, das Mißlingen der Scheidemann-Kampagne als Beweis dafür anzusehen, daß die militärischen Vorbereitungen der Bourgeoisie ungenügend durchdacht seien. Im Gegenteil, die Ereignisse der letzten Wochen haben noch mehr erhärtet, daß diese Vorbereitungen systematisch und vielseitig betrieben werden, daß die Kriegspläne der internationalen Reaktion eine durchaus reale Gefahr in sich bergen. Gerade in den Tagen, da die Kampagne in Deutschland unternommen wurde, erfolgte in Litauen der faschistische Umsturz und setzte das neue komplizierte englische Manöver in China ein. Die Bourgeoisie entrollt ihren Angriffsplan gegen die Revolution in internationalem Maßstab und in rascherem Tempo.

Es braucht nicht mehr bewiesen zu werden, daß hinter der faschistischen Umwälzung in Litauen die englische und polnische kriegerische Reaktion steht. Die Nebelschleier, mit denen in den ersten Tagen die faschistischen

Diplomaten in Litauen ihre Aktionen zu verhüllen suchten, die Kundgebung ihrer Unversöhnlichkeit gegenüber Polen und ihres Festhaltens am Vertrag mit der Sowjetunion, sind natürlich keinen Heller wert. Die englische Regierung hat den Verschwörern offenkundig Mut eingeflößt, indem sie der früheren Regierung demonstrativ eine Anleihe versagte und dabei betonte, daß diese Absage die Vergeltung dafür sei, daß die Regierung nicht an der Einkreisung der Sowjetunion teil haben wolle. Die faschistische Regierung kümmerte sich nicht lange um die öffentliche Meinung, um derentwillen sie ihre sklavische Abhängigkeit vom englischen Kapital verhehlte und die Absicht simulierte, sich des Pilsudskischen Joches zu erwehren. Die Köpfe der vier hingerichteten Kommunisten sind der Ergebenheitstribut, den die Herren Woldemaras und Smetona der internationalen Börse in aller Eile darbrachten, und mit dem sie sich das vollkommene Vertrauen von London und Warschau erkaufen. Weitere Tribute werden nicht auf sich warten lassen. Ein bestialischer Terror gegen Kommunisten, Gewerkschaften, proletarische und bäuerliche Organisationen kann auch die anspruchsvollsten Birkenheads durchaus befriedigen.

Aber dieselben blutigen Opfer des litauischen Terrors erinnern die Arbeiter und Bauern aller Länder nochmals daran, welchen Preis der englische Imperialismus sich für seine „Geneigtheit und Freundschaft“ zahlen läßt. Gleichzeitig veranlaßt der litauische Terror, auch die Tatsache in Betracht zu ziehen, daß der litauische Erfolg nicht umhin kann, die internationalen Verschwörer des Faschismus neu anzuspornen. Das Schicksal Litauens droht unmittelbar einer Reihe von Ländern, vor allem den Völkern Finnlands und Lettlands. Nur die unbeirrbar Wachsamkeit des Proletariats, seine organisierte Aktivität, die Gewerkschaftseinheit, die Verbindung mit der Bauernschaft und die internationale Solidarität der Werktätigen kann die blutige Gefahr des Faschismus und des Krieges abwenden.

*

Auch der „neue“ Kurs des englischen Imperialismus in China wurde sehr bald vom chinesischen Volke durchschaut. Herr Lampson, der mit den zärtlichsten Absichten nach China gekommen war, führte ein — auch für einen englischen Diplomaten — unverhältnismäßig großes Gefolge von Kreuzern und Minenbooten mit sich. Die englischen See- und Luftstreitkräfte versammeln sich wie die Geier um die wichtigsten Mittelpunkte des nationalen Revolutionskampfes. Das „versöhnliche“ Memorandum O'Malleys, das den offiziellen Beginn des neuen Kurses bedeutet, ist bereits von den Notizen der Kantonregierung gebührend gewürdigt worden. Durch dieses Memorandum will die englische Bourgeoisie unter der Maske der Friedensliebe und des Verständigungswillens die Finanzierung der Mukdener Gegenrevolution legalisieren, indem sie Tschang Tso-lin und Sun Tschuan-fang in der Form von Zöllen neue Geldquellen zuschanzt.

Die englischen „Friedensstifter“ sind bestrebt, die nationale Revolutionsbewegung zu spalten, die minder zuverlässigen Elemente der Bourgeoisie gegen die Sowjetunion einzusetzen und in noch größerem Maße die Militärintervention zu entfalten. Im einzelnen findet dieser „neue Kurs“ darin seinen Ausdruck, daß die bürgerliche Presse Englands ganz plötzlich, wie auf Geheiß, das Vorhandensein „verschieden zu bewertender“ Elemente in

der chinesischen nationalen Revolutionsbewegung entdeckte und zu unterstreichen begann. Sogar die „Daily Mail“ spricht in ihren marktschreierischen Ueberschriften nicht mehr einfach von „kriegerischen Aktionen gegen Britannien“, sondern von „kriegerischen Aktionen der chinesischen Arbeiter gegen Britannien“. Auf diese Weise werden die Arbeiter als unverbesserliche Sünder von den „Nationalisten“ gesondert, deren moralische Besserung Sache des O'Malleyschen Memorandums und der Lampsonschen Kreuzer sein soll. Angesichts der Nachricht von Ueberfällen auf die englischen Niederlassungen tröstet dasselbe Blatt seine Leser damit, daß die Ueberfälle „nur von Soldaten“ verübt worden seien, daß die kantonesischen Offiziere als Beschützer von Leben und Besitz der Ausländer aufgetreten seien und dadurch „einer Tragödie vorgebeugt“ hätten. Das gleiche System der reinlichen Scheidung zwischen Arbeitern und sonstigen Revolutionsteilnehmern wird neuerdings sogar in den kurzen Mitteilungen der anderen Zeitungen, insbesondere der „Times“, eifrig in Anwendung gebracht. Die englische Diplomatie baut offenkundig auf eine Spaltung der chinesischen Revolutionsbewegung, auf den Versuch, die bürgerlichen und schwankenden Elemente an sich zu ziehen und vermittels einer bewaffneten Intervention die für diese Zärtlichkeiten unempfindlichen Elemente, d. h. die besten Kräfte des chinesischen Volkes zu zertreten. Diese ganze Kampagne vollzieht sich unter der Parole des Kampfes gegen den „Moskauer Bolschewismus“, denselben Bolschewismus, der nach dem vorurteilsfreien Beschluß der Sachverständigen in der Zweiten Internationale die einzige Quelle aller Nöte und Leiden der Imperialisten in China darstellt.

Sind die englischen Imperialisten davon überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, auf diese Weise das chinesische Volk zu betrügen, das die blutige Praxis der englischen Friedensstifter aus eigener Erfahrung kennt? Es ist das kaum anzunehmen. Wenn solche Hoffnungen auch bestanden hätten, so müßten die durch das Memorandum hervorgerufenen unzähligen Volksversammlungen in China diese Hoffnungen Lügen gestraft haben. Aber das Lockmittel des „neuen Kurses“ zielt nicht nur und nicht so sehr auf das chinesische Volk ab, wie auf die englischen Arbeiter; eben sie möchte die Diplomatie durch eine Aenderung ihrer Taktik in China hinters Licht führen! Wir sehen also eine unter selbstredend anderen Bedingungen und mit etwas veränderten Mitteln vorgenommene Wiederholung des gleichen Systems, auf dem die „Granatenkampagne“ der deutschen Sozialdemokraten aufgebaut ist. Es ist für die englische Bourgeoisie im Interesse der Kriegsvorbereitung unerläßlich, die Solidarität zwischen dem deutschen Proletariat und der Sowjetunion zu zerstören, und so sucht sie den Beistand der Scheidemann und Schwarz. Die englische Bourgeoisie muß im Interesse der Intervention die Solidarität zwischen dem englischen Proletariat und der chinesischen Revolution zerstören, und deshalb sucht sie die Unterstützung nicht nur Lampsons, sondern auch Macdonalds. Der Pazifist und Christusverehrer Macdonald gibt sich den Anschein, als bemerke er nicht das gepanzerte Gefolge Lampsons, und ist bemüht, die Arbeiter von dem „aufrichtigen“ Verständigungswillen Englands zu überzeugen. (Siehe seinen Aufsatz in der letzten Nummer der „Socialist Review“.) Wenn nun die englische Admiralität „aufrichtig“ die Verständigung erstrebt, so ist es klar, daß die Verantwortung für das Fehlen einer solchen Verständigung einzig

und allein auf die Chinesen fällt. Wiederum erweist sich als die gekränkte Unschuld die Regierung seiner Majestät und als Angreifer das chinesische Volk. „Gott ist gegen den Angreifenden!“ — könnte im Falle einer offenen Intervention der Pazifist Macdonald mit den Worten eines anderen Pazifisten, Wilhelms von Hohenzollern, sagen. Dementsprechend schreibt Macdonald in demselben Aufsatz:

„Wenn sich die Kantonregierung gegen das (von der englischen Regierung vorgeschlagene) Abkommen aussprechen wird, dann wird sie die Verantwortung für alle unersprißlichen Vorkommnisse tragen müssen. Vorläufig muß die englische Arbeiterbewegung eine abwartende Stellung einnehmen und nicht auf die durch kommunistische Intrigen hervorgerufenen Aktionen und Kundgebungen hereinfließen. Diese Aktionen und Kundgebungen werden nicht nur nicht zum Frieden führen, sondern umgekehrt nur die Elemente in der Kantonregierung und überhaupt in China stärken und ermutigen, die mit aller Gewalt einen Konflikt mit England herbeiführen wollen.“

Um der Möglichkeit eines Krieges mit der Sowjetunion vorzuarbeiten, versuchen die Macdonald, das anglo-russische Einheitskomitee zu sprengen. Um der Möglichkeit einer offenen Intervention in China vorzuarbeiten, sind sie bestrebt, auf die Arbeiter einzuwirken, daß diese eine abwartende, d. h. passive und verräterische Stellung in bezug auf die chinesische Revolution einnehmen. In dem einen wie dem anderen Falle sind die Reformistenführer bemüht, die proletarische Solidarität zu brechen, um den Piraten des Imperialismus den Weg zu ebneten.

Das Siebente Erweiterte Plenum unterstrich die drohende Gefahr des nahenden Krieges; es erinnerte alle Sektionen an ihre Pflicht, im Tageskampf auf der Grundlage konkreter Forderungen systematisch und beharrlich die breiten Massen für den Kampf gegen diese Gefahr vorzubereiten und zu organisieren. Die Thesen über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale besagen in bezug auf diese Gefahr folgendes:

„Es ist wichtig, daß in der Tagesagitation die Kampagne gegen den drohenden neuen imperialistischen Krieg in den Vordergrund gerückt wird, wobei dem Proletariat die drohende Kriegsgefahr und die Bereitschaft zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg klar gemacht werden muß.“

Die Ereignisse in der letzten kurzen Zeitspanne seit der Sitzung des Erweiterten Plenums zeigen, in welchem Maße die Kriegsgefahr wirklichkeitsgemäß ist. Die Proletarier aller Länder müssen auf der Hut sein.

J. T. MURPHY :

NACH DER BRITISCHEN REICHSKONFERENZ

Seit dem Abschlusse der Verhandlungen der Britischen Reichskonferenz war die britische Presse des Lobes voll über die Festigung der „Bande des Weltreiches“. Dröhnende Phrasen über die „Britische Gemeinschaft der Nationen“ haben Spalten über Spalten der Zeitungen und Zeitschriften gefüllt. Die Konservativen haben mit den Ministern der Dominions zusammen gespeist und einander mit schmeichelhaften Ansprachen traktiert. Führende

Mitglieder der Arbeiterpartei haben mit den Ministern der Dominions zusammen gespeist und sind in den Chor der Verhimmelung des Weltreichs eingefallen. Die Führer der britischen Genossenschaftsbewegung haben die Ministerpräsidenten der Dominions eingeladen, mit ihnen zusammen zu speisen und haben die „neue Verständigung“ freudig begrüßt. Eine solche allgemeine Anbetung des britischen Imperialismus ist bisher in der Geschichte Großbritanniens noch nicht dagewesen. Die Presse hat ihre Arbeit gut geleistet. Nachdem sie die Reichskonferenz in der heuchlerischsten Weise, die man sich vorstellen kann, aufgezogen hat, hat sie die große Masse der Politiker mit Phrasen berauscht.

Diese Kampagne wurde zu dem Zwecke geführt, den wirklichen Zustand der Dinge zu beschönigen und unter den großen Massen Illusionen zu verbreiten. Wir wollen daher versuchen, zu analysieren, inwieweit die Britische Reichskonferenz „die Bande des Weltreichs“ gefestigt oder eine neue Aera in der Krise des britischen Imperialismus angekündigt hat.

Die Konferenz beschränkte sich in der Hauptsache auf die Fragen, die ausschließlich die Dominions betreffen, und vernachlässigte völlig die zahlreichen Millionen des Weltreiches, die nicht das geringste Maß von Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit besitzen. Es wurde auf sie nur als auf einen Gegenstand der Ausbeutung hingewiesen. Wo waren die Vertreter von Nigeria, der Goldküste, der Massen Indiens, der Malayischen Staaten, Burmas, Aegyptens, Mesopotamiens, des Irak? Sie waren einfach nicht vertreten. Man überließ es ihnen, über die Bemühungen nachzudenken, die zur Sicherung ihrer Abhängigkeit betrieben werden, an die Bomben zu denken, die im Irak geschleudert wurden, an die Antwort Großbritanniens auf die Bestrebungen der Aegypter nach Unabhängigkeit nachzudenken, über die Vorgänge in Amritsar in Indien und über die Gewaltmaßnahmen, die gegenüber allen aufständischen Unterdrückten angewendet wurden.

Wie haben die verschiedenen Parteien über die Reichskonferenz geurteilt? Zunächst ein konservatives Organ:

„Die Konferenz des Jahres 1926 hat das jüngste Stadium in der Entwicklung des Weltreichs unzweideutig und unmißverständlich gestaltet. Bis zu einem gewissen Punkte war es möglich, daran zu denken, daß sich das Mutterland und die Dominions zu einer Art Föderation mit einer Zentralbehörde für gewisse Zwecke vereinigen . . . Es ist seit langem offenbar, daß die politische Reife der Dominions und viele andere Ursachen den Strom der Bestimmung von diesem Laufe abgelenkt hatten, und daß die Zukunft des Weltreichs und aller seiner Bestandteile auf einer völlig freien Zusammenarbeit unter dem Antriebe der gemeinsamen Ideale und der gemeinsamen Interessen beruhen muß.“ („Observer“ vom 19. Dezember 1926.)

Die Arbeiterpartei sagt in ihrer Monatsschrift „The Labour Magazine“ vom Dezember:

„Es ist ein neues verfassungsmäßiges Verhältnis zwischen den Dominions und dem Mutterlande festgesetzt worden, das verspricht, die Einheit der britischen Gemeinschaft der Nationen weit wirksamer zu bewahren, als dies jemals möglich erschien . . . Den antiimperialistischen Redensarten, die das Britische Reich als ein Ungeheuer der Unterdrückung und der Gier hinstellten, wird der Boden entzogen werden; das Reich ist zu einer freiwilligen Gemeinschaft geworden, in der kein Mitgliedsstaat gegen seinen Willen festgehalten werden kann.“

Die Uebereinstimmung zwischen der Konservativen Partei und der Arbeiterpartei in dieser Frage der Beziehungen im Weltreiche ist also gründlich hergestellt.

Zwingt uns aber dieses reichliche Lob der Verhandlungen und der Ergebnisse der Reichskonferenz dazu, unsere Schlußfolgerungen in bezug auf den Zeretzungsprozeß des britischen Weltreiches zu revidieren? Es ist notwendig, diese Frage zu stellen, da hinsichtlich der Frage der Zukunft des britischen Weltreiches sich ein krasser Gegensatz zwischen der Einschätzung der Lage durch die Komintern und der Einschätzung durch die Reformisten und durch die Bourgeoisie Großbritanniens zeigt. Die von uns angeführten Zitate geben zu, daß durch diese Reichskonferenz eine bestimmte Aenderung festgesetzt worden ist. Worin besteht diese Aenderung? Zum ersten Male in der Geschichte des britischen Weltreiches ist es einer Anzahl seiner Bestandteile gelungen, der Zentralregierung eine gewisses Ausmaß ihrer Unabhängigkeit abzuwingen, das es der Zentralregierung unmöglich macht, eine einheitliche Außenpolitik wie bisher zu erzwingen, und das die Zentralregierung des Rechtes beraubt, in ihre inneren Angelegenheiten einzugreifen. Man hat versichert, daß diese Beschlüsse nur registrieren, was bereits vor der Konferenz bestanden hatte, wir glauben aber, daß dies eine Unterschätzung der Lage ist. Vor der Konferenz hatten weder Australien noch Südafrika die Ernennung eigener Gesandter in anderen Ländern ins Auge gefaßt, und andererseits hatte kaum einige wenige Wochen zuvor das Eingreifen des Generalgouverneurs Lord Byng in die inneren Angelegenheiten Kanadas eine Krise hervorgerufen, den Sturz der Regierung Kanadas herbeigeführt und diese Frage in den Vordergrund der Reichskonferenz gedrängt. Der Ministerpräsident von Südafrika, General Hertzog, hält sich gemäß der „Times“ weiter für berechtigt, mit seiner Flaggenvorlage weiterzugehen, und er hält an der Berechtigung des „Volkes Südafrikas fest, die britische Reichsflagge in dem Augenblicke niederzuholen, den es dafür für geeignet hält“. Es steht für uns daher außer Frage, daß die Beschlüsse der Reichskonferenz ein neues Stadium in der inneren Entwicklung des Weltreiches anzeigen, ein Stadium, das den Dominions größere Freiheit gewährt, ihren eigenen politischen Lauf zu verfolgen, ohne von der britischen Regierung gezügelt zu werden. Falls in dieser Frage irgendwelche Zweifel bestehen, so dürfte das Vorgehen des Handelskommissärs Australiens in den Vereinigten Staaten geeignet sein, sie zu beseitigen. Nach dem „Daily Herald“ vom 4. Dezember teilte Sir Hugh Denniston der Handelskammer von New York mit, daß „Australien beabsichtige, einen diplomatischen Vertreter nach Washington zu entsenden, um dem guten oder schlechten Beispiel der Vereinigten Staaten zu folgen, eine Zollmauer zu bauen, wobei mit Amerika gegenseitige Vorrechte festgesetzt werden sollen“. Er erklärte weiter, daß „Australien das einzige britische Dominion sei, das eine eigene Flotte besitze. Australien ist bereit, Hand in Hand mit den Vereinigten Staaten vorzugehen, um den Stillen Ozean sowohl den Tatsachen wie dem Namen nach zu einem stillen zu machen“. Hieraus können wir schließen, daß separatistische Tendenzen vorhanden sind und nicht die Tendenz nach Einigkeit des Weltreiches. Diese Tendenzen werden durchaus nicht durch den demonstrativen Protest gegen die Mandatskommission des Völkerbundes berührt, denn soweit in dieser Frage eine Einheitsfront bestand, wurde sie wieder durch die Weigerung der Dominions gesprengt, irgendetwas mit dem Locarno-Pakt zu tun zu haben. In dieser Frage teilen sie das besorgte

Streben Amerikas, sich von den „Verwicklungen der europäischen Politik“ frei zu halten.

Diese Tatsachen, Konflikte und Aenderungen in den diplomatischen An-
gelegenheiten und die verfassungsmäßigen Neuentwicklungen sind nur eine
Widerspiegelung der Differenzen und Widersprüche in den wirtschaftlichen
Beziehungen zwischen den Dominions und dem „Mutterlande“. Sie spiegeln
die Tatsache wider, daß Großbritannien schnell seine wirtschaftliche, finan-
zielle und daher politische Hegemonie über diese Länder verliert. Die sepa-
ratistischen Tendenzen, die auf der Konferenz so klar zutage traten, stehen
mit dem Niedergange des britischen Kapitalismus und der wachsenden In-
dustrialisierung der Dominions im Zusammenhang. Es bedarf hier nicht
der Wiederholung von Zahlen, um den wirtschaftlichen Niedergang Groß-
britanniens darzulegen. Diese Zahlen sind jetzt wohl bekannt. Baldwin
selbst mußte vor der Konferenz einen beschwörenden Ton anschlagen, und
er bemühte sich, die Ministerpräsidenten der Dominions zu trösten über
Großbritanniens gegenwärtige Unfähigkeit, Kapital zu beschaffen, indem
er auf das Kapital hinwies, das Großbritannien in der Vergangenheit aus-
geführt hat. Aber diese Art Trost löst nicht die gegenwärtigen Schwierig-
keiten. Die Dominions brauchen Kapital, Bevölkerung, Märkte, und Groß-
britannien ist weniger fähig denn je, all dies zu liefern. Baldwin erzählte
der Konferenz, daß London bis zum Jahre 1925 den Dominions 850 Mil-
lionen Pfund Sterling geliehen habe. Er erinnerte die Konferenz aber weder
an das Verbot der Kapitalausfuhr aus Großbritannien im Jahre 1925 und
an das tatsächliche jetzt bestehende Verbot, noch an die Tatsache, daß es
in diesem Jahre statt eines Ueberschusses zu Ausfuhrzwecken ein Defizit
von 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling in der Bilanz des Reiches geben wird.
Zugleich bringt die kanadische Finanzzeitschrift „Canadian Monetary Times“
folgende Zahlenangaben über den Verkauf von kanadischen Schatzscheinen:

	Kanada	Groß- britannien	Vereinigte Staaten	Insgesamt
1910	39,3	188,1	3,6	231,0
1913	45,6	277,5	50,7	373,8
1919	705,4	5,1	199,4	909,9
1921	213,3	12,2	178,1	403,6
1923	427,9	2,4	84,5	514,8
1924	336,8	3,6	239,5	579,9
1925	234,0	31,0	205,0	470,0
1926 (1. Halbj.)	146,7	—	180,1	326,8

Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Ministerpräsident Kanadas,
Mc Kenzie King, sagt: „Wir brauchen Kapital. Wir würden es aus Groß-
britannien nehmen; wenn wir es aber hier nicht bekommen können, müssen
wir es woanders finden.“ Alle sagen dasselbe, und der Grund ist klar.
Die Industrialisierung der Dominions ist es, die dies erfordert. Die nach-
folgende Tabelle beleuchtet diesen Prozeß:

a) Industrie Kanadas

	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Arbeiter in Tausend	Gesamt- kapital in Millionen	Bruttowert d. Produkt. in Millionen	Gesamtbe- völkerung in Millionen
1900	14 650	339	125	480	5,3
1910	19 218	515	847	1,166	6,9
1913	21 291	512	1,985	1,393	7,9
1923	22 642	525	3,380	2,781	9,1

Die obigen Ziffern zeigen zunächst ein Anwachsen der Anzahl der Betriebe und der Arbeiter und zweitens ein ungeheures Anwachsen des angelegten Kapitals und der Produktenwerte. Die Fabrikindustrie Kanadas hat sich in den letzten zehn Jahren um 300 Prozent vermehrt, wie dies der Oberkommissär Kanadas im „Manchester Guardian Commercial“ vom 11. Oktober 1923 nachwies. Im Jahre 1880 waren 95 Prozent der Bodenfläche Kanadas Agrargebiet, im Jahre 1920 nur 67 Prozent.

b) Die Entwicklung des Bergbaus zeigt die gleiche Tendenz:

Wert der Mineralen- förderung in Mill. Dollar	Kohlenförderung 1000 Tonnen	Blei Mill. Pfund	Zink Mill. Pfund	Nickel Mill. Pfund
1913 144,0	1914 13 600	1914 33,3	1914 7,2	1914 45,5
1920 217,8	1919 13,590	1920 34,0	1917 29,7	1920 61,11
1924 209,5	1923 16,991	1923 111,2	1922 56,4	1924 69,5
1925 238,4	1925 13,135	1925 253,6	1925 111,0	1925 73,1

Die gleichen Tendenzen zeigen sich auch in Australien:

I. Industrialisierung

	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Arbeiter	Wert der Anlagen und Maschinen Mill. Pfd. Sterling	Wert d. Pro- duktion Mill. Pfd. St.	Anzahl der verwendeten PS.
1909	13,197	266,661	26,9	108,0	—
1913	15 550	337 162	37,3	161,6	442 154
1919/20	16 291	276 700	60,0	292,0	660 016
1920/21	17 113	386 639	68,7	324,6	742 481
1921/22	18 023	395 400	78,1	320,3	798 093
1923/24	20 189	429 990	99,6	348,6	1 110 774

2. Anwachsen der Gesamtproduktion

	1901	1911	1921	1924
	In Millionen Pfund Sterling			
Ackerbau	23,8	38,8	81,9	81,1
Viehzucht	36,9	69,8	69,3	145,0
Milchwirtschaft, Geflügelzucht usw.	—	—	44,4	—
Forstwirtschaft und Fischerei	—	—	10,4	—
Bergbau	21,9	23,5	20,0	24,7
Industrie	—	51,3	320,3	348,6

3. Produktion der Wollfabriken

	1901	1911	1921/22	1923/24
Anzahl der Arbeiter	1619	3030	6101	7532
Wert der Maschinen (in 1000 Pfd. Sterling)	214	437	1850	3000
Verbrauch von Wolle (in 1000 Pfd. Sterling)	6024	8827	26 153	—
Wert der Produktion (in Mill. Pfd. Sterling)	—	—	4,1	4,9

Gemäß dem Berichte der Abteilung für Ueberseehandel der britischen Regierung für Juni 1925 ist in einigen Fällen die Errichtung britischer Fabriken in Australien nicht erfolgreich gewesen. Daran ist nach dem Berichte teilweise schuld „die Tatsache, daß sich der inländische Markt nicht als genügend groß erwiesen hat, um die Produkte der Betriebe aufzunehmen, deren Leistungsfähigkeit eine beträchtliche Produktion erfordert. Es wird bald notwendig sein, selbst wenn es jetzt nicht notwendig ist, daß die australische Industrie in gewissen Zweigen einen Ausfuhrmarkt finde, um diese Schwierigkeit zu überwinden“.

Gemäß dem „Manchester Guardian Commercial“ vom 21. Juni 1923

„wird Australien in bezug auf Wollwaren schnell zum Selbstversorger“, da neben bestehenden Firmen schnell britische Firmen errichtet werden.

Diese Tabellen beleuchten die wachsende Konkurrenz in Fabrikaten und das Problem der Ausfuhr von Rohstoffen aus den Dominions. Die chronische industrielle Depression in Großbritannien hat einen Rückgang auf dem einheimischen Markte herbeigeführt, und die Dominions sind gezwungen, außerhalb des Britischen Reiches zu verkaufen und daher auch außerhalb des Britischen Reiches einzukaufen. Dies bezeugen die bereits angeführte Feststellung der Australischen Handelskommission und die Feststellung der Südafrikanischen Handelskommission in London im letzten Jahre über die Notwendigkeit neuer Märkte, um die Ausfuhr aufzunehmen. Zugleich berichtet die „Times“ vom 23. Dezember 1926 von der Uebertragung eines Auftrages auf Lokomotiven im Werte von 400 000 Pfund Sterling an Deutschland, während der britischen Maschinenbaufirma Beye Peacock ein Auftrag von 100 000 Pfund Sterling übertragen wurde. Die Frage der Märkte ist in bezug auf die sich entfaltenden Produktionskräfte fundamental.

Diese Frage wird durch die Ausfuhr von Kapital nach den Dominions nicht leichter gestaltet, selbst wenn überflüssiges Kapital zur Ausfuhr vorhanden ist. Noch weniger ist dies der Fall, wenn die Ausfuhr von Kapital die Form einer „Kapitalflucht“ nach den Dominions oder anderswohin annimmt. Und dies ist das bereits erreichte Stadium des Niedergangs des britischen Kapitalismus. Führende Kapitalisten schlagen jetzt offen vor und beginnen auch tatsächlich, ihren Industrieapparat nach den Rohstoffquellen hin zu verlegen, eine Politik, die von Sir A. Mond, dem Führer des neuen chemischen Trusts, verfochten wird und die ein Wesenszug führender bürgerlicher Zeitschriften geworden ist. (Siehe Artikel von Mc Curdy in der „Contemporary Review“ vom Dezember 1926.) Wenn das Kapital in dieser Form die Flucht ergreift, ist es schwierig, zu begreifen, wie es die „Bande des Weltreichs“ festigen kann, was immer seine Wirkung auf das Schmarotzertum in Großbritannien selbst sein mag. Es ist nicht das Schmarotzertum, das die Entwicklung der Wirtschaft vorwärtstreibt, von der die großen Massen abhängig sind, sondern die Entwicklung von Märkten, die die volle Ausnützung des Apparates der britischen Industrie erfordert. Dieser Prozeß zieht jedoch, während er das Kapital und den Industrieapparat in Bewegung setzt, nicht die Massen mit sich, die auf die Straße gesetzt werden. Nur ein kleiner Teil der qualifizierten Arbeitskräfte wird mit versetzt, während das Heer der Arbeitslosen in Großbritannien selbst anschwillt. An die Möglichkeit, die Millionen arbeitsloser Arbeiter in den Dominions unterzubringen, ist nicht zu denken, solange in den Kolonien eine überreichliche Bevölkerung vorhanden ist, die unter sklavenhaften Bedingungen zur Industrie herangezogen werden kann. Das Anwachsen des Schmarotzertums in Großbritannien ist daher nicht das Anzeichen einer sich entwickelnden Einheit innerhalb des britischen Weltreiches, sondern gerade das Gegenteil davon, das Kennzeichen des Niederganges. Denn das Weiterbestehen der Verarmung der Massen Großbritanniens, die Verlegung seines Kapitals und seiner Industrie nach anderen Ländern stärkt nicht Großbritanniens Stellung als Markt, sondern gerade im Gegenteil. Die Entwicklung der Kolonien kann die Macht Großbritanniens nur gerade so lange stärken und fördern, als diese die Form der Gewährung von Geldanleihen an ein industriell rück-

ständiges Land zum Ankaufe von britischen Fabrikaten annimmt. Wenn die Entwicklung der Kolonien dieses Stadium überschritten hat, so verschärft jeder Schritt vorwärts in der Industrialisierung der Dominions und der Kolonien die Widersprüche des Weltreichs und geht darauf aus, es in Stücke zu zerreißen, in dem Maße, wie die Frage der Märkte gegenüber den Produktionskräften immer schärfer gestellt wird.

Es wird viel Wesens gemacht aus den großen Käufen pro Kopf der Bevölkerung in den Dominions und aus der Tatsache, daß 40 Prozent der Ausfuhr Großbritanniens nach den Dominions gehen, und man behauptet, daß dies den Weg zur Rettung weise. Man argumentiert, daß dies die Richtigkeit der Förderung des Handels innerhalb des Weltreiches beweise, wobei man die Tatsache vergißt, daß der Höchstpunkt der Ankäufe durch die verhältnismäßig kleine Bevölkerung bereits erreicht ist. Diese Frage ist vom britischen Schiffbau in einer dem Handelsamte vorgelegten Denkschrift aufgerollt worden, worin es heißt:

„Um Märkte für unsere Ausfuhr zu finden, ist es um so besser für uns, je größer die Kaufkraft des Einzelnen ist; aber wir müssen eine große Anzahl von Käufern haben. Beispielsweise nimmt Neuseeland 16 Pfund Sterling pro Kopf von uns, der größte Durchschnittswert der Einfuhr pro Kopf der Bevölkerung, da aber seine Bevölkerung nur 1½ Millionen beträgt, benötigt und bezieht es weniger als 3 Prozent des Gesamtwertes unserer Ausfuhr. Andererseits weisen die Vereinigten Staaten mit 9 Schilling pro Kopf einen der niedrigsten Durchschnittswerte der Einfuhr pro Kopf der Bevölkerung auf, da aber die Bevölkerung dort 105 Millionen beträgt, benötigen und beziehen sie fast 7 Prozent des Gesamtwertes unserer Ausfuhr. Es wird behauptet, daß sowohl Kanada als auch Australien den notwendigen Boden und das notwendige Klima besitzen, um den gesamten eingeführten Weizen und den größten Teil des eingeführten Fleisches und der Molkereiprodukte, die in unserem Lande verbraucht werden, herzustellen; aber mit einer Bevölkerung von weniger als 9 Millionen in Kanada und ungefähr 5½ Millionen in Australien ist es offenbar, daß, selbst wenn alle eingeführten Lebensmittel, die wir verbrauchen, dort produziert würden, wir sie nie kaufen könnten, da in jenen Ländern eine nicht genügende Anzahl von Käufern vorhanden ist, die die einzigen Dinge verbrauchen könnten, die wir im Austausch anzubieten hätten, nämlich unsere Fabrikate.“

Dies stellt uns wieder vor die Fragen der Auswanderung, die, wie Baldwin der Reichskonferenz erklärte, „an Bedeutung alle anderen übertrifft, soweit viele der von uns hier Vertretenen in Betracht kommen“. Sechs Jahre lang hat es in Großbritannien 1 bis 2 Millionen Arbeitslose gegeben, trotzdem ist die Auswanderung heute kleiner als vor dem Kriege, obgleich sie jetzt vom Staate unterstützt wird, was früher nicht der Fall war. Diese Tatsachen allein beweisen, daß es ein gewaltiges Hindernis geben muß, das die Auswanderung unmöglich macht. Was ist dieses Hindernis? Es kann einfach nur darin bestehen, daß die Dominions nicht die verarmten Massen Großbritanniens benötigen, sondern Einwanderer mit Kapital, und diese fallen weder vom Himmel noch erstehen sie aus den verarmten Massen Großbritanniens.

In jeder der grundlegenden Fragen, vor denen die Britische Reichskonferenz stand, waren ähnliche unlösbare Widersprüche offenbar.

SPEKTATOR:
DIE FOLGEN DES ENGLISCHEN BERG-
ARBEITERSTREIKS

Der Streik der englischen Bergarbeiter übertraf an Umfang alle bisherigen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in England die Höchstzahl der infolge von Streiks und Aussperrungen während eines Jahres verlorenen Arbeitstage auf das Jahr 1921 entfiel, als dort der Streik im Kohlenbergbau drei Monate lang dauerte, und die Zahl der verlorenen Arbeitstage insgesamt 85,87 Millionen betrug. Nun aber bezifferte sich die Zahl der allein infolge des Streiks der Grubenarbeiter in England bis Ende Oktober verlorenen Arbeitstage bereits auf 126,15 Millionen und dürfte bis Ende November auf weit über 140 Millionen gestiegen sein. Wenn man zu den streikenden Bergarbeitern auch noch jene Arbeiter hinzuzählt, die infolge des Kohlenmangels zur Arbeitseinstellung genötigt waren, so übersteigt die Zahl der im Zusammenhang mit diesem Streik verlorenen Arbeitstage bei weitem die Zahl der Verluste in allen sozialen Konflikten der Nachkriegszeit zusammengenommen. Diese Verluste betragen für die Jahre 1919 bis 1925 insgesamt 194,42 Millionen Arbeitstage, während die Zahl der in sieben Monaten des Bergarbeiterstreiks verlorenen Arbeitstage in England bereits 220 bis 240 Millionen beträgt.* Die Zeitschrift „Economist“ hat Recht, wenn sie ausführt, daß allein die Verluste infolge des Streiks im Kohlenbergbau um das Zwölfwache alle Verluste übersteigen, die durch die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit in England im Durchschnitt der letzten 25 Jahre entstanden sind. Daraus wird ersichtlich, bis zu welchem Grade die Verschärfung des Klassenkampfes in diesem Jahre fortgeschritten ist.

Eine derartige Erschütterung des gesamten sozialen Organismus des Landes konnte natürlich nicht umhin, die Wirtschaft des Landes zu beeinflussen, und man muß sich wundern, daß der englische Kapitalismus im großen und ganzen diesen überaus heftigen Angriff ausgehalten hat. In der Tat schien es zu Beginn des Streiks, daß England, wo der Kapitalismus sich zweifelsohne im Niedergange befindet, und wo sämtliche Krisen der Nachkriegszeit besonders schmerzhaft empfunden wurden, nicht imstande sein wird, den neuen, schweren und auf lange Sicht geführten Schlag zu überwinden, der ihm durch einen derart langandauernden Streik versetzt werden würde. Dieser altersschwach werdende Kapitalismus hat aber nicht nur den Schlag ausgehalten, sondern sammelt, wie schon die ersten Monate nach der Beendigung des Streikes zeigen, erneut seine Kräfte, um den Kampf gegen den kontinental-europäischen Kapitalismus aufzunehmen und zu versuchen, die Märkte, die ihm dieser während der Streiks abgejagt hat, zurückzuerobern. Eine Analyse der Auswirkungen des Streiks muß infolge-

* Wir nehmen dabei an, daß in den sieben Monaten im Durchschnitt 500 bis 600 000 Arbeiter nicht gearbeitet haben.

dessen nicht nur auf jene Folgen hinweisen, die dieser Streik in bezug auf die weiteren Geschicke des englischen Kapitalismus unvermeidlich zeitigen wird, sondern muß auch die Quellen klarstellen, aus denen der englische Kapitalismus seine Kräfte während dieses Kampfes geschöpft hat und was ihm letzten Endes die Möglichkeit gewährte, die durch einen derart langandauernden Streik ausgelösten wirtschaftlichen Erschütterungen trotz alledem auszuhalten. Die letztere Frage ist für uns deshalb wichtig, weil sie ein besonderes Licht auf die politische und soziale Bedeutung solcher Zusammenstöße wirft, wie der soeben zu Ende gegangene Bergarbeiterstreik.

Vor allem ist es notwendig, soweit sich das jetzt überhaupt schon ermöglichen läßt, den genauen Umfang des Streiks festzustellen. Wenn man vom Generalstreik absieht, so hat der Streik 1,1 Millionen Bergarbeiter erfaßt. Bei Beendigung des Streiks hatte sich diese Zahl verringert. Wenn man der Wirtschaftspresse Englands Glauben schenken soll, so arbeiteten Mitte September ungefähr 100 000 Bergarbeiter, im Oktober ungefähr 160 000 und Ende November ungefähr 390 000 Grubenarbeiter. Bis zum November hatten wir also ungefähr eine Million streikender Arbeiter in der Kohlenindustrie. Außerdem hat infolge des Streiks die Gesamtzahl der Arbeitslosen zugenommen, die in England vor dem Streik, ohne die Streikenden im Kohlenbergbau, ungefähr eine Million, Ende Mai 1,6 Millionen und im November immer noch 1,55 Millionen betrug. Vollerwerbslose gab es ungefähr 1 350 000, Kurzarbeiter 250 000. Im allgemeinen ist der „Economist“ der Anschauung, daß infolge des Streiks etwa 1,50 bis 1,75 Millionen Arbeiter außer Arbeit waren. Das ist zweifelsohne ein grandioser Streik. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter in England annähernd 17 Millionen beträgt, so macht die Zahl von 1,50 bis 1,75 Millionen etwa 10 Prozent aus und, im Vergleich mit der Zahl der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten in Höhe von 12 Millionen — 12,5 bis 14,6 Prozent. Der Arbeitsminister berechnet den Verlust an Arbeitskräften während des Streiks sogar auf 15 Prozent („Times“ vom 15. September 1926). Wenn man die Gesamt-Jahresbilanz der Arbeit der Gesamt-Arbeiterklasse Englands nimmt, so haben wir hier einen Rückgang der Arbeitssumme um etwa 6 bis 7 Prozent. Der „Economist“ stellt verschiedene Berechnungen dieser Verluste in Wertgrößen an. Während Anfang Oktober der Handelsminister Englands die durch den englischen Streik entstandenen Verluste auf 250 bis 300 Millionen Pfund Sterling veranschlagte, schätzt sie „Economist“ auf 350 Millionen Pfund Sterling und fügt zu ihnen noch die 15 Millionen durch den Generalstreik entstandenen Sonderausgaben hinzu. Welchen Prozentsatz macht diese Summe im Gesamteinkommen des Landes aus? Letzteres wird überaus verschieden eingeschätzt; die zuverlässigste Berechnung veranschlagt das Gesamteinkommen des Landes auf 3600 Millionen Pfund Sterling. Das würde bedeuten, daß die infolge des Streiks entstandenen Verluste fast 10 Prozent des Gesamteinkommens ausmachen. Das ist durchaus wahrscheinlich, da die Produktivität der Arbeit in den vom Streik am stärksten betroffenen Industriezweigen — im Kohlenbergbau, in der Verhüttungsindustrie, im Maschinenbau und im Textilgewerbe — am höchsten ist, so daß, infolge der Schwierigkeiten in diesen Industriezweigen, der Streik stark die Gesamtlage des Landes beeinflussen muß.

Auf welche Weise wurden nun diese Ausgaben gedeckt? Man muß im

Auge behalten, daß jene Arbeiter, die infolge des Streiks ohne Arbeit blieben, ohne daß sie am Streik selbst beteiligt waren, aus den Versicherungskassen die wöchentliche Unterstützung in Höhe von 18 Shilling für Erwachsene und 7,5 Shilling für Minderjährige erhielten; Verheiratete erhielten außerdem noch einen Zuschlag. Man nimmt an, daß im Durchschnitt jeder Arbeitslose 1 Pfund Sterling pro Woche erhielt. Da sich infolge des Streiks etwa 400 000 Familien als arbeitslos erwiesen, so haben sie im Durchschnitt pro Woche 400 000 Pfund Sterling Unterstützung erhalten, d. h. 12 Millionen Pfund in 30 Wochen, von denen die Regierung den Versicherungskassen 11 Millionen vorgeschossen hat. Was die streikenden Bergarbeiter betrifft, so erhielten sie von den Versicherungskassen keine Unterstützung, vielmehr wurde ihnen durch besonderen Beschluß der Gerichtsbehörden das Recht zum Bezuge der Armenunterstützung entzogen, und diese Unterstützung wurde nur ihren Familien gewährt. Während des Streiks aber hat sich die Zahl der Armenunterstützungs-Empfänger allein in England und Wales um 1,2 Millionen erhöht. Im Durchschnitt machte diese Unterstützung pro Woche 12 Shilling für Frauen und 4 Shilling für Kinder aus. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 27. Oktober, der wir diese Angaben entnehmen, berechnet, daß der Staat und die Gemeinden in den ersten Monaten des Streiks an verschiedenen Unterstützungen 20 Millionen Pfund Sterling ausgezahlt haben.* Dieses Blatt vergißt, ebenso wie andere Unternehmerorgane, daß mindestens 40 bis 50 Prozent der durch den Streik entstandenen Verluste den Arbeitslohn betreffen. Infolgedessen betragen die Verluste der Arbeiter, selbst wenn man die Angaben des „Economist“ als den Durchschnitt, der die größte Wahrscheinlichkeit besitzt, zugrunde legt, 140 bis 175 Millionen Pfund Sterling.

Womit haben nun die Arbeiter den Ausfall an Arbeitslohn gedeckt? Durch ihre aus früherer Zeit stammenden Ersparnisse, die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften, die Beihilfe der Genossenschaften, die ihnen Waren auf Kredit abgaben und — in der Hauptsache aber — durch Einschränkung des Konsums. Genaue Angaben über den Konsum der Massen liegen noch nicht vor, aber die Tatsache an sich steht außer Zweifel. Darauf weist auch der Rückgang der Einfuhr von Baumwolle, Wolle, Butter, Rohstoffen usw. hin. Mit einem Wort: Es wiederholte sich die gleiche Geschichte wie während des imperialistischen Krieges, der nur deshalb weitergeführt werden konnte, weil der Konsum der Volksmassen eingeschränkt worden war. In ganz der gleichen Weise hat auch jetzt die Einschränkung des Konsums der Arbeiter der englischen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, nicht nur die starke Einengung der eigenen Produktion, sondern auch die Einschränkung der Einfuhr auszuhalten.

Der Konsum der herrschenden Klassen sowie die Akkumulation des Kapitals haben beide fast keine Einbuße erlitten und gingen weiter. Darauf weist der Umstand hin, daß die Einnahmen der englischen Unternehmungen im dritten Quartal des laufenden Jahres zwar nicht besonders stark zugenommen haben, dennoch aber im Vergleich zum vorhergegangenen Quartal eine Steigerung um 2,8 Prozent aufweisen und somit insgesamt (nach

* Der Redakteur des „Economist“ schätzt im „Wirtschaftsdienst“, November 1926, die Ausgaben der Gemeinden an Armenunterstützung auf insgesamt 6 Millionen Pfund Sterling.

den Berechnungen des „Economist“) 24 Millionen Pfund Sterling ausmachen. Wenn somit die Steigerung der Einkünfte der Betriebe in bezug auf ihr Tempo keine so rasche war, wie in den vorhergegangenen Quartalen, in denen ihre Steigerung 8,3 Prozent bzw. 7,6 Prozent in den beiden ersten Quartalen 1926 ausmachte, so ist sie dennoch noch ziemlich erheblich. Ebenso sehen wir, daß die Akkumulation des Kapitals weitergeht, da die Emission im dritten Quartal 1926 die vorjährigen Emissionen um das Zweifache übersteigt. Während im vergangenen Jahre im dritten Quartal die Emission 22,8 Millionen Pfund betrug, beträgt sie in diesem Jahre 36 Millionen Pfund und für Oktober und November 55,1 Millionen Pfund. Weiter sehen wir, daß die Bewegung der Aktienkurse in England ebenso ansteigt (die Aktienkurse von 20 großen Gesellschaften überstiegen im Oktober 1926 die jeweiligen Kurse der Aktien im Oktober 1925). Ebenso sind auch die Bank-einlagen in bedeutender Höhe geblieben und zeigten keine Tendenz zum Rückgang. Das spricht dafür, daß die Einkünfte der Unternehmer, trotz des gewaltigen Streiks, entweder überhaupt nicht oder nur überaus wenig zurückgegangen sind. Immerhin steht es außer Zweifel, daß auch die Unternehmer gewisse Verluste erlitten haben. Infolge des Ausganges des Streiks aber werden sie ihren Verlust bald wieder einholen. Die Verlängerung der Arbeitszeit und der Abbau des Arbeitslohnes ergeben nach verschiedenen Berechnungen (Stein, der Londoner Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ in der Nummer vom 22. November 1926) eine Senkung des Arbeitslohnes um 20 Prozent.* Es ist nicht schwer, festzustellen, welche Bedeutung das hat. 1925 bezifferte sich der Wert der gesamten geförderten Kohle auf 180 Millionen Pfund, wovon auf den Arbeitslohn 137 Millionen, d. h. 76 Prozent, entfielen. Der Rückgang der Ausgaben für den Arbeitslohn um 20 Prozent bedeutet somit ein Ersparnis von 27,4 Millionen im Jahre. Weiter steht es außer Zweifel, daß auch andere Unternehmen versuchen werden, den Arbeitslohn abzubauen und die ganze Last den Arbeitern aufzubürden, die für die Ausgaben des sozialen Kampfes genau so werden aufkommen müssen, wie sie auch für die Verluste, die der Krieg verursachte, aufgekomen sind.

Eine andere Frage ist die — wie das Land im Laufe einer so langen Zeit ohne Kohle und Eisen auskommen konnte. Wir haben uns daran gewöhnt, diese Elemente als die Grundelemente der Wirtschaft eines Landes anzusehen. Es schien, daß, wenn sie ausbleiben, der gesamte Wirtschaftsorganismus einen tödlichen Schlag erhalten muß. Nun aber war die Produktion von Eisen und Kohle fast 7 Monate lang gänzlich lahmgelegt worden. Trotzdem aber trat nicht nur keine zunehmende Zersetzung des Wirtschaftslebens ein, sondern umgekehrt, es machte sich eine Festigung desselben bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Monaten zurückgegangen, und die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, in erster Linie von Maschinen, hat zugenommen.

Betrachten wir zunächst die Art und Weise, in der der Ausfall an Kohle gedeckt wurde. Man muß dabei von der Annahme ausgehen, daß der Gesamtrückgang der Produktion (nach den Berechnungen des „Manchester

* Nach unseren Berechnungen ist der Arbeitslohn um 10 Prozent zurückgegangen, während die Arbeitszeit um $\frac{3}{4}$ bis 1 Stunde verlängert wurde.

Guardian Commercial“) 130 Millionen Tonnen ausmachte, da geringe Kohlenmassen in den weniger tief gelegenen Schächten gewonnen wurden (ungefähr 10,5 bis 11 Millionen Tonnen). In dieser Zeit ist die Ausfuhr ungefähr um 27,2 Millionen Tonnen zurückgegangen, wenn man die Zeit vom Mai bis November zugrunde legt. Außerdem ist die Ausfuhr an Koks und Briketts zurückgegangen, so daß man den Rückgang der Kohlenausfuhr insgesamt mit 30 Millionen Tonnen berechnen muß. Wenn man diese Zahl von dem Gesamtdefizit abzieht, so bleiben ungefähr 100 Millionen Tonnen. Andererseits betrug die Einfuhr an Kohle in dieser Zeit annähernd 18 Millionen Tonnen. Der Ausfall an Kohle verringert sich somit auf annähernd etwas über 80 Millionen Tonnen. Daneben ist eine gewisse Zunahme der Einfuhr an Naphtha zu vermerken, die 240 Millionen Gallonen betrug. Wichtiger ist der Rückgang des Kohlenverbrauchs. Es handelt sich dabei darum, daß der Kohlenverbrauch für Heizungszwecke in den Häusern ungefähr 19 Prozent der Gesamtförderung ausmacht, während der Verbrauch der Gruben selbst 9,2 Prozent und der Verbrauch der im Kohlenbergbau beschäftigten Arbeiter 3,7 Prozent ausmacht. Da nun weder die Gruben, noch die in ihnen beschäftigten Arbeiter Kohle verbrauchten, so ist der Kohlenverbrauch um 13 Prozent oder etwa um 11 Millionen Tonnen zurückgegangen. Da der Streik in der Hauptsache auf die Sommermonate entfiel, so war auch der Verbrauch an Hauskohle ein unbedeutender. Erst von Oktober an begann die Nachfrage nach Hauskohle zuzunehmen, und damit stiegen auch die Preise, die im November um das Vierfache angezogen hatten. Weiterhin ist der Verbrauch der Eisenverhüttungsindustrie, der 7,8 Prozent der Gesamtförderung ausmacht, stark zurückgegangen. Der Verbrauch der übrigen Industriezweige, der 39 Prozent beträgt, ist anscheinend auch erheblich zurückgegangen. Weiter muß berücksichtigt werden, daß in England nicht nur in den Gruben, sondern auch an verschiedenen Lagerstellen Vorräte vorhanden waren. Bekanntlich wurde die Verteilung der Kohlen im Lande zentralisiert und in ähnlicher Weise vorgenommen wie während des Krieges, d. h. nach Karten. Die allgemeine Auswirkung des Rückganges des Kohlenverbrauchs auf die Wirtschaft Englands läßt sich gegenwärtig wie folgt zusammenfassen: Den stärksten Rückgang weist die Gußeisenindustrie auf. Die Anzahl der funktionierenden Hochöfen ist von 147 auf 5 zurückgegangen. Ferner ist die Stahlerzeugung, die vor dem Streik 661 000 Tonnen im Monat ausmachte, im Mai auf 46 000, im Juni auf 34 500 und im Juli auf 32 000 Tonnen zurückgegangen, begann dann etwas zu steigen und erreichte im Oktober 92 900 Tonnen. Andere Industriezweige haben ebenfalls gelitten, aber in weit geringerem Grade. Das läßt sich an der Ausfuhr von Fertigfabrikaten nachweisen. So z. B. ist die Ausfuhr von Textilerzeugnissen in der Zeit von Mai bis November insgesamt von 2,48 auf 2,19 Millionen Yard, die Ausfuhr von Baumwollgeweben von 105 auf 91 Millionen Pfund, also um 13 Prozent zurückgegangen. Die Ausfuhr von Wollwaren ist von 75,8 auf 69,9 Millionen Yard, also um 8 Prozent zurückgegangen. Dafür aber ist die Ausfuhr an Gußeisen von 264,5 Tausend Tonnen auf 97,4 Tausend Tonnen, d. h. fast um das Dreifache, die Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen von 2,16 auf 1,43 Millionen Tonnen und die Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien von 253 000 auf 136 000 Tonnen zurückgegangen. Hier haben wir also einen weit bedeutenderen Rückgang

der Ausfuhr, der natürlich auf einen weit stärkeren Rückgang der Produktion als in den anderen Industriezweigen hinweist.

Wir erhalten nun folgendes Resultat: An Hausbrandkohle, die in der Regel nur im Winter verlangt wird (und ungefähr 34 Millionen Tonnen jährlich ausmacht) wurde in diesen Monaten wahrscheinlich nicht mehr als 1 bis 2 Millionen Tonnen verbraucht. Ferner konnten die Gas- und Elektrizitätswerke sowie die Eisenbahnen, die in der Regel 38 bis 40 Millionen Tonnen verbrauchen, nur die Hälfte ihres Bedarfes decken, so daß für die Industrie eigentlich überhaupt keine Kohle übrigbleiben konnte. Wenn sie, wie wir beobachteten, nichtsdestoweniger weiter arbeitete, so nur deshalb, weil sie zum Teil imstande war, die Kohle durch Oelfeuerung zu ersetzen, und außerdem stellenweise ausreichende Kohlevorräte besaß, mit deren Hilfe sie ihre Existenz aufrecht erhielt. Das zeigt, daß in der modernen Gesellschaft die durch die Produktion geschaffenen Vorräte in der Tat derart bedeutend sind, daß sie es dem Kapital ermöglichen, langwierige Kämpfe auszuhalten. Wir haben an dem Beispiel Deutschlands während des imperialistischen Krieges gesehen, daß dieses Land imstande war, im Laufe von zwei Jahren einen überaus vernichtenden Krieg, der es teuer zu stehen kam, in der Hauptsache auf Kosten der Vorräte an verschiedenen Waren und Rohstoffen im Lande zu führen. Dasselbe hat sich anscheinend jetzt in England wiederholt. Es steht außer Zweifel, daß der englische Kapitalismus durch die Kohlevorräte gerettet wurde, die nicht in den Gruben, sondern bei Privatpersonen vorhanden waren, so daß sich, wie wir bereits ausführten, erst von Oktober ab eine starke Preiserhöhung bemerkbar machte, die auf eine Erschöpfung dieser Vorräte hinwies.

Auf anderen Gebieten der Volkswirtschaft hat man sich der eingetretenen Lage weit leichter angepaßt. Die Einstellung der Produktion von Rohmaterialien und Halbfabrikaten hat faktisch zur Einfuhr dieser Erzeugnisse aus dem Auslande und zu einer stärkeren Entwicklung der verarbeitenden Industrie geführt. So z. B. beobachten wir, daß die Ausfuhr an Maschinen aus England in den ersten vier Monaten 1926 eine überaus unbedeutende Zunahme im Vergleich zur selben Periode des Jahres 1925 aufweist. Dabei aber haben wir in den Monaten Mai bis Oktober eine ziemlich starke Zunahme, fast um 35 Prozent. Auf diesem Gebiet wurde die englische Volkswirtschaft somit durch die Ueberproduktion der Weltwirtschaft gerettet. England war imstande, das für die Aufrechterhaltung der wichtigsten Zweige der verarbeitenden Industrie erforderliche Material verhältnismäßig leicht zu beschaffen.

Wir haben bereits an anderer Stelle (in unserem Artikel über die Weltwirtschaft in Nr. 1 der „KI“ von 1927) ausgeführt, daß der Ausfall der Produktion in England in den ersten Monaten nicht gänzlich durch die Weltwirtschaft gedeckt wurde, allerdings nicht etwa deshalb, weil diese nicht imstande war, ihre Produktion derart zu steigern, sondern deshalb, weil sie die Produktion bewußt einschränkte, um imstande zu sein, die Preise in die Höhe zu treiben, andererseits aber auch deshalb, um nach der Beendigung des Streiks nicht Arbeiter entlassen zu müssen, was mit sozialen und wirtschaftlichen Folgerungen verknüpft ist, die für die Unternehmer nicht immer vorteilhaft sind. Im Großen und Ganzen aber hat der englische

Streik eine ungeheure Wirkung auf die Weltwirtschaft gehabt. Es genügt z. B. darauf zu verweisen, daß sich der deutsche Kohlenbergbau vor dem Streik am Rande des Bankerotts befand. Die Volkswirtschaft Polens befand sich ebenso wie die einer Reihe anderer Länder in einer überaus schwierigen Lage. Am besten wurde der Einfluß des englischen Streiks auf die Volkswirtschaft in der Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 21. November 1926 gekennzeichnet. Es heißt dort:

„Eine Million englischer Bergarbeiter, die seit dem 1. Mai die Arbeit in den Gruben eingestellt und eine geregelte Produktion unmöglich gemacht haben! Diese Million englischer Bergarbeiter hat die Geschicke der Weltwirtschaft in weit größerem Maße bestimmt, als alle internationalen Verhandlungen, Konferenzen des Völkerbundes und frommen Wünsche. Denn jene unmittelbaren Vorteile, die jedes Land in der Form einer Erhöhung der Produktion, einer Steigerung der Ausfuhr, einer Verbesserung der Zahlungsbilanz, eines Rückganges der Arbeitslosigkeit, einer Festigung der Valuta, einer Erhöhung des Ertrages der Schifffahrt, einer besseren Ausnutzung der Handelsflotte, einer Steigerung der Kaufkraft usw. aus dem englischen Streik gezogen hat, diese Mannigfaltigkeit ihres Einflusses wird sich noch viele Monate nach der Beendigung des Streiks bemerkbar machen und kann erst dann in ihren Auswirkungen übersehen werden. . . . Vom ersten Monate dieses Jahres ab, schon unmittelbar vor dem Streik, machte sich die Krise der Ueberproduktion, die mit der allzustarken Industrialisierung besonders in Europa zusammenhängt, in derart schwerer Art bemerkbar, daß man annehmen konnte, daß diese Ueberproduktion die Produktion ad absurdum führen wird, denn diese Krise trat gerade in jenen Ländern besonders scharf auf, in denen die Industrialisierung ihren Höhepunkt erreicht hat und die über die reichsten Vorräte an Kohle und Eisen verfügen . . .“

Das Blatt geht dann dazu über, jene Vorteile aufzuzählen, die alle diese Länder aus dem englischen Streik gezogen haben. Aus diesen Ausführungen muß folgendes hervorgehoben werden:

„Als im Mai d. J. der englische Generalstreik ausbrach, herrschte auf dem Devisenmarkt ein Valutachaos. Die polnische, die rumänische, die französische, die belgische, die italienische und die spanische Währung verloren von Tag zu Tag an Kurswert. Wochen hindurch schien es, daß mindestens einige dieser Länder in die gleiche Valutakatastrophe hineingerissen werden, wie sie Deutschland und Oesterreich mitgemacht haben. Die Rettung brachte der englische Streik . . . Dieser Umschwung auf dem Devisenmarkt, den der englische Streik hervorgerufen hat, hat erheblich zur Festigung der Valuta in diesen Ländern beigetragen.

Und schließlich muß man die Aufmerksamkeit auf ein neues Moment lenken, das allerdings nicht praktisch, doch aber moralisch eine große Rolle gespielt hat. Ebenso wie bei dem englischen Generalstreik, so haben sich auch im gegebenen Falle, bei dem Bergarbeiterstreik — Kapital und Sozialismus eine Kraftprobe geliefert, ein Duell, das, wenn es mit dem Siege der Arbeiterpartei geendet hätte, allen übrigen Sozialisten Hoffnung und Zuversicht eingeflößt und sie veranlaßt hätte, denselben Weg zu beschreiten. Das Unternehmen ist jedoch nicht gelungen, und es stellte sich heraus, daß es besser ist, sich auf ein ungünstigeres Kompromiß ohne Streik einzulassen als seine Zuflucht zur Ausübung eines Drucks mit Hilfe der Gewerkschaften zu nehmen.

Diese somit gewonnene Lehre muß also die verantwortlichen Gewerkschaftsführer zwingen, auf große Streiks zu verzichten und eine ruhigere Haltung in allen Konflikten mit dem Kapital einzunehmen. Wenn im Zusammenhang damit eine gewisse Ruhe im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit eintritt, so wird das nicht das geringste Ergebnis des gewaltigen siebenmonatlichen Kampfes der englischen Bergarbeiter sein.“

So beurteilt das Kapital jenen Streik! Das ist der Grund, warum das internationale Kapital die englischen Unternehmer aktiv unterstützte. Das gibt dem internationalen Kapital auch die Selbstsicherheit zur Weiterführung der Offensive gegen die Arbeiter. Daher leuchtet es denn auch voll-

kommen ein, warum die Börse aus Anlaß der Niederlage der englischen Bergarbeiter derart triumphierte.

Anscheinend ist es den Hoffnungen dieses Blattes und den Börsenkreisen nicht ganz beschieden, in Erfüllung zu gehen, da die Konkurrenz Englands auf dem Kohlenmarkt bereits eingesetzt hat. Die Konkurrenz auf dem Eisenmarkt macht sich noch nicht bemerkbar, da England mit dem Uebergang zur Produktion von Rohmaterialien und Halbfabrikaten noch zögert und sich der billigen ausländischen Halbfabrikate bedient. Zweifelsohne wird sich aber auch auf diesem Gebiet die Lage verschlechtern, die Krise wird sich verschärfen und die sozialen Konflikte werden erneut entbrennen. Wie dem auch sein mag, die Tatsache steht fest, daß einer der Gründe, warum der englische Streik sein Ziel nicht erreichte, die Unterstützung der englischen Unternehmer durch das Weltkapital ist. Natürlich erfolgte diese Unterstützung in der Form einer wucherischen Ausnutzung der Situation: der Verkauf von Kohle an England erfolgte zu außerordentlich hohen Preisen (im April betrug der Kohlenpreis noch 14 Shilling pro Tonne, während der Preis für die Tonne Ruhrkohle Ende Oktober 75 Shilling betrug). Ebenso stiegen auch die Preise aller Erzeugnisse der Eisenverhüttungsindustrie. Dennoch aber hat die Möglichkeit, diese Erzeugnisse, Kohle sowohl wie Erzeugnisse der Eisenindustrie in ausreichenden Mengen beschaffen zu können, der englischen Industrie geholfen, einen derart langwierigen Streik auszuhalten.

Eine andere Frage ist die, wie es England zustande gebracht hat, eine derart erhöhte Einfuhr zu bezahlen. Bereits im letzten Jahre war die Zahlungsbilanz Englands gering aktiv. In diesem Jahre mußte sie, nach den Berechnungen von Keynes, in eine passive umschlagen. Nach den Berechnungen von Keynes sollte die Zahlungsbilanz in den ersten drei Quartalen des Jahres mit 38 Millionen aktiv und im vierten Quartal mit 21 Millionen Pfund passiv sein. Woher konnte nun England noch Mittel zum Kapitalexport schöpfen, nachdem es im Laufe der ersten drei Quartale des Jahres Kapital in Höhe von 72 Millionen ausgeführt hatte? Die Antwort auf diese Frage muß wahrscheinlich in der Ungenauigkeit der Berechnungen der Einkünfte aus den ausländischen Kapitalanlagen einerseits, andererseits aber in jener Unterstützung gesucht werden, die England zweifelsohne von den ausländischen Banken, in erster Linie von den amerikanischen, erhalten hat, die durch ihre Kredite den Kurs des englischen Pfundes auf den Weltbörsen aufrechterhalten haben. Eine gewisse Rolle spielte hier auch die Spekulation auf eine Steigerung der Werte in England durch die Senkung des Arbeitslohnes und den Aufkauf englischer Wertpapiere im Ausland, was gleichbedeutend ist mit einer Einfuhr ausländischer Kapitalien.

Wir haben es also mit einem überaus verzweigten Netz von Wechselbeziehungen zwischen der englischen und der Weltwirtschaft zu tun, dank denen der der englischen Wirtschaft versetzte Schlag pariert werden konnte. Daraus ergibt sich unmittelbar die Schlußfolgerung, daß es undenkbar ist, daß der englische Kapitalismus oder der Kapitalismus irgend eines anderen Landes auf rein wirtschaftlichem Boden niedergezwungen werden kann. Es ist vollkommen klar, daß dieser Kampf auf ein anderes Gebiet verschoben werden muß, und zwar auf das politische Gebiet. Wir wollen

hier nicht auf die Frage eingehen, welche Schwierigkeiten dem englischen Proletariat erwachsen, wenn es sich nach der politischen Besiegung seines Feindes vor die Aufgabe gestellt sieht, die Macht zu behaupten. Wir stellen hier lediglich fest, daß der Sieg über das englische Kapital auf rein wirtschaftlicher Basis unter den gegebenen Verhältnissen undenkbar war, einerseits infolge der ungeheuren Reserven, über die das englische Kapital verfügte, andererseits aber infolge der starken Unterstützung, die es seitens des internationalen Kapitals erhielt, während sich das internationale Proletariat, mit Ausnahme des Proletariats der USSR und der kommunistischen Avantgarde, nicht solidarisch genug erwies.

R. S O N T E R :

DIE STELLUNG DER II. INTERNATIONALE NACH DEM KRIEGE ZUM IMPERIALISMUS

Die sich verschärfenden imperialistischen Gegensätze im Mittelmeergebiet, der Gegensatz der großen Mächte im Stillen Ozean, die wachsenden Rüstungen dieser Mächte, die zunehmende Einkreisung Sowjetrußlands und das Neuauftreten Deutschlands als imperialistischer Faktor in der Weltpolitik, all diese Erscheinungen werfen die Frage nach der nunmehrigen Stellung der II. Internationale zum Imperialismus der Nachkriegszeit auf.

Diese Frage muß, von anderen Gründen abgesehen, auch deshalb aufgeworfen werden, weil ein erfolgreicher Kampf gegen die imperialistische Gewaltpolitik und letzten Endes gegen den notwendigerweise damit verbundenen kommenden Krieg nur dann geführt werden kann, wenn die Kräfteverteilung klar erkannt ist, wenn klargestellt ist, ob die Parteien der II. Internationale als aktive Hilfstruppen für die Imperialisten, oder wenigstens als Puffer auftreten werden, um dem Kampf des Proletariats Hindernisse in den Weg zu legen, und ob sie sich damit objektiv für den Imperialismus entscheiden. Die Frage ist aber auch deshalb aufzuwerfen, weil breite Arbeiterschichten heute noch in dem Glauben leben, daß die Einordnung der II. Internationale in die imperialistische Front während des Weltkrieges mehr das Produkt eines „Irrtums“ in bezug auf die Frage des Angriffs- oder Verteidigungskrieges war, oder daß sie ihre Erklärung in der „Ueberraschung“ finden kann. Die II. Internationale hat nunmehr seit dem Kriege Zeit genug gehabt, um sich von der „Ueberrumpelung“ im Jahre 1914 zu erholen, die Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegszeit zu verarbeiten, um eine klare Position zu beziehen. Die Entscheidung, die sie jetzt trifft, wird also eine bewußte und klar durchdachte sein. Endlich hat die Frage auch noch dadurch neue Bedeutung gewonnen, daß nunmehr Deutschland wieder aktiv in die Reihen der imperialistischen Staaten eintritt und infolgedessen die Stellung der größten Sektion der II. Internationale klargestellt werden muß, die sich in der Gesamtansicht der II. Internationale selbstverständlich entscheidend auswirken wird.

Vorausnehmend können wir sagen, daß sich die gesamte II. Internationale

für den Imperialismus entschieden hat und bereit ist, gegen die antiimperialistischen Kräfte indirekt, ja sogar auch direkt, zu kämpfen.

*

Die heutige Stellung der II. Internationale ist natürlich eng verbunden mit ihrer Stellung vor dem Kriege und während des Krieges. Ihre Stellung vor dem Kriege läßt sich folgendermaßen kennzeichnen (wir werden nur über diejenigen Vertreter bestimmter Ansichten hier sprechen, die in den Reihen der II. Internationale geblieben sind). Eine Richtung innerhalb der II. Internationale hat schon vor dem Kriege das Problem des Imperialismus als besondere Erscheinungsform des Kapitalismus in einer bestimmten Epoche überhaupt nicht gesehen. Zu den einzelnen Teilerscheinungen des Imperialismus wie Militarismus, Kolonialpolitik, Schutzzoll usw., wurde von Fall zu Fall infolge der Abwesenheit allgemeiner theoretischer Gesichtspunkte opportunistisch Stellung genommen, wobei gewisse Erscheinungen des Imperialismus bei dieser Richtung oft offene Unterstützung fanden. Diese Gruppe (Auer, Bernstein, Schippel, David, Van Kel und andere) hat bis zum Kriege innerhalb der II. Internationale immer mehr an Boden gewonnen. Die eigentlich führenden Köpfe der 2. Internationale aber, wie Kautsky u. a., traten zwar gegen die Erscheinungen des Imperialismus auf, versuchten aber nicht, das Problem des Imperialismus im ganzen richtig zu stellen. Sowohl in seiner Schrift von 1907 über „Sozialdemokratie und Kolonialpolitik“ als auch in seiner Schrift von 1911 „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ hat Kautsky unrichtige Auffassungen über den Imperialismus vertreten. In diesen Auffassungen, die den Imperialismus damals als das Streben einzelner Staaten nach wirtschaftlicher Autarkie bezeichneten, liegt schon der Keim der dann während des Krieges entwickelten, vollständig reformistischen Ansicht vom Ueberimperialismus. Der einzige, heute noch in der II. Internationale führend Tätige, der in bezug auf den Imperialismus eine klare Stellung eingenommen hat, war Hilferding. Er hat den Imperialismus als eine bestimmte Phase in der Entwicklung des Kapitalismus richtig erkannt und seine Wurzeln in der durch das Finanzkapital sich vollziehenden Monopolisierung gesehen.

Die von Kautsky während des Krieges entwickelte Theorie des Ueberimperialismus kann als eigentliche Basis der heutigen Theorie der II. Internationale angesehen werden; dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß die damalige Theorie des Ueberimperialismus von Kautsky im Vergleich zu der heutigen Theorie, deren Hauptvertreter Hilferding ist, immerhin noch gewisse, wenn auch sehr geringe Ueberreste aus seiner alten revolutionären Zeit erkennen läßt. Für Kautsky war damals die Möglichkeit eines Ueberimperialismus nur die eine Seite des imperialistischen Problems, die andere Seite sah er in der Versklavung und Unterjochung der kolonialen Völker durch den Imperialismus, eine notwendige Begleiterscheinung des Imperialismus, die nur durch den Sozialismus überwunden werden könnte. (Kautsky, „Neue Zeit“ 1914.)

*

Seit Abschluß des Krieges hat die Frage des Imperialismus, als ein besonderer Fragenkomplex von ausschlaggebender Wichtigkeit, die II. Internationale nicht mehr interessiert. Die eigentliche Auffassung

der II. Internationale über den Imperialismus der Nachkriegszeit ist verstreut in einer Reihe von Arbeiten, die sich mit der Stellung der II. Internationale zu einzelnen weltpolitischen Fragen beschäftigen.

Dieses Ausweichen ist natürlich verständlich. Eine direkte Gegenüberstellung mit dem Problem des Imperialismus, in Verbindung mit der früheren Stellung der II. Internationale zu ihm, muß für alle diese Leute peinlich sein. Dennoch lassen sich ungefähr drei verschiedene Anschauungen innerhalb der II. Internationale unterscheiden.

Die eine Richtung, entsprechend der früheren alten reformistischen Richtung, sieht überhaupt nicht mehr das Problem des Imperialismus. Die zweite Richtung erkennt zwar die Tatsache des Imperialismus an, sieht aber in ihm nur eine bestimmte Art von Politik, die immer mit Säbelrasseln und Maschinengewehrfeuer verbunden ist. Daher ergibt sich dann das interessante Bild, daß, je nach der Stellung dieser Leute zu einzelnen weltpolitischen Ereignissen, abwechselnd dieses oder jenes Land einmal imperialistisch ist, ein andermal der Hort des Friedens. So wurde Frankreich bis zu den jetzigen Verhandlungen in Thoiry aufs wütendste als imperialistisch beschimpft. Heute dagegen sichert eine Vereinbarung mit ihm den Weltfrieden. Genau so stand es mit England. Als England nicht in den Ruhrkonflikt entscheidend eingreifen wollte, und zwar zugunsten Deutschlands, wurde es ebenfalls von einigen Sozialdemokraten als imperialistisch beschimpft. Nach Locarno hörte dies natürlich auf. Ähnlich ist es dem nunmehrigen Friedenshort (auf Grund der Dollarsendungen) Amerika ergangen.

Die Linken innerhalb der II. Internationale können kaum als Richtung in bezug auf den Imperialismus angesehen werden. Zwar wittern sie überall, im Gegensatz zur offiziellen Politik der II. Internationale, imperialistische Maßnahmen, warnen vor dem weiteren Einlassen mit gewissen imperialistischen Unternehmungen, wie z. B. dem deutsch-polnischen Zollkonflikt, dem Völkerbund usw., ohne aber die geringsten Konsequenzen daraus zu ziehen. Ihre Aufgabe besteht im großen und ganzen nur darin, durch ihre oppositionellen Warnungen die instinktiv gegen das imperialistische Bündnis eingestellten linken Arbeiter vor dem Austritt aus der II. Internationale zurückzuhalten. (Ein typisches Beispiel hierfür gibt Reinhard, der Präsident der Schweizer Sozialdemokratie, in seinem neuen Buch „Die imperialistische Politik im Fernen Osten“.)

Weit komplizierter ist die eigentliche Auffassung der führenden Leute in der II. Internationale. Der einzige theoretische Begründer dieser Anschauungen ist Hilferding.

Er vertritt die Anschauung, daß der Imperialismus bis zum Weltkrieg tatsächlich das gewesen ist, was er vor dem Kriege darunter verstanden hat, nämlich:

„Die Politik des sich immer stärker organisierenden nationalen Kapitalismus ging auf möglichst monopolistische Beherrschung neuer Absatzmärkte und Anlagosphären. In den Dienst dieser Bestrebungen wurde die Staatsmacht gestellt; das Ziel war die Neuverteilung der kapitalistisch unterworfenen Welt durch neuen Machtentscheid.“
(Gesellschaft 1926, Heft 5)

Doch das Schwergewicht legt er nunmehr auf den Nachweis, daß sich dieser Imperialismus, der bestanden hat, nach dem Kriege durchaus verändert hat. Er sagt:

„Der Krieg ist vorüber und hat zunächst einen neuen Machtentscheid zwischen den führenden kapitalistischen Staaten ökonomisch und politisch unmöglich gemacht.“ („Die Gesellschaft“, 1926, Heft 5).

Die ökonomische und politische Unmöglichkeit des Krieges sieht er einmal in der immer stärkeren Hineinziehung der gesamten Wirtschaft und der gesamten Bevölkerung in einen Krieg, wodurch das gesamte Wirtschaftsleben sofort brach gelegt wird, andererseits in den vorhandenen, bewußt gebildeten Kräftegruppierungen. Diese Kräftegruppierungen tragen nunmehr anderen Charakter als früher:

„Die Konkurrenz wird durch die Interessengemeinschaft überwunden. Die Mächte garantieren sich gegenseitig ihren Besitzstand . . .“ („Die Gesellschaft“, 1924, Nr. 8)

Doch die Umwandlung der Gruppierungen in Interessengemeinschaften genügt selbst Hilferding nicht, um den Wandel im imperialistischen Charakter in der Nachkriegszeit glaubhaft zu machen, besonders angesichts der Beispiele, die wir seit Jahren erleben. Dazu bedarf es noch eines anderen ausschlaggebenden Faktor. Diesen entdeckt er in der Sozialdemokratie:

„Denn der Staatswille ist die Resultante aus den verschiedenen Willensbestrebungen der verschiedenen Klassen bzw. der politischen Parteien, und in dieser Resultante wird die bestimmende Komponente der Arbeiterpartei immer stärker. Wieder bedeutet auch dafür der Krieg eine entscheidende Wendung.“ („Die Gesellschaft“, 1926, Nr. 5)

Doch Hilferding ist noch nicht an sein Ziel gelangt. Er fragt weiter. Wie kann denn nun der Einfluß der Arbeiterpartei, d. h. der Sozialdemokratie, immer weiter verstärkt werden? Dies kann nur geschehen durch die immer weitere Entfaltung der Demokratie. Dadurch werden zu den wirklichen Feinden dieser Umwandlung des Imperialismus in einen friedlichen Imperialismus nur die Faschisten und natürlich die Bolschewisten. (Siehe „Die Gesellschaft“, ebenda.)

Diese hier vorgebrachten Thesen versucht Hilferding krampfhaft zu beweisen und er tut es, indem er z. B. behauptet, daß die Vereinigten Staaten und England ihre Flottenstärke auf gleicher Höhe halten, um dadurch einen Machtentscheid auszuschalten oder, indem er behauptet, daß durch die „Washingtoner Konferenz“ Japans Machtbestrebungen in China fest bestimmte Begrenzungen erhalten haben, weiter, daß alle drei Hauptmächte in China sich nicht mehr im Gegensatz befinden, sondern gemeinsam, ohne Rivalitäten, die Aufschließung des chinesischen Reiches beschlossen haben. Natürlich sieht er auch keinen wachsenden Gegensatz zwischen Amerika und England, sondern eine immer wachsende Kooperation usw. Mit Hilfe all dieser Beispiele, die so grundfalsch wie nur möglich sind, und deren Widerlegung sich heute nicht einmal lohnt (er hatte diese „Beweise“ in der „Gesellschaft“ 1924, Nr. 8 geführt), kommt er dann endlich an sein so heiß ersehntes Ziel. Triumphierend erklärt er:

„Der Krieg hat die Situation weiter geklärt. Die alte These: Der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus ist der Friede — ist in ihren beiden Teilen unhaltbar geworden.“ („Gesellschaft“ 1925, Nr. 5. Unterstreichungen von uns.)

Wir raten Hilferding, bei dieser fabelhaften Proklamierung doch noch einmal das letzte Kapitel aus seinem eigenen Buch „Das Finanzkapital“, nämlich das 25. Kapitel über „Das Proletariat und der Imperialismus“ durchzulesen. Die Schamröte müßte ihm ins Gesicht steigen. Doch man beachte auch in dieser fabelhaften Proklamation den letzten Teil des Satzes, wo er davon spricht, daß auch der Sozialismus durchaus nicht der Friede ist. Er beweist diese These ausgerechnet mit — der Sozialdemokratie von 1914.

Mit dieser Theorie hat Hilferding auf einmal zwei Fliegen geschlagen: Der Imperialismus ist seinen schlimmsten Giftzahn losgeworden. Er ist nicht notwendig mit dem Kriege verknüpft. Und außerdem braucht die Arbeiterschaft den Sozialismus nicht mehr erkämpfen, denn der Sozialismus selbst ist ja mit Kriegsgefahr verbunden. Also, Proletarier, Hände weg vom Sozialismus. Es lebe dafür die kapitalistische, imperialistische Demokratie!

Doch natürlich ist am Imperialismus der Krieg nicht das einzige Fluchwürdige. Wenn auch dem Sozialdemokraten Quessel der Imperialismus nun das Ideal geworden ist, und er schon im Januar 1921 in den „Sozialistischen Monatsheften“ begeistert einen langen Artikel über „Die Weltfriedensidee des Imperialismus“ schreibt, so ist Hilferding und den anderen Größen der II. Internationale die Sache doch noch nicht ganz geheuer. Die „friedliche Durchdringung“ z. B. Chinas ist leider auch mit einer Reihe von Gemeinheiten und Gewalttaten, und zwar ohne Krieg, verbunden. Der Sozialdemokrat Reinhard hat gerade jetzt in seinem oben erwähnten Buche den Charakter der „friedlichen Durchdringung“ ganz ausgezeichnet entlarvt. Es muß also noch mancherlei getan werden, um den übrigbleibenden Imperialismus genießbar zu machen. Dies aber kann nur durch den Völkerbund geschehen:

„Einschränkung der politischen Souveränität, also Begrenzung der einzelstaatlichen Machtpolitik und ihrer Mittel durch obligatorisches Schiedsgericht und Abrüstung. Die Anfänge solcher Organisation stellt der Völkerbund dar, und seine letzte Tagung zeigt die großen Möglichkeiten seiner Entwicklung . . .“ („Die Gesellschaft“, 1924, Nr. 8)

Durch all die vorhergegangenen Prozeduren ist die II. Internationale nun endlich beim Völkerbund gelandet, der in dem Maße zu einem Friedensinstrument sich entwickelt, als der Imperialismus sich auf Grund seiner eigenen immanenten Gesetze und, wie wir oben gesehen haben, unter Einwirkung der Sozialdemokratie, demokratisiert.

Damit ist aber die Basis gefunden, von der aus die Außenpolitik der II. Internationale in ein fest zusammenhängendes System gebracht werden kann und gebracht worden ist. Denn einmal den Völkerbund gewonnen, bedeutet das die Lösung aller Einzelfragen des Imperialismus im Sinne der II. Internationale. Das bedeutet auch gleichzeitig die Entgiftung der letzten Reste des Imperialismus. Diese letzten Reste, d. h., die einzelnen konkreten Erscheinungen des Imperialismus, sind die Probleme der Abrüstung der Kolonialpolitik, die Probleme der Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker und der Schutzzoll. In all diesen Einzelercheinungen äußert sich die Machtpolitik des Imperialismus, der gegenüber sogar noch Kautsky behauptet hat (1914), daß nur der Sozialismus die ausbeuterische und versklavende Wirkung des Imperialismus überwinden kann. Jetzt, nachdem man den

Völkerbund entdeckt hat, in Verbindung mit dem friedlichen Imperialismus, braucht auch hierzu der Sozialismus nicht mehr erkämpft werden.

Sehen wir uns nun, nach der sozialdemokratischen Lösung des Gesamtproblemes des Imperialismus, die Einzellösungen der aufgeführten Einzelprobleme an.

Zur Abrüstungsfrage

Hier stellt sich die II. Internationale voll und ganz auf den Boden der imperialistischen Mächte selbst. Ausdrücklich erklärt Hilferding:

„Der Weg (zur Abrüstung) führt über jene Maßnahmen, die von der englischen Politik bei verschiedenen Gelegenheiten vorgeschlagen wurden.“ („Die Gesellschaft“, 1926, Nr. 5)

Sogar jetzt noch tischt er dann die Lüge von der Friedensbedeutung der Washingtoner Konferenz auf, wo nur der Bau von solchen Kriegsschiffen verboten wurde, die sich im Weltkrieg als veraltet erwiesen haben. Demgegenüber sei gar nicht etwa an die Ansicht der Kommunistischen Internationale erinnert, sondern nur an die Ansicht des Parteikollegen Hilferdings, des oben schon erwähnten Reinhard, der in seinem Buche ausführlich über die Vergrößerung der entscheidenden Waffen gerade nach dem Washingtoner Abkommen Zahlenangaben macht. Außerdem wurde im Dezember 1926 durch die Presse gemeldet, daß Amerika beschlossen hat, wiederum zehn neue, schnelle Kreuzer außerhalb des vorgelegten Wehretats zu bauen. (An die Anschauung Hilferdings vor dem Kriege, und Kautskys in seiner Schrift über „Sozialismus und Kolonialpolitik“ zu erinnern, lohnt sich nicht mehr.)

Zum Kolonialproblem

Die frühere Einstellung der II. Internationale, daß die Kolonialpolitik der imperialistischen Staaten aufs schärfste zu bekämpfen ist, daß die Kolonien freigegeben werden müssen, und daß die Befreiungsbewegung in den Kolonien aufs entschiedenste zu unterstützen ist, all diese Anschauungen sind natürlich längst vergessen (siehe Kautsky, „Sozialismus und Kolonialpolitik“ 1907, S. 17, 45, 75). Heute ist es ein ausgemachter Standpunkt der II. Internationale, daß es unmöglich ist, die Kolonien zurückzugeben, daß eine Neuverteilung der Kolonien durch den Völkerbund unter Hinzuziehung Deutschlands vorgenommen werden und anstelle des Kolonialsystems das Mandatsystem des Völkerbundes treten soll. Lang und breit wird dies in der „Gesellschaft“ von Buxton und Bilski auseinandergesetzt, die sich sogar nicht schämen, die Arbeit der Mandatskommission des Völkerbundes als durchaus anerkennenswert zu loben, trotz der Ereignisse in Marokko, Syrien, China und der Leistungen der Labour Party während ihrer Regierungszeit in Indien (Bombenabwürfe auf revoltierende Eingeborene). Natürlich hat auch Kautsky in den letzten Jahren seinen alten Standpunkt von 1907 verleugnet und ist ebenfalls für die Mandatsverteilung durch den Völkerbund eingetreten.

Die Befreiungsbewegung der Kolonialvölker

Aus der Stellung zum Kolonialproblem überhaupt läßt sich ohne weiteres die Stellung der II. Internationale zu den Befreiungsbewegungen im Osten

ableiten. Die praktische Stellungnahme der II. Internationale ist bekannt, es soll hier nur erinnert werden an die absolut passive sabotierende Haltung anlässlich der Kampagne gegen den Krieg in Marokko und in Syrien. Ja, ihre Stellung geht sogar über die Passivität hinaus in eine offene pro-imperialistische Stellung über, was am besten aus der Tatsache hervorgeht, daß der französische Zivilgouverneur in Syrien ein Mitglied der II. Internationale ist, daß die englische Labour Party während ihrer Regierungszeit alle Maßnahmen der englischen Behörden in Indien gegen die dortige nationale Bewegung gutgeheißen hat. Dann sei noch an die Ablehnung irgendwelcher Unterstützungsaktionen für die chinesische Revolution erinnert, was besonders deutlich bei den Schanghaier Ereignissen und bei dem Hilferuf der Schanghaier Arbeiterschaft an die europäische Arbeiterschaft zum Ausdruck kam.

Diese praktische Einstellung ist nicht etwa bloß eine zufällige opportunistische Entgleisung, sondern sie ist die Konsequenz des theoretischen Standpunktes der II. Internationale zu den kolonialen Befreiungsbewegungen. Die Theorie hat natürlich wieder Hilferding geliefert. Er schreibt:

„So sehr die Demokratie und die Arbeiterbewegung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen muß . . . so groß ist ihr Interesse an einer Entwicklung, die gewaltsame Eruptionen vermeidet, denn die ökonomischen Rückschläge, die etwa mit gewaltsamen politischen Katastrophen in Indien oder Aegypten verbunden wären, würde die Kampfkraft nicht nur der englischen, sondern der europäischen Arbeiterbewegung lähmen, den Fortschritt des Sozialismus nicht fördern, sondern hemmen.“ („Die Gesellschaft“, 1924, Heft 8. Unterstreichung von uns.)

Der Befreiungskampf aber der unterdrückten Völker ohne „gewaltsame Eruptionen“ heißt nichts anderes, als gegen jeden konkreten Befreiungskampf sein, heißt Aufforderung zur Niederlegung der Waffen der revolutionären Armee in China. Diese These der II. Internationale ist entweder der Höhepunkt des Idiotismus oder aber, was wahrscheinlicher ist, die zynische Heuchelei der imperialistischen Provokateure der II. Internationale. Diese These Hilferdings ist die offizielle Theorie der II. Internationale, denn sie hat ebenso gut wie die Imperialisten selbst verstanden, daß in den heutigen Tagen die revolutionäre Nationalbewegung der Kolonialvölker, besonders die Chinas, ein Teil der Weltrevolution geworden ist. Die Angst aber vor der Weltrevolution sitzt der II. Internationale ebenso im Genick wie den Imperialisten selbst. Aus dieser Einstellung läßt sich ohne weiteres die oben gekennzeichnete Theorie als Konsequenz ableiten.

Gleichzeitig läßt sich aber auch hieraus der Kampf gegen Sowjetrußland, in Verbindung mit der Einstellung zur Weltrevolution und in Verbindung mit der Unterstützung der national-revolutionären Bewegungen durch die Sowjetunion, erklären. In diesem Kampfe spielt die Denunziation, daß Sowjetrußland selbst ein imperialistischer Staat ist und imperialistische Ziele im Fernen Osten verfolgt, eine entscheidende Rolle. Sie wird in „Massenaufgaben“ verbreitet. Interessant ist, daß selbst einzelne Sozialdemokraten gezwungen sind, diese Verleumdung, die aus der pro-imperialistischen Stellung der II. Internationale folgt, zu widerlegen. So schreibt Reinhard in seinem Buche „Die imperialistische Politik im Fernen Osten“ in bezug auf die Politik Rußlands im Fernen Osten folgendes:

„Es (Sowjetrußland) war gegen den Willen der fremden Mächte und im Kampfe gegen sie mit China zu einer Einigung gekommen, welche Rußland in den Augen der Chinesen als den einzigen Freund des chinesischen Volkes erscheinen ließ.“ (Seite 200).

Die II. Internationale und der Schutzzoll

Längst hat die II. Internationale ihren alten Kampf gegen die Schutzzollbewegung aufgegeben. Ebenso wie im Kriege erklärt auch hier jede einzelne Partei der II. Internationale, sie könne nicht prinzipiell gegen den Schutzzoll überhaupt eintreten, solange die anderen Länder sich mit Schutzzollmauern umgeben (dies ist besonders die Ansicht der deutschen Sozialdemokratie). Mit demselben Argument lehnte ja auch die Sozialdemokratie den revolutionären Kampf gegen den Krieg ab. Soweit aber die II. Internationale überhaupt einen Kampf gegen die Schutzzollpolitik international führt, führt sie ihn nicht mehr in der Form, daß sie, wie früher, erklärt, der Kampf gegen den Schutzzoll kann nur erfolgreich als Kampf für den Sozialismus geführt werden, sondern sie stellt nunmehr dem Schutzzoll das reaktionär gewordene Programm des Freihandels und der Vereinigten Staaten Europas (des kapitalistischen Europa) gegenüber. Hilferding erklärt:

„Die Schutzzollpolitik führt so zu der Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen, deshalb bildet das Eintreten für den Freihandel einen wesentlichen Bestandteil der Politik eines realistischen Pazifismus.“ („Die Gesellschaft“, 1924, Heft 2.—Die Politik des „realistischen Pazifismus“ ist die neue Politik der II. Internationale, wie sie Hilferding begründet hat. Unterstreichung von uns.)

Ohne uns weiter mit der Widerlegung dieses Hilferdingschen grandiosen Gedankens zu beschäftigen, wollen wir nur ein Zitat aus dem „Finanzkapital“ von Hilferding aus dem Jahre 1910 bringen:

„Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, sondern Aufhebung der Konkurrenz durch Ueberwindung des Kapitalismus, kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein.“ („Finanzkapital“, Seite 472.)

Ebenso könnte eine Reihe von Zitaten Kautskys aus der Vorkriegszeit angeführt werden, der damals denselben Standpunkt einnahm, wie ihn Hilferding im „Finanzkapital“ vertreten hat und wie ihn heute die Kommunisten vertreten. Es scheint eine Krankheit der II. Internationale zu sein, sich im Alter selbst mit Schmutz zu bewerfen oder als Lügner zu entlarven.

•

Die Tatsache, daß die II. Internationale eine pro-imperialistische Internationale geworden ist, muß bei dem Kampf des revolutionären Proletariats gegen den Imperialismus in all seinen Erscheinungsformen und besonders in dem speziellen Kampfe gegen die drohende Interventionsgefahr in bezug auf China und Sowjetrußland aufs genaueste berücksichtigt werden, denn diese verlogene pro-imperialistische Politik der II. Internationale wird bei kommenden imperialistischen Zusammenstößen auf große Teile der Bevölkerung ihren Einfluß auszuüben versuchen, um sie im Interesse des Imperialismus vom Kampfe gegen ihn abzuhalten oder sie sogar zu aktiven Hilstruppen für den Imperialismus zu machen.

Deshalb muß der konkret auszuarbeitende und zu führende Kampf gegen die Kriegsgefahr und gegen den Imperialismus überhaupt, gleichzeitig ein

Kampf gegen die II. Internationale sein. Wenn wir diesen Kampf nicht energisch führen werden, so werden die zum Teil schon instinktiv gegen die imperialistische Politik eingestellten Arbeiterschichten der II. Internationale dem Einflusse der so kläglichen linken Oppositionsführer in der II. Internationale überantwortet, deren Aufgabe aber objektiv nur die ist, die oppositionellen Arbeiterschichten in den Reihen der II. Internationale festzuhalten, und dem wirklichen revolutionären Kampf zu entziehen.

GENTENAAR: DIE BILANZ DER KOALITION

„Wir machen die vielleicht schwerste Stunde im Leben unserer Partei durch . . .“

De Brouckère auf dem Parteitag
der belgischen Sozialdemokratie.

Als zweifache Komödie bezeichnete eine bedeutende kapitalistische Zeitung die außerordentliche Konferenz der belgischen Arbeiterpartei, die während der Weihnachtsfeiertage in Brüssel tagte. Als Komödie in bezug auf die in der Partei organisierten breiten Arbeitermassen: durch den Anschein einer freien öffentlichen Diskussion, durch die Fülle radikaler, oppositioneller und halboppositioneller Redensarten sollten die über die Verräterpolitik ihrer Führer empörten Massen noch einmal hinters Licht geführt werden. Als Komödie auch in bezug auf die kapitalistischen Kollegen dieser Führer innerhalb der Koalitionsregierung: durch Ausschlachtung der oppositionellen Stimmung des Parteitags wollten sie ihren eigenen Wert heben und ihre unsicher gewordene Position innerhalb der Koalition neu befestigen.

Das bürgerliche Blatt hat unzweifelhaft recht. Die Führer der belgischen Sozialdemokraten sind unübertroffene Künstler in der Veranstaltung grandioser politischer Schauspiele, die man die Offenbarung des demokratischen Willens der Parteimassen heißt. Indessen hat auch diese Kunstfertigkeit ihre Grenzen. Trotz des kunstvoll zugeschnittenen „Wahlgesetzes“, das der Parteibureaukratie und insbesondere den Gewerkschaftsbeamten die erdrückende Mehrheit der Mandate sicherte, brach — wenn auch in verzerrter, verstümmelter Form — die wirkliche Stimmung der Parteimassen durch (die belgische Arbeiterpartei zählt etwa 600 000 Mitglieder), und der unmittelbare Ausgang des Parteitags erwies sich — vielleicht zum ersten Male seit vielen Jahren — als im Widerspruch zum Willen der Führer stehend.

Als einziger Punkt auf der Tagesordnung der Konferenz stand die Frage der ferneren Beteiligung von Sozialdemokraten an der Koalitionsregierung. Vor einem halben Jahr, nach dem Sturz der unrühmlichen „demokratischen“ Regierung Poulet-Vandervelde, traten die Sozialisten in das Kabinett Jasar ein, dessen einziges Ziel die Stabilisierung des rasch fallenden Frankens war. In diese Regierung „zur Errettung der Gesellschaft“, die von einem erklärten Reaktionär geleitet wurde und sich vollkommen in

der Hand der Bankiers und Schwerindustriellen befand, traten Vandervelde und Genossen ohne jede Bedingungen, aber nur auf eine begrenzte Zeit ein, und zwar bis zur Durchführung der Operationen zur Frankenstabilisierung. Diese Frist ist zu Ende. Der Franken wurde stabilisiert um den Preis der Auslieferung der Eisenbahn, der Post und des Telegraphen an das Privatkapital und der Einführung neuer indirekter Steuern in einer Höhe von über zwei Milliarden Franken. Belgien geriet in die unvermeidliche Nachstabilisierungskrisis, die sich in wachsender Teuerung und Arbeitslosigkeit auswirkt.

Auf Verlangen von acht Bezirksgruppen der Partei wurde der außerordentliche Parteitag einberufen, um über die Frage des ferneren Verbleibens der Sozialisten im Ministerium zu beraten.

Auf der Konferenz traten drei wichtige Strömungen zutage. Die eine befürwortete die obligatorische Teilnahme an der Regierung und hielt jede andere Taktik für geradezu u n d e n k b a r. Die zweite kritisierte mitunter sehr entschieden das Ergebnis des letzten Koalitionsversuchs und empfahl die Aufstellung von ultimativen programmatischen Forderungen als Vorbedingung für den Eintritt in ein neues Ministerium, das nach Verabschiedung des jetzigen zu bilden sei. Die dritte Strömung endlich sprach sich gegen die Koalition überhaupt aus. Die erste Strömung war auf dem Parteitag, außer durch die Minister Vandervelde und Wauters, auch durch die Führer der großen Gewerkschaften vertreten. Für die zweite Strömung sprachen die Demagogen Mathieu und Piérard. Die dritte Strömung vertrat der Delegierte der Brüsseler Bezirksgruppe, Brunfaut.

Die vorbehaltlosen Befürworter der Teilnahme an der Regierung

Gewiß, erklärte Vandervelde in seinem Bericht, die Operation, zu deren Durchführung wir der Regierung beigetreten waren, ist erfolgreich zu Ende geführt, das Land ist gerettet und — zu unserer Ehre sei es gesagt — durch uns gerettet. Aber nach der Operation tritt die Rekonvaleszenz ein, der Organismus ist noch geschwächt, und die Bildung irgend einer (rechten oder linken) Kampfregierung im gegenwärtigen Moment würde noch vor Ablauf von zwei Monaten die ganze Stabilisierungsaktion in Frage stellen. Dürfen wir ein solches Wagnis auf unser Gewissen nehmen? Unser Austritt aus der Regierung wäre gleichbedeutend mit einer langwierigen Ministerkrise und einer unvermeidlichen Parlamentsauflösung. Wir wären genötigt, in eine Wahlkampagne einzutreten, was das ganze Land in Erregung versetzen würde. Glaubt etwa jemand von uns, daß diese ganze lange, in einer Atmosphäre von Nervosität verlaufende Periode für die Gesamtinteressen des Landes und der Partei vorteilhaft wäre? Das Heikle unserer Lage besteht eben darin, daß wir zu stark sind, um in der Opposition zu verharren, und zu schwach, um aus uns heraus eine Regierung zu bilden. Deshalb sind wir dazu verdammt, an der Koalition teilzunehmen. Gewiß haben wir ein Recht, gewisse Reformen zu fordern. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es im Jahre 1927 an Geldmitteln zur Durchführung der Reformen fehlen wird. Das Jahr 1928 wird dafür voraussichtlich günstiger sein. Soweit es sich als unmöglich erweisen sollte, diese Reformen in das Regierungs-

programm aufzunehmen, wollen wir sie in das parlamentarische Programm der sozialdemokratischen Fraktion einbeziehen: es muß doch auch nicht alles von der Regierung ausgehen.

Die ihrem Wesen nach zynische Rede des niederträchtigsten aller Sozialverräter war durch oftmalige Abweichungen lyrischen, „idealistischen“ und wahrhaft „sozialistischen“ Charakters verwässert.

„Wie heiß wünschte ich all die Verhandlungen, Kompromisse, Abmachungen abzubauen, den ganzen undankbaren Kampf aufzugeben, in Anbetracht der Unmöglichkeit, meine Vollmachtgeber völlig zu befriedigen und mich für fernere und höhere Ziele einzusetzen; wie gern würde ich zu meiner früheren vollkommenen Gedankenfreiheit zurückkehren. Man sagt, die Jugend sei mit uns nicht zufrieden, sie frage, ob wir nicht den Frieden (!) um den Preis unserer Seele erkaufte hätten. Möglicherweise enthält diese Beunruhigung ein Quentchen Wahrheit. Aber ist es richtig, daß diese seelische Krise des Sozialismus sich nur in den Ländern auswirkt, in denen die Sozialisten an der Regierung teilnehmen? Man denke an Frankreich, wo die Sozialistische Partei an Anhängerschaft einbüßt, obwohl sie in der Opposition verharret. Man rede nicht von Schwäche und Unsicherheit. Ich bin erfüllt vom Glauben an die Jugendfrische und Leistungsfähigkeit, an die Größe der Partei . . .“

Vandervelde fand bei dem Generalsekretär der Gewerkschaftskommission, Mertens, vorbehaltlose Unterstützung. Es dürfe keine Parlamentsauflösung riskiert werden; man müsse den Mut besitzen, zu sagen, daß im Falle neuer Wahlen die Partei an Stimmen und Mandaten Einbuße erleiden werde. Es sei untunlich, aus der Regierung auszutreten, das gerettete Haus zu verlassen. Man drohe mit dem Gespenst des Kommunismus. Je nun, wenn es bisher gelungen sei, die Entwicklung der Kommunistischen Partei zu verhindern, müßte vielleicht jetzt auch die Periode überstanden werden, durch die die sozialistischen Parteien der anderen Länder hindurchgegangen seien. Der Uebergang zur Opposition würde nicht das Anwachsen des Kommunismus verhindern. Mertens ereifert sich über die Existenz von Leuten, die in Parteiversammlungen die „sogenannten“ Reformisten des schlimmsten Einvernehmens mit der Bourgeoisie zeihen. Ein pikantes Detail: Mertens, der leidenschaftliche Anwalt des Ministerialismus, schließt seine Rede mit der unerwarteten Forderung, die sozialistische Presse von der Tätigkeit der sozialistischen Minister unabhängig zu machen.

Die Position der unentwegten Ministerialisten wurde auch vom Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Delvigne, verteidigt. Wir haben, erklärte er offen, das gleiche Interesse wie die Bourgeoisie daran, daß die Wirtschaftslage des Landes eine normale sei. Vor dem Kriege waren wir allem Nationalen gegenüber feindselig eingestellt. Jetzt rechnen wir mit der realen Existenz einer nationalen Gemeinschaft. Als Delvigne erklärte, er zweifle an der Richtigkeit der Behauptung, daß die Massen der Partei den Rücken kehrten, rief ihm eine Stimme aus dem Saale zu: Kommen Sie in unsere Fabrik, dann werden Sie es ja sehen.

Die bedingten Ministerialisten

Mathieu ist damit einverstanden, daß im Juni unter dem Zwang der Verhältnisse, angesichts des finanziellen Zusammenbruchs des Landes der Eintritt in die Regierung unvermeidlich gewesen sei. Indessen findet er beim Feststellen der Ergebnisse, die die halbjährige Tätigkeit des Ministeriums

begleiteten, daß für die Stabilisierung der Valuta ein zu hoher Preis gezahlt worden sei. Bei der Konsolidierung der Staatsanleihen seien die Banken von der Regierung zwei Tage zuvor benachrichtigt worden, was einer Bevorzugung der Banken im Vergleich zu den kleinen Anleihebesitzern gleichkomme. Und dies habe eine Regierung getan, an der sich Sozialisten beteiligten. Es sei schwer gewesen, dies hinzunehmen, aber man habe schweigen müssen. Der Finanzminister habe zugegeben, daß die Financiers verbrecherische Anschläge auf die Staatskasse versucht hätten, aber die Regierung, die mit außerordentlichen Vollmachten bekleidet gewesen sei, habe keinen einzigen dieser Verbrecher zur Verantwortung gezogen. Vandervelde stelle dem Regierungsprogramm das Parlamentsprogramm entgegen; hinsichtlich der Militärdienstdauer schlage er der Partei vor, im Parlament gegen ihn, den Minister, einen Gesetzentwurf zu verteidigen, den er selbst ehemals verfaßt habe. Es sei notwendig, feste Bedingungen für die Teilnahme an der Regierung aufzustellen und, falls sie verworfen werden sollten, sich zurückzuziehen. Tun wir es heute nicht, könnte es morgen vielleicht zu spät sein.

Im selben Sinne äußerte sich Gérard im Namen der Organisation des Borinagebassins: Gewiß, das vom Internationalen Amsterdamer Kongreß 1904 verkündete Prinzip des Antimilitarismus hat sich insbesondere nach dem Kriege als unhaltbar erwiesen. Aber ebenso irrig ist das Dogma von der Teilnahme an der Regierung unter allen Umständen. Die „Koketterie des Gemäßigtseins“ muß aufgegeben werden. Das von Vandervelde in Vorschlag gebrachte Programm bietet „etwas zu wenig“. Gérard formuliert ein anderes, längeres Programm, aber dabei stößt ihn eine Unannehmlichkeit zu: Vandervelde unterbricht ihn mit der Erklärung, er sei nicht abgeneigt, diesem Programm zuzustimmen (ohne indessen hinzuzufügen, zu welchem Gebrauch: in der Regierung, im Parlament oder andernorts). Schließlich machte Gérard nach einer gebührenden Würdigung der Vanderveldeschen Erklärungen bezüglich der Außenpolitik (in denen China mit Schweigen übergangen wird) dennoch den Vorschlag, auf die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion bedacht zu sein, indem er seinen Vorschlag folgendermaßen begründet: die Beziehungen müssen im Interesse der belgischen Kaufleute und Industriellen wiederhergestellt werden; Sowjetrußland muß in den Kreis der europäischen Staaten einbezogen und von Asien abgelenkt werden. (Das ist dann auch für die Gérard und Vandervelde eine dankbare und ihren Kräften angemessene Aufgabe.)

Die Koalitionsgegner

In ihrem Namen sprach Brunfaut: Bisher haben alle vom Standpunkt der Wahltaktik, des Ministerialismus oder des Nationalismus, nicht aber vom Standpunkt des Kampfes um den Sozialismus aus gesprochen. Im Namen der nationalen Interessen führte man im Jahre 1914 die Völker zur Schlachtbank. Die Parole der „Errettung der Gesellschaft“ ist ein Abgrund, der bereits vieles verschlungen hat und noch immer nicht ausgefüllt ist. Die Regierung wird nicht vom Parlament, sondern vom Kapital ernannt. Die Entstaatlichung der Eisenbahnen hat anderthalb Millionen indirekter Steuern und eine Herabsetzung des Arbeitslohnes um 50 Prozent im Ver-

gleich zu den Vorkriegslöhnen mit sich gebracht. Es heißt, daß man bei 80 Delegierten nicht in der Opposition bleiben könne, daß man aber bei 90 Delegierten werde das Proletariat bewaffnen müssen, weil dann für das Proletariat der gefährlichste Augenblick eintrete (92 Delegierte bilden im belgischen Parlament die Mehrheit). Es werden eigentlich zweierlei Arten von Politik: der Reformismus und der Klassenkampf einander gegenübergestellt. Die Außenpolitik Vanderveldes bewegt sich in bürgerlichen Bahnen. Gérard hat vorgeschlagen, die Beziehungen zur Sowjetunion wieder aufzunehmen, aber auch dieser Vorschlag war vom nationalen Standpunkt begründet. Es müssen die Beziehungen zum kommunistischen Volke Rußlands wiederaufgenommen werden. Einzig und allein die Interessen des Proletariats müssen künftig den Ausschlag geben. Dort im Osten wird der Versuch gemacht, den Sozialismus zu verwirklichen. Es darf nicht zugelassen werden, daß das russische Volk allein, ohne Zusammenhang mit den anderen Kämpfe. Brunfaut bringt die Einberufung eines allgemeinen internationalen Kongresses der sozialistischen und kommunistischen Parteien in Vorschlag; ein solcher Kongreß wäre für den Weltfrieden von größerer Bedeutung als Genf. Nach einer scharfen Verurteilung der „Rationalisierung“ und einem Aufruf zu ihrer Bekämpfung schließt Brunfaut: ich lächle nur, wenn hier von einem Programm geredet wird. Man hat wohl vergessen, daß das Budget für das Jahr 1927 bereits bestätigt ist?

Eine Sondererscheinung bildete das unbestimmte oppositionelle Auftreten de Brouckères, des Vertreters Belgiens im Völkerbund und nächsten Anhängers von Vandervelde. „Wir machen die vielleicht schwerste Stunde im Leben unserer Partei durch . . .“ Vandervelde sagte, wir könnten nicht aus der Regierung austreten. Wir wollten es tun, aber sie halten uns fest (Brunfaut: wir sind Geiseln!). Sie verlangen, daß wir noch 6 Monate bei der Stange bleiben. Ich bin sicher, daß es nicht so lange dauern wird. Wenn die Arbeit vollbracht und die Bourgeoisie gerettet sein wird, wird man uns fortjagen. De Brouckère vergleicht die gegenwärtige Krisis des Sozialismus mit der Krisis der christlichen Kirche im 4. Jahrhundert, als sie zur Kirche der Reichen wurde . . . Ja, noch hält man uns in den Ministerien, aber wir haben nicht die Macht. Der Sozialismus wird letzten Endes verwirklicht werden. Aber es erhebt sich die große Frage: wird die große Bewegung, die wir vor 40 Jahren ins Rollen brachten, weiter vorwärts gehen? Wenn die Fackel unseren Händen entgleitet, werden andere sie aufheben . . .

Die Abstimmung

Die vom Arbeitsminister Wauters im Namen der Kommission eingebrachte Resolution (angenommen mit 11 Stimmen gegen 1 Stimme de Brouckères) bestimmt die Grenzen für eine weitere Teilnahme an der Regierung auf der Grundlage eines „genauen Programms“. Dieser Programm-entwurf, der die Mindestforderungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung neben allgemein gehaltenen dehnbaren Wünschen, z. B. in bezug auf die Herabsetzung der Dienstzeit, enthält, soll in den Organisationen zur Beratung eingebracht werden. Indessen wurde von der Resolution selbst der Vorschlag der Parteigruppe im Borinagebassin entgegengehalten, der die Gesamtfraße den Organisationen zur Beschlußfassung unterbreiten

will. Im Augenblick lassen sich nicht Versuche von seiten Vanderveldes vermeiden, die den Parteitag veranlassen sollen, die bedingte Teilnahme an der Regierung im Prinzip anzunehmen. Der Parteitag hat sich den Borinagestandpunkt zueigen gemacht. Es kann kaum bezweifelt werden, daß letzten Endes die Rechten und die Mitte (die unbedingten und bedingten Anhänger der Teilnahme an der Regierung) eine Mehrheit für das Prinzip der Teilnahme zusammenbringen werden. Aber das Hineintragen der Frage in die Organisationen selbst, ihre eingehende Behandlung durch die Massen der Parteimitglieder wird zweifellos von ungeheurer Bedeutung sein.

Es gibt keine wesentlichen Unterschiede zwischen der Rechten und der Mitte. Soweit ihr Scheinkampf nicht auf einer bewußten Rollenverteilung beruht, um mit pseudo-oppositionellen Redensarten die revoltierenden Parteimassen hintanzuhalten (wie auf dem französischen Parteitag der Vertreter der Mitte, Blum, und der Rechten, der Pariser Renaudel, verfahren), erscheint die Mitte einfach als Reflex der allgemeinen Linksschwenkung der Massen. Als klarerer Ausdruck dieser Erscheinung stellt sich die „Linke“ dar, die in einigen Fragen fast bis zu revolutionären Beschlußfassungen geht. Trotzdem läßt das sich auf bloße Worte beschränkende Auftreten der „Linken“, ihre hartnäckige Loyalität und Disziplinertheit den Führern gegenüber, auf deren Verrätereien die Vertreter der Opposition doch selbst hinweisen, sie hinsichtlich ihrer Aufrichtigkeit in ungünstigem Lichte erscheinen.

Die gegenwärtige Krisis in der belgischen Arbeiterpartei, die bisher als die am meisten disziplinierte und geschlossene Partei der Zweiten Internationale, als ihre *Musterpartei* galt, ist auch weit über die Grenzen des kleinen Belgien hinaus von ungeheurer politischer Bedeutung.

Sie bestätigt zudem die Tatsache, daß sich der jungen Kommunistischen Partei Belgiens unter den gegenwärtigen Umständen die Möglichkeit bietet, auf einen sehr großen Teil des belgischen Proletariats Einfluß zu gewinnen.

J. DURET :

DIE FRANZÖSISCHEN SOZIALISTEN UND DIE KOLONIALFRAGE

In letzter Zeit beschäftigen sich die französischen und belgischen Sozialisten eifrig mit der kolonialen Frage. Es ist leicht zu erraten, warum.

Der Kommunismus hat in den Kolonialländern große Erfolge zu verzeichnen. Die nationale Bewegung entwickelt sich unaufhaltsam und wird zu einer immer drohenden Gefahr für die kapitalistische Welt.

Die Sozialdemokratie, als treue Stütze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, muß daher den Versuch machen, politische Formeln zu finden, 1. um einen Teil der Eingeborenen auf die Seite der Sozialistischen Partei zu ziehen und auf diese Weise dem kommunistischen Einfluß ein Gegengewicht zu bieten,

2. um die Loslösung der Kolonien von den Metropolländern zu verhindern und ihre weitere Ausbeutung zu sichern, was unumgänglich ist, wenn man den Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung hinauszögern will.

Die imperialistische Ideologie der Sozialdemokratie ist in jüngster Zeit bei den belgischen Sozialisten, in Zusammenhang mit den chinesischen Ereignissen, besonders klar zutage getreten.

Die sozialistischen Minister des belgischen Königs haben mit großer Energie gegen die Frechheit Chinas protestiert, das es gewagt hat, den Vertrag von 1865, der seine völlige Knechtung bedeutet, zu brechen. Um China zur Ordnung zu rufen, haben diese Sozialisten sich nicht gescheut, an die großen imperialistischen Staaten zu appellieren und offen zu erklären, daß die Interessen des gesamten europäischen Kapitalismus auf dem Spiele stehen. Wir zitieren hier die Deklaration von de Brouckère, der ein linker Sozialist und belgischer Vertreter im Völkerbund ist:

„Im Jahre 1865 haben wir, gleich Frankreich und England, mit China einen der der als „ungleich“ bezeichneten Verträge abgeschlossen, der uns, gleich anderen Mächten, eine privilegierte Stellung einräumt Auf dieser Grundlage haben wir in China große wirtschaftliche Interessen zu verteidigen . . . Eisenbahnen, Elektrowerke, Tramways, Chausseen, Banken usw. Der Vertrag von 1865 reserviert uns Belgiern das alleinige Kündigungsrecht, ohne jede Gegenseitigkeit für China. Nichts destoweniger richtete der chinesische Minister an mich am 16. April ein Schreiben, in dem er den Vertrag zum 27. Oktober kündigte. Hier liegt eine schwere Verletzung des internationalen Rechts vor.“

Weiter heißt es:

„Wir sind stark durch unser gutes Recht, und es handelt sich in diesem Falle nicht nur um uns Belgier, sondern um ganz Europa und dessen Zukunft im Fernen Osten.“

Ferner sagte de Brouckère:

„Gestern hieß es: Die Türkei für die Türken, heute heißt es, China für die Chinesen. Wir Belgier sind nur Sündenböcke in dieser ganzen Geschichte. Wenn wir auf unser gutes Recht bestehen, so verteidigen wir damit die Interessen ganz Europas.“ (La Liberté, 11. Dez. 1926).

So gibt der „Genosse“ de Brouckère offen zu, daß er in China die Interessen des europäischen Imperialismus vertritt.

Auch die Rede Vanderveldes, die dieser kürzlich zur Beantwortung der kommunistischen Interpellation unseres Genossen van Overstraaten hielt, ist im gleichen Sinne gehalten, wenn auch die äußere Form minder deutlich ist.

Die französischen Sozialisten stehen noch nicht am Ruder, und sie können sich daher nicht als „Staatsmänner“ gebärden. Sie waren daher auch noch nicht in die Zwangslage versetzt, ihren Standpunkt unzweideutig darzulegen. Innerlich sind sie aber eins mit den belgischen Sozialdemokraten.

Um den Standpunkt der französischen Sozialistischen Partei in dieser Frage zu charakterisieren, wollen wir uns etwas eingehender mit der Rede beschäftigen, die Lagrosilière, der sich speziell mit der kolonialen Frage beschäftigt, auf dem Landeskongreß der SP (2. Mai 1926) gehalten hat und die auf dem Kongreß lebhaften Beifall fand.

Diese Rede enthält drei Grundthesen:

1. Engerwerden der Bande, die die Kolonien mit dem Mutterlande verbinden, daher die Unmöglichkeit einer Loslösung.

2. Kritik der Losungen der Internationalisierung der Kolonien und der Losung ihrer Räumung.

3. Konkretisierung der Losung, die von der Sozialistischen Partei aufgestellt werden sollte: „Assimilierung der Kolonialvölker“ (die Eingeborenen müssen Franzosen werden und die gleichen politischen Rechte erhalten).

Einige Zitate zur Erläuterung der ersten Punktes:

„Es steht fest, daß die Kolonien nunmehr ein Bestandteil der Weltwirtschaft sind. Doch sie sind es geworden, dank ihren kapitalistischen Mutterländern, mit denen sie, mindestens auf wirtschaftlichem Gebiet, aufs engste verbunden sind. Dieser Zusammenhang wird immer mehr erstarken, und sie werden die Entwicklung ihrer Metropolländer im Rahmen der heutigen Gesellschaft mitmachen, bis zu dem Augenblick, wo dieser Rahmen gesprengt wird durch die Umwandlung des kapitalistischen Eigentums in soziales Eigentum.“

D. h. die Kolonien werden bis zur Aufrichtung des Sozialismus an die Metropolländer gefesselt sein. Jede Unabhängigkeitsbewegung ist also utopistisch und muß bekämpft werden.

Die Sozialdemokratie erfüllt ihre Mission.

Um zu beweisen, daß die Kolonien ihre Metropolländer nicht mehr entbehren können, sagt der Redner weiter:

„Ebensowenig, wie die Bevölkerung der Mutterländer, Proletariat wie Bourgeoisie, hinsichtlich ihres Konsums auf die Kolonialprodukte verzichten könnte, ebensowenig kann die eingeborene Bevölkerung der Kolonien, die übrigens viel zahlreicher ist, als die der Mutterländer, die Produkte entbehren, die aus den Händen ihrer Brüder, der Arbeiter der Mutterländer, hervorgehen.“

Wir sehen: Es geschieht im Interesse der Kolonien selbst, wenn sie das Mutterland weiterhin festhält.

Nunmehr zum zweiten Punkt:

Lagrosilière wendet sich energisch gegen den möglichen Verlust der französischen Kolonien:

„Die Kolonien unter die Fittiche der sich Völkerbund nennenden kapitalistischen Organisation stellen, scheint mir ebenso utopisch und verhängnisvoll zu sein, wie die von den Kommunisten vorgeschlagene Räumung der Kolonien.“

„Die Evakuierung der Kolonien bedeutet ihre Auslieferung an die entfesselten Gelüste aller kapitalistischen Staaten.“ (Beifall).

„Die Stellung der Kolonien unter den angeblichen Schutz des Völkerbundes bedeutet die Ersetzung der Tyrannei des kapitalistischen Staates, dem sie heute unterstehen, durch die kollektive Tyrannei der Gesamtheit der kapitalistischen Staaten (Beifall).“

„Soll man das Prinzip der Mandate ausbauen und auf alle Kolonien anwenden? Nehmt Syrien! Denkt euch Tunis unter die Fuchtel des mussolinischen Faschismus gestellt, und ihr werdet die Befürchtungen verstehen, die eine solche Umgestaltung der Kolonien unter kapitalistischen Verhältnissen in uns erweckt . . .“

„ . . . Was die Kolonien anbetrifft, die mit ihrem Mutterland eng verwachsen sind — wie, fühlen sie nicht, daß ihre Räumung, ihre Loslösung unmöglich und undenkbar ist und daß der bloße Versuch einer solchen größere Konflikte zur Folge haben und größeres Elend über sie heraufbeschwören würde, wie jemals ihre Kolonisierung.“

Will man diese Redekunst Lagrosilières in einfaches Deutsch übertragen, so bedeutet sie:

Für die Sozialisten solcher Länder, die keine Kolonien besitzen, ist es ein leichtes, ihre Internationalisierung zu verlangen. Wir französischen Sozialisten machen den Schwindel nicht mit! Frankreich hat zu viel Kolonien.

Die Parole, die der Meinung Lagrosilières nach die der französischen

Partei sein müßte, die Losung der Assimilierung, wird von ihm folgendermaßen begründet.

Zunächst richtet er seine Angriffe gegen die Autonomie:

„Die Eingeborenen sind Menschen wie alle anderen, und daher wollen wir ihnen das gleiche Recht zugestehen wie allen anderen. Doch Menschen, wie sie sind, haben sie ihre Leidenschaften, ihren Haß, ihren Fanatismus (Beifall). Und es ist noch gar nicht sicher, ob sie nicht die Autonomie gebrauchen würden, um nun ihrerseits die an Zahl viel geringeren kolonisatorischen Elemente zu verfolgen, zu vernichten oder des Landes zu verweisen. Es kann also nur eine Form für die sozialistische Kolonialpolitik geben — diejenige der Assimilierung . . .“

„Dies ist eine Politik, die darauf abzielt, die eingeborene Bevölkerung allmählich, unter strengster Wahrung aller Rücksichten, Vorsichtsmaßregeln und Uebergangsstufen, die ihr geistiger Zustand, ihre Sitten, und ihr Entwicklungsstand erfordern, auf das politische, geistige und moralische Niveau ihrer Kolonisatoren zu heben, ihr die gleichen Möglichkeiten zu bieten, wie auch den Kolonisten und anderen französischen Bürgern, ihre Interessen zu verteidigen, sie zur Beteiligung am öffentlichen Leben heranzuziehen und zwischen ihnen und dem Mutterland Bande zu knüpfen, die nicht nur auf Berechnung, sondern auch auf herzlicher Zuneigung, nicht auf Interesse, sondern auch auf Gefühl begründet sind.

Auf diese Weise wird in immer engerem Zusammenwirken jenes politische und wirtschaftliche Bündnis entstehen, von dem ich eben sprach, und das das letzte Entwicklungsstadium der Kolonien innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bis zur Umwandlung dieser letzteren in eine kollektivistische oder kommunistische sein wird.“

„Die Assimilation ist somit mehr als eine Form der von den Sozialisten verlangten kolonialen Politik, sie ist ihre Substanz, ihr Wesen. Die Tatsache übrigens, daß sie die traditionelle Politik des republikanischen Frankreich ist, hebt ihren Wert in den Augen der sozialistischen Demokratie.“

„Jedes Volk kann nur eine solche Kolonisationspolitik betreiben, die seinem eigenen Temperament oder seinem eigenen Geist entspricht.“

„England war stets autonomistisch, Frankreich aber mit wenigen Ausnahmen stets assimilatorisch gesinnt.“

Wir hoffen, daß diese Zitate kennzeichnend genug sind, wir versuchen nunmehr, eine kurze Analyse derselben zu geben.

Wohl kann die Losung der Assimilierung für die eingeborene Bevölkerung einigermmaßen verlockend sein.

Wenn man aller Rechte beraubt ist, wie wilde Tiere oder Parias behandelt wird, so kann die Erwerbung der gleichen Rechte, wie sie den französischen Bürgern gewährt werden, fast als Glück erscheinen. Es fragt sich aber, ob dieses Glück im Rahmen der kapitalistischen Ordnung erreichbar ist.

Wir antworten darauf kurz und bündig: Nein!

Der Imperialismus kann nur durch unerhörte Ausbeutung der Kolonialvölker bestehen.

Die Kehrseite der „Demokratie“ im Mutterland ist stets Knüppel und Peitsche in den Kolonien.

Heute, in einer Zeit der Zersetzung des Kapitalismus kann es sich nur um steigende Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonien handeln, denn der Versuch ist unvermeidlich, die ganze Schwere der auf Frankreich lastenden Krise auf die Kolonien abzuwälzen.

Um das Utopische dieser Losung aufzuzeigen, genügt es, die Rede Lagrosilières selbst etwas aufmerksamer zu betrachten, Lagrosilière gehört zu denjenigen, die man als Kolonialaristokratie bezeichnen kann: die Bevölkerung der Insel Martinique ist bereits seit langem im Genuß der französischen Bürgerrechte.

Die Losung der Assimilierung bedeutet somit, konkret gesprochen, Gleichstellung anderer Kolonialvölker mit den Einwohnern von Martinique. Hören wir aber, was Lagrosilière selbst von den dortigen Zuständen erzählt:

„Diese Politik hat in Martinique und Guadeloupe die Form eines richtigen Faschismus angenommen . . . Die Gerichte sind da, entweder um diejenigen Bürger, die es wagen, die Handlungen der Gouverneure zu kritisieren, ins Gefängnis zu werfen, oder aber die schlimmsten Verbrechen derjenigen zu rechtfertigen, die Anhänger der Behörden sind . . .

„Auflösung von städtischen Selbstverwaltungen und Generalräte ohne gesetzlichen Grund, ihre Ersetzung durch Banden von Mamelucken, denen niedere Gesinnung, Denunziation und Kriecherei oberstes Gesetz ist; Fälschung der Volksvertretung, Unterdrückung jeder Kontrolle über die Wahlen mit Hilfe roher Gewalt, Hinauswerfen von Wählern aus den Wahllokalen, Fälschung der Wahllisten und Wahlprotokolle, von Zeit zu Zeit Niederschießungen ohne den geringsten Anlaß solcher Wähler, die naiv genug sind, an das französische öffentliche Recht zu glauben — wie wir es in der Gemeinde Ducos (Martinique) gesehen haben, wo zwei unserer sozialistischen Gemeinderäte, tapfere Kämpfer, von einem Gendarmen hinterrücks niedergeschossen wurden. Für den Gendarmen aber verlangte der Gouverneur, der das Verbrechen veranlaßt hat, ein Kreuz der Ehrenlegion.“ (Unterstrichen vom Verfasser I. D.)

„In der Gemeinde Diamant derselben Kolonie wurden am selben Tag 12 Arbeiter meuchlings niedergemetzelt und 12 andere verwundet, einzig aus dem — übrigens erfundenen — Grunde, weil ein Brigadier, der eine Maschinengewehr-Abteilung kommandierte, angeblich einen Federmesserstich in sein képi erhalten hat.“

Derartiges spielt sich also in einer „assimilierten“ Kolonie ab, wahrhaftig, ein Idyll, ein Paradies auf Erden! Das ist das Ideal, das die Sozialisten der kolonialen Bevölkerung in Aussicht stellen.

Doch die Losung der Assimilation ist nicht nur undurchführbar, sondern auch durch und durch konterrevolutionär.

In der Tat: Welche Rolle ist ihr zugeordnet? Diejenige einer Waffe im Kampf gegen die nationale Bewegung.

Wer für die Assimilation ist, muß alle nationalen Eigentümlichkeiten der Eingeborenen, ihre Sprache, ihre Gebräuche usw., den Haß, den sie gegen die Eroberer nähren, bekämpfen, muß jedem Versuch zum Aufstande vorzubeugen suchen, muß das ganze Heer der Lehrer, Missionare und Pfaffen unterstützen, die bestrebt sind, bei den Eingeborenen patriotische Gefühle für das Mutterland zu wecken, muß mit aller Entschiedenheit und Entschlossenheit sich jedem Insurrektionsversuch entgegenstellen. Die Sozialisten erscheinen hier erneut als die besten Agenten des französischen Imperialismus.

Die Kommunistische Partei Frankreichs wird dem sozialistischen Manöver entgegenzuwirken verstehen, sie wird die separatistische nationale Bewegung unterstützen, die den Zerfall des französischen Imperialismus beschleunigt.

JULES HUMBERT-DROZ:
„CAHIERS DU BOLCHEVISME“*

Die KP Frankreichs war im Laufe des letzten Jahres bestrebt, ihre theoretische Zeitschrift origineller, sozusagen französischer zu gestalten, sie weniger abhängig von den Ausschnitten aus den KI-Organen zu machen. Mit Ausnahme der Diskussionsfragen der KP der USSR, worüber die „Cahiers“ zahlreiche Zitate aus Stalin und Marx zur Frage des sozialistischen Aufbaues bringen, stammen fast sämtliche Aufsätze der besprochenen Hefte aus der Feder französischer Genossen.

Wenn aber in bezug auf den Mitarbeiterstand ernstliche Fortschritte zu verzeichnen und zu begrüßen sind, so läßt sich leider in bezug auf die behandelten Fragen nicht dasselbe sagen. Die Mehrzahl der Aufsätze der französischen Genossen befaßt sich mit Fragen der auswärtigen Politik oder mit internationalen Fragen. Nur ganz wenige Aufsätze sind der Betrachtung der inneren politischen Situation, den wichtigsten Fragen der französischen Arbeiterbewegung, den Losungen und der Tätigkeit der Partei, der Gewerkschaftsbewegung und den Kämpfen des Proletariats gewidmet; sie sind überdies oberflächlich und gehen zumeist nicht von Genossen der Parteileitung aus.

Selbstverständlich erwächst der KP Frankreichs aus der hervorragenden Rolle des imperialistischen Frankreich in der Weltpolitik und aus der Bedeutung der außenpolitischen Probleme die Verpflichtung, diese Probleme systematisch zu studieren, und wir machen der Partei keinen Vorwurf daraus, sie ausgiebig behandelt zu haben. Wir glauben im Gegenteil, daß sie damit fortfahren muß, doch gleichzeitig muß sie bestrebt sein, eine zumindest gleiche Aufmerksamkeit den Fragen der innerpolitischen Situation und derjenigen der Arbeiterbewegung zuzuwenden.

Im Laufe dieses Trimesters wurden in den „Cahiers“ die wichtigsten Probleme der Außenpolitik behandelt. So enthält Heft Nr. 57 einen — übrigens recht oberflächlichen — Artikel von Meunier über den Völkerbund und das Mittelmeerproblem, Heft Nr. 58 einen Aufsatz von Péri über die siebente Tagung des Völkerbundes. Das Heft 59 enthält einen Leitartikel von Semard über die Verschuldung Frankreichs an Amerika, einen Aufsatz von Berlioz über das europäische Stahlkartell und einen von Leiciague über den siegreichen Vormarsch der Kantonnarmeen. Diese letzte Nummer illustriert am besten, was wir den „Cahiers“ eigentlich vorwerfen. Drei Viertel der Nummer beschäftigen sich mit internationalen Fragen, während französische Fragen, Fragen der Arbeiterbewegung sich mit einer drei Seiten langen Notiz von Raveau über den Kampf der Unternehmer gegen die gleitende Lohnskala sowie mit einer Uebersicht der Ereignisse, richtiger mit einer bloßen Aufzählung politischer und gewerkschaftlicher Tatsachen der letzten 14 Tage begnügen müssen.

Das Heft 60 enthält einen gründlichen Aufsatz von Péri über das Stahlkartell und das Thoiry-Abkommen, sowie eine Notiz von Bernard über den Kongreß der KP Englands.

Das Heft 61 enthält einen bedeutsamen Artikel Doriots über die Stellungnahme der KP gegenüber dem italienisch-französischen Konflikt. Dieser Aufsatz ist eine Zusammenfassung seines Referats in der Informationsversammlung der Pariser Region. Er weist einige ernste Lücken auf, insbesondere in bezug auf die Aufgaben der Partei. Obwohl er vorübergehend die chauvinistische Rolle der Sozialistischen Partei streift, fehlt erstaunlicherweise unter den von ihm formulierten acht Aufgaben der Partei die äußerst wichtige Aufgabe des Kampfes gegen den Chauvinismus und Sozialpatriotismus der Sozialistischen Partei. Der Sozialpatriotismus der Sozialistischen Partei setzt sich heute eine antifaschistische Maske auf, ähnlich wie er sich 1914 den Mantel des Kampfes der Demokratie gegen den Hohenzollern-Imperialismus umhängte; in dieser Verkleidung findet er Wiederhall bis in unsere Zellen und Zeitungen hinein. Nur durch einen systematischen und erbitterten Kampf gegen den Sozialpatriotismus der Sozialistischen Partei werden wir seine Spuren aus unseren eigenen Reihen vollständig ausmerzen und die Arbeiterklasse über den wahren Charakter des vom italienischen und französischen Imperialismus vorbereiteten Krieges aufklären können.

* September, Oktober, November, Heft 57/61

Unter den internationalen Problemen, die in den besprochenen Heften der „Cahiers“ berührt wurden, müssen wir auch mehrere Aufsätze aus der Feder Treints erwähnen: Heft 57 bringt einen Artikel über sein Lieblingsthema „Europa—Amerika“, Nr. 61 einen über dieselbe Frage, wenn auch unter einem anderen Titel: „Beitritt Deutschlands zum Völkerbund und die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland“.

Obwohl das Sekretariat der Partei am 15. September eine Antwort an Treint in Aussicht stellte, veröffentlicht es am 27. November ohne ein Wort des Kommentars einen weiteren Aufsatz Treints. Beide Artikel stehen im scharfen Gegensatz zu allen anderen Aufsätzen über die internationale Lage. Besonders scharf tritt dies im Artikel vom 27. November zutage: Nachdem Doriot mit vollem Recht die Partei und die Arbeiterklasse auf den sich zuspitzenden Konflikt zwischen Italien und Frankreich aufmerksam macht, spricht Treint in aller Ruhe von der „zunehmenden Solidarität der europäischen Imperialismen“, „der Tendenz der europäischen Imperialismen, angesichts des gemeinsamen Feindes ihre Solidarität zu steigern, sie in den Vordergrund zu rücken, die europäischen Gegensätze dagegen in den Hintergrund zu drängen“.

Sowie wir das Gebiet der internationalen Fragen verlassen, und uns auf dasjenige der inneren Politik und der Fragen der Arbeiterbewegung begeben, sehen wir uns einer Reihe geradezu unbegreiflicher Lücken gegenüber. Mit Ausnahme von zwei Leitartikeln Semards, wo die Fragen der inneren französischen Politik nur ganz im allgemeinen besprochen werden (Heft 58 und 60), sehen wir keinen einzigen Aufsatz von Mitgliedern der Zentralleitung über Fragen der französischen Arbeiterbewegung, über die Losungen oder Aufgaben der Partei. Ein Aufsatz von Thorez über die Kampagne der Partei beschäftigt sich nur mit Organisationsaufgaben, nicht aber mit Inhalt und Bedeutung der Kampagne.

Die Redaktion der „Cahiers“ hat den Versuch gemacht, diese Lücke in drei Heften durch eine „Rundschau“ der Ereignisse der letzten 14 Tage auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet auszufüllen. Diese „Rundschau“ ist eine einfache chronologische Aufzählung von Tatsachen und in dieser Form von keinem großen Interesse. Die Redaktion hätte gut daran getan, bevor sie diese Neuerung wieder fallen ließ, den Versuch zu machen, sie in eine wirkliche politische Darstellung der Ereignisse umzugestalten, um den Lesern der „Cahiers“ deren Entwicklung verständlich zu machen und die Tätigkeit und Politik der Partei angesichts der politischen und sozialen Ereignisse zu erörtern. In dieser Form würde die Rundschau ein ausgezeichnetes Orientierungs- und Stimulierungsmittel für die Aktivität der Partei sein, indem bei den Funktionären das Verständnis für den Sinn der politischen Ereignisse und damit auch die Fähigkeit geweckt wird, gemäß den Direktiven der Partei darauf zu reagieren.

Unter den Aufsätzen über die innerpolitische Lage heben wir zwei Artikel Raveaus hervor: der erste über den Streik von Chateau-Regnault, der andere über den Kampf der Unternehmer gegen die gleitende Lohnskala, sowie seine gewerkschaftlichen Uebersichten. Seine leider allzu kurzen Notizen über diese Ereignisse bedeuten den ersten Schritt zu einer systematischen und vertiefteren Arbeit, die begrüßt und unterstützt werden muß.

Ein Aufsatz von Le Gléo über die gleitende Lohnskala enthält, ebenso wie der bereits erwähnte Artikel Raveaus zur gleichen Frage, einige Punkte, die zeigen, daß diese Losung der Partei und der CGTU ein aufmerksames Studium erheischt.

Diese Genossen trennen den Kampf um die gleitende Lohnskala vom allgemeinen Kampf um Lohnerhöhung. Le Gléo schreibt: „Die Wiederherstellung des vorkriegszeitlichen Lohnniveaus, die allgemeine Lohnerhöhung und die gleitende Lohnskala sind drei gesonderte Fragen.“ Daß diese drei Probleme in Zusammenhang gebracht werden, bezeichnet er als großen Irrtum. Wird das Problem der gleitenden Lohnskala in dieser Weise außerhalb jedes Zusammenhanges mit dem Kampf um die allgemeine Lohnerhöhung betrachtet, so wird sie zu einer neuen Methode der Lohnfestsetzung erhoben, durch die „Lohnkämpfe“ und „sporadische Bewegungen“ überflüssig gemacht werden, da die Löhne sich automatisch der Teuerung anpassen. Ein Zitat aus Raveau:

„Die Methode willkürlicher Lohnforderungen wird vermöge der gleitenden Lohnskala durch eine wissenschaftliche Methode der Preis- und Lohnberechnung ersetzt: sie ist bestrebt, die Methode zusammenhangloser sporadischer Bewegungen durch ein geordnetes System zu ersetzen.“

Es genügt, daß dieses wissenschaftliche System in Funktion tritt, damit die Unternehmer und Arbeiter sich auf einen „gerechten“ Aufanglohn und „richtigen“ Preisindex einigen.

Le Gléo gibt zu, daß die Aufgabe keine leichte ist, da die Löhne von 1914 ungenügend, der offizielle Preisindex falsch war. Hauptsache ist für ihn jedoch die Anerkennung des Prinzips, daß die Löhne sich den Schwankungen der Lebenshaltungskosten anpassen müssen.

Diese wenigen Zitate genügen, um zu zeigen, auf welche gefährlichen Bahnen sich unsere Partei begibt, wenn sie die Frage der gleitenden Lohnskala von der Frage der allgemeinen Lohnerhöhung trennt, sie als eine neue Methode betrachtet, die bestimmt ist, die alten Lohnforderungsmethoden und die sporadischen Bewegungen zu ersetzen, wenn sie darin ein Mittel erblickt, um Klassenkämpfe zum Zweck von Lohnerhöhungen zu vermeiden und sie durch ein Abkommen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu ersetzen, laut dessen die Arbeiterlöhne gemäß den Schwankungen des Preisindex automatisch erhöht oder auch herabgesetzt werden.

Hervorzuheben ist ferner eine gewissenhafte Arbeit von Rosa Michel über kapitalistische Rationalisierung, sowie eine Skizze von Juin, in der eine Reihe interessanter Fragen berührt wird.

Diese kurze Aufzählung der in den „Cahiers“ veröffentlichten Beiträge genügt vollkommen, um die klaffenden Lücken ihres Inhalts aufzudecken. Kein Wort über die überaus wichtigen Probleme, die der KPF von der Internationale und dem Kongreß der KPF gestellt wurden: Massengewerkschaften, Gewerkschaftseinheit, Rolle der CGTU und der Partei während der Streikperiode, kein Wort über die Sozialistische Partei, die verschiedenen Strömungen in ihr, ihre Politik und ihre innere Krise, kein Wort über die Einheitsfront, über die gemischten Komitees und proletarischen Einheitskomitees während der Arbeiterbewegung im Sommer und im Herbst.

Nichts Wesentliches und ernstlich Durchdachtes über die Währungsstabilisierung, über die Wiederherstellung des Frankenkurses und ihre Auswirkung auf das Wirtschaftsleben, nichts über die nahende Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit sowie über die Aufgaben der Partei in dieser neuen Situation.

Das gleiche läßt sich von der Rubrik „Aus dem Parteileben“ sagen. Mit Ausnahme eines Aufsatzes von Thorez über die Kampagne der Partei und eines ausgezeichneten Aufsatzes von Crosset über die Arbeit der Zellen und über die Notwendigkeit der Einstellung der Großbetriebe, der von den Erfahrungen der Partei ausgeht und sie auch der Gesamtpartei mitteilen will, scheint die besprochene Rubrik in bezug auf Inhalt dem Zufall überlassen, ohne jede Methode und ohne bestimmtes Ziel geleitet zu sein. Es fehlt die Aufzeigung der Erfahrungen der Partei, es fehlt an ständiger Selbstkritik, am festen Willen, die „Cahiers“ in den Dienst der systematischen Anleitung der Parteiarbeit zu stellen.

Man kann sagen, daß die theoretische Zeitschrift der KPF, abgesehen von internationalen Fragen, gänzlich vom Zufall, der ihr die einen oder die anderen Beiträge zuführt, abhängt, daß ihr kein systematischer Plan zugrunde liegt, um den Funktionären der Partei leitendes Material für ihre politische Tätigkeit zu liefern, ihre Initiative zu wecken, die gesamte Parteiarbeit zu leiten und zu intensivieren.

Die erste Reform, die den „Cahiers“ not tut, ist somit folgende: Die Redaktion der Zeitschrift und die Parteileitung müssen sich selbst darüber klar werden, was für eine Rolle die theoretische Zeitschrift der Partei in der allgemeinen Aktion der französischen Arbeiterbewegung spielen soll. Sie muß ein Organ sein, das nicht nur in internationalen Fragen, sondern auf dem gesamten Gebiet der laufenden kommunistischen Tätigkeit den Funktionären der Partei leitende Hinweise erteilt. Sie muß die Funktionäre zur Lösung der praktischen Aufgaben der Arbeit befähigen, indem die Probleme vor ihnen in klarer Form gestellt und die Direktiven der Partei erläutert werden. Sie muß ihnen die Erfahrungen der Partei vermitteln, die Schwächen der Partei, ihre Erfolge und Mißerfolge aufzeigen und analysieren, kurz, sie muß alle Fragen behandeln, die vor der Partei stehen. Jedes Heft muß mit voller Klarheit das Ziel verfolgen, das Verständnis der wichtigsten Fragen und Aufgaben des Augenblicks zu erleichtern, sie mit unseren allgemeinen theoretischen und taktischen Auffassungen in Verbindung zu bringen, die Aktivität und das Denken der Partei anzuspornen.

Wird sich die Redaktion über diese Aufgabe klar sein, so wird sie es verstehen, aus eigener Kraft auch die übrigen Mängel zu beheben, das Gleichgewicht zwischen den internationalen und den französischen Fragen herzustellen und das ideologische Niveau der Beiträge zu heben.

Moskau, den 29. Dezember 1926.

L. :

SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE*

Im Oktoberheft dieser ehrwürdigen Zeitschrift des deutschen Opportunismus finden wir einen Nachruf Severings für Ernst Mehlich, den sozialdemokratischen Reichs- und Staatskommissar des Ruhrgebiets. Mehlich hatte sich besonders durch seine Tätigkeit als Schlichter einen üblen Ruf erworben. In allen Arbeitskämpfen stellte er sich mit seinen Schiedssprüchen auf die Seite der rheinisch-westfälischen Industriellen, deren Scharfmachertum ja bekannt ist. Bei der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets herrschte eine ungeteilte Meinung über Mehlich. Er war dort so verhaßt wie sonst nur irgendein Noske. Severing aber muß natürlich Loblieder für Mehlich singen, der ebenso wie er selbst der ganz in den bürgerlichen Staat hineingewachsenen sozialdemokratischen Parteibürokratie angehört hat. Mehlich ist für Severing „ein Mann des Aufbaus“... „Mehlichs Aufgabe, — schreibt Severing — gerade in diesem Bezirk (dem Ruhrgebiet) unnötigen Produktionsstörungen entgegenzuwirken, war nicht leicht...“ Es galt, nach Severing, die „sogenannte direkte Aktion zur Erzwingung der Sechsstundenschicht im Bergbau unwirksam zu machen“. Diese Sätze könnten wohl in jedem Unternehmerblatt stehen.

*

Die „Sozialistischen Monatshefte“ vertraten stets eine offenkundig sozialimperialistische Richtung. Während des Krieges traten sie für eine ganz bestimmte Orientierung des deutschen Imperialismus ein, für die sogenannte kontinental-europäische Orientierung. Sie gingen von der Voraussetzung aus, daß England der wichtigste und schärfste Gegner des deutschen Imperialismus im Weltkrieg war. Sie sahen, daß der deutsche Imperialismus nicht mit allen seinen Gegnern fertig werden konnte und forderten deshalb eine Verständigung mit Frankreich und Rußland, die dem deutschen Imperialismus den Rücken für den endgültigen Sieg über England frei machen sollte. Während des Krieges konnte dieses Programm keinen rechten Boden finden, denn die führende Kraft des deutschen Imperialismus, die deutsche Schwerindustrie, war mindestens ebenso an der Annexion der lothringischen Erzgebiete, d. h. an der Zergliederung Frankreichs interessiert, wie an dem Sieg über England. Heute aber, wo die deutsche Bourgeoisie wieder daran geht, sich eine imperialistische Weltstellung zu schaffen, scheint die Entwicklung der deutschen Außenpolitik in der Richtung zu gehen, die stets von den „Sozialistischen Monatsheften“ vertreten worden ist. Da ist erstens die Pan-Europa-Bewegung. An dieser Bewegung ist aber viel Geschrei und wenig Wolle, und sie wird wohl nirgends besonders ernst genommen. Bei den „Sozialistischen Monatsheften“ ist Kontinental-Europa nicht der utopische Plan der kapitalistischen Vereinigten Staaten von Europa, sondern vor allem der Block des deutschen und französischen Kapitals. Da ist zweitens die Konferenz von Thoiry, die eine wirkliche weltpolitische Bedeutung hat und die von Schippel, Quessel und Cohen als der Sieg ihrer Ideen gefeiert wird. Da nun die deutsch-französische Annäherung, die in Thoiry angebahnt worden ist, bekanntlich im ersten Stadium versackt ist und zu keinen konkreten Ergebnissen geführt hat, zieht Quessel in jedem Hefte der „Sozialistischen Monatshefte“ für Thoiry und gegen die Sabotage durch England, die das deutsch-französische Zusammengehen hindern könnte, zu Felde. Nun ist die Begeisterung für Thoiry innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nicht nur ein ausschließliches Gut der „Sozialistischen Monatshefte“. Die ganze Sozialdemokratie ist auf die Annäherung zwischen deutschem und französischem Imperialismus eingeschworen und auch die linkssozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ zog vor kurzem gegen den Minister der verpaßten Gelegenheiten, Stresemann, zu Felde, der sich durch Rücksichten auf England abhalten lasse, einen engen Bund mit dem französischen Imperialismus zu schließen. Die deutsche Sozialdemokratie sieht jetzt ihre Rolle darin, Partei zu nehmen in der Auseinandersetzung darüber, auf der Grundlage welcher Mächtegruppierungen das kapitalistische Deutschland versuchen soll, wieder eine imperialistische Großmachtspolitik zu

* „Sozialistische Monatshefte“, Herausgeber Joseph Bloch, 32. Jahrgang, 63. Band, 10., 11. und 12. Heft, Oktober bis Dezember 1926.

treiben. Sie sieht ihre Aufgabe darin, die Arbeiter, die ihr folgen, einer bestimmten imperialistischen Orientierung dienstbar zu machen. Allerdings kommt in der übrigen sozialdemokratischen Presse die scharf antienglische Spitze, die die „Sozialistischen Monatshefte“ ihrem Eintreten für Thoiry zugrundelegen, nicht oder nicht so zum Ausdruck. Und zwar aus folgendem Grunde. Der Kampf zwischen englischer und deutscher Orientierung innerhalb der deutschen Bourgeoisie ist noch nicht ausgefochten. Der Konferenz von Thoiry steht der Schiedsvertrag mit Italien gegenüber, dem deutsch-französischen Eisenkartell — die Konferenz von Romsey, wo deutsche Industrielle unter der Führung von Duisburg, dem Führer des Chemietrusts, heute der einflußreichsten deutschen Kapitalgruppe, versuchten, ein Einvernehmen mit der englischen Industrie zu finden. Die deutsch-französische Verständigung ist daran gebunden, daß Frankreich Deutschland bestimmte Konzessionen (in bezug auf Rheinlandbesetzung, Saargebiet usw.) gegen bestimmte Gegenleistungen macht. Schon aus dem Grunde, daß es diese Konzessionen zu einem möglichst billigen Preise erhalten will, wird das kapitalistische Deutschland vor der Hand nicht auf die Möglichkeit verzichten, England gegen Frankreich auszuspielen.

Nach dem Gesagten dürfte die Stellung der „Sozialistischen Monatshefte“ zur Sowjetunion klar sein. Als die Quessel, Schippel, Cohen während des Krieges begannen, sich kontinental-europäisch zu orientieren, da gehörte bei ihnen Rußland noch zum europäischen Kontinent. Das war das zaristische Rußland. Heute, wo Rußland ein sozialistischer Staat ist, hat sich die sozialimperialistische Geographie geändert. Ebenso wie bei den „Panneuropäern“ steht bei ihnen Rußland außerhalb Kontinentaleuropas (siehe Max Cohen: „Oestliche und kontinentale Orientierung“ Heft 12), und das heißt, und darüber können alle östlich orientierten Phrasen Cohens nicht hinwegtäuschen, daß diese Sozialdemokraten für eine Bindung Deutschlands an den französischen Imperialismus und gegen ein engeres Zusammengehen mit Rußland, gegen eine östliche Orientierung auftreten, denn an Rußland dürfe man sich nicht binden, es gehört ja nach der neuesten Geographie nicht zu Europa. Natürlich sucht nach berühmten Mustern Cohen die Schuld auf Rußland zu schieben: Die Sowjetunion wolle sich ja selbst nicht einer kontinentaleuropäischen Kombination anschließen. Allerdings, die Sowjetunion lehnt es ab, sich einem imperialistischen Block anzuschließen. Aber das ist nicht die Frage; die Frage liegt anders: die ganze kontinental-europäische Geographie kann die Tatsache nicht verhüllen, daß die deutsche Bourgeoisie und mit ihr Cohen, Schippel usw. bei der Wahl zwischen westlichem Imperialismus und Sowjetunion die Orientierung auf den westlichen Imperialismus gewählt haben. Wenn Cohen für ein Zusammengehen mit Frankreich, für einen imperialistischen Block eintritt, so tut er das beileibe nicht aus geographischen Gründen, sondern weil er darin den Weg zu einer neuen imperialistischen Interessenpolitik Deutschlands, zu neuem Kolonialraub usw. sieht. Die anderen Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ stellen das vollends klar.

Dieser sozial-imperialistische Grundton kommt in den Artikeln von Cohen, der für die Wiedergewinnung der deutschen Kolonien eintritt und von Schippel, der seine alte Schutzzollpropaganda in neuer Form fortsetzt, klar zum Ausdruck. Schippel fordert nicht mehr eine deutsche, sondern eine kontinentaleuropäische Schutzzollpolitik, d. h. Abtragung der Zollmauern innerhalb des sogenannten Kontinentaleuropa (das ist bei den „Sozialistischen Monatsheften“ wie gesagt im wesentlichen Deutschland und Frankreich) und Erhöhung der Zollmauern gegenüber der außerkontinentalen Konkurrenz, d. h. England, den Vereinigten Staaten usw. Diese Schippelsche Propaganda (die Neuauflage des Naumannschen „Mittel-europa“ aus dem Kriege) ist die logische Folgerung aus der internationalen Kartellierung. Nationale Schutzzölle, nationale Kartellierung reichen bei der heutigen Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte nicht mehr aus, um der kapitalistischen Industrie den ausreichenden inneren Markt und die Möglichkeit des Dumping nach außen zu sichern. Die Bildung von stärkeren internationalen Kapitalgruppen soll dem Kapitalismus hier einen Ausweg schaffen. Der Schippelsche Kontinentalschutzzoll soll ganze Ländergruppen dem einheitlichen Diktat der Kartelle unterwerfen, damit dieser auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibe. Der Kampf so mächtiger Kapitalgruppen auf dem Weltmarkt müßte alle Gegensätze des Kapitalismus gewaltig zuspitzen und zu den größten Konflikten und Kämpfen führen.

*

In einem Nekrolog für Richard Fischer druckt Bernstein die Briefe Richard Fischers an Engels ab, die er im Auftrage des Parteivorstandes der SPD schrieb, um die Bedenken gegen den ursprünglichen Wortlaut der Engelsschen Vorrede zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ zu begründen. Im ersten Brief schreibt Fischer:

„Wir gingen von dem Gedanken aus, daß die beanstandeten Stellen sehr leicht auf die Mühle unserer Gegner geleitet werden können und das müssen wir gerade heute besonders zu vermeiden trachten. Wenn nicht alles trägt, scheint die Umsturzvorlage zu „versumpfen“, und insofern bist Du gegen die Rintelen und Spahn sehr grausam. Nun wirst Du aber selber zugeben, daß es einem böswilligen Gegner nicht schwer werden dürfte, als Quintessenz Deiner Ausführungen zu präsentieren: 1. das Geständnis, daß wir bloß deshalb heute noch keine Revolution machen, weil wir noch nicht stark genug sind, — quod erat demonstrandum für die Umsturzvorlage und 2. daß wir im Falle eines Krieges oder sonstiger schwerer Verwicklungen, analog der Commune, die Fahne des Aufruhrs angesichts des Landesfeindes usw. erheben würden. Solches „Material“ wäre heute gerade „gefundenes Fressen“ und alle Erklärungen unsererseits würden nur als Entschuldigungs- oder Ablehnungsversuche aufgefaßt werden.“

Engels scheint darauf eine gepfefferte Antwort gegeben zu haben, denn acht Tage später schreibt Fischer wiederum an ihn:

„Du gehst aber bei Deinen Bemerkungen von ganz falschen Voraussetzungen aus. Es fällt keinem von uns ein, „uns mit Leib und Seele der Gesetzlichkeit zu verschreiben“... Es würde uns das, da hast Du auch ganz recht, niemand glauben, am allerwenigsten jetzt gerade. Wenn nun das also auch ein albernes Spiel wäre, so wäre es doch auch wieder ebenso töricht, wollten wir gerade jetzt unsere Stärke darin suchen, dem Gegner, der uns mit der Umsturzvorlage an der Gurgel kniet, immerfort die Drohung zuzuschreien: Warte nur, wenn ich erst mal mich wieder rühren kann, dann schneide ich Dir die Gurgel glattweg ab. Du tust uns wohl auch darin Unrecht, daß Du annimmst, wir hätten uns von den Gegnern dazu drängen lassen, die Verpflichtung zur Gesetzlichkeit auch als eine moralische anzuerkennen. Das ist von keiner Seite geschehen; im Gegenteil, vom Alten (Liebknecht) sowohl wie von August (Bebel) ist gerade in jüngster Zeit mit aller Schärfe wiederholt betont worden, daß Verfassungs- und Gesetzesbruch von oben nach unten alle Verpflichtungen von unten nach oben aufhebe... Und Du wirst auch sehen, daß wir den Franzosen, Italienern usw. keine Gelegenheit geben werden, nach der Richtung hin über uns die Nase zu rümpfen, so wenig als wir vergessen oder verleugnen, daß wir in Wyden das „gesetzlich“ aus dem Programm gestrichen und es in Erfurt nicht mehr aufgenommen haben. Im übrigen weißt Du das alles auch, sonst hättest Du ja Deine Zustimmung zu den Korrekturen nicht gegeben.“

Fischer hat sich in seinem zweiten Brief also damit herausgeredet, daß die Sozialdemokratie ihre grundsätzliche Stellung zur bürgerlichen Gesetzlichkeit nicht preisgäbe und daß es nur in dem konkreten Fall unter den konkreten Umständen nicht angebracht sei, das ganze Programm zu entwickeln. Aber wenn auch keine Partei je verpflichtet ist, dem Gegner stets und überall ihre Absichten an die Nase zu binden, so hätte die alte Sozialdemokratie doch späterhin nie einen Zweifel über ihre grundsätzliche Stellung zur bürgerlichen Gesetzlichkeit, zur Gewaltanwendung übrig lassen dürfen. Hat sie das getan, hat sie das stets ins Bewußtsein der Massen hineingehämmert? Nein, die Anbetung der Gesetzlichkeit à tout prix nahm immer mehr zu, und nur ab und zu fand man eine Aeußerung wie die von Kautsky, anläßlich des Dezemberaufstandes in Moskau, daß nunmehr die alte Auffassung, Barrikadenkämpfe seien veraltet, revidiert werden müsse. In der Diskussion mit Rosa Luxemburg über den Massenstreik aber berief sich Kautsky auf den vom Parteivorstand „korrigierten“ Text der Engelsschen Vorrede, von dem er wußte, daß er nicht den wahren Auffassungen von Engels entsprach, um eine nur gesetzliche, nichts als parlamentarische Taktik zu begründen. Die Geschichte hat den zweiten Brief Fischers Lügen gestraft.

In einem Aufsatz „Zur Geschichte des Marxismus“ zitiert Paul Kampffmeyer außer den bekannten Stellen aus der ersten Auflage des 18. Brumaire, wo Marx über die Bedeutung der Bauernschaft für die Revolution spricht, auch einen von Engels verfaßten Entwurf zu neuen Statuten für den Kommunistenbund. Dieser Entwurf wurde nach der Spaltung des alten Kommunistenbundes im Jahre 1850 verfaßt und ist in dem Buch des preußischen Oberspitzels Stieber über die „Kommunistenverschwörungen des 19. Jahrhunderts“ abgedruckt. Interessant ist der Vergleich mit dem ersten Statut des Kommunistenbundes von 1847. Das neue Statut hob den politischen Kampf als Mittel zum Sturz der Bourgeoisie besonders hervor. Während im Statut von 1847 vom Mitglied eine einfache „Bekennung zum Kommunismus“ gefordert wurde, heißt es im Statut von 1850:

„Mitglied kann nur werden, wer folgende Bedingungen vereinigt: a) Freiheit von aller Religion, praktische Lossagung von jedem kirchlichen Verbands und allen nicht durch die bürgerlichen Gesetze gebotenen Zeremonien, b) Einsicht in die Bedingungen, den Entwicklungsgang und das Endziel der proletarischen Bewegung, c) Fernhaltung von allen Verbindungen und partiellen Bestrebungen, welche dem Zweck des Bundes feindlich oder hinderlich sind, d) Fähigkeit und Eifer für die Propaganda, unerschütterliche Ueberzeugungstreue, revolutionäre Tatkraft, e) strengste Verschwiegenheit in allen Bundesangelegenheiten.“

Hier ist neben der klaren Betonung des Atheismus jener Punkt hervorzuheben, der vom Mitglied „Fähigkeit und Eifer für die Propaganda“ verlangt. Dieser Punkt erinnert an die Leninsche Formulierung des ersten Paragraphen des Organisationsstatuts der russischen Sozialdemokratie, an jenen berühmten Paragraphen, der 1903 zur Spaltung von den Menschewiki führte. Wie die russische Sozialdemokratie in jener Zeit, so war auch der alte Kommunistenbund im wesentlichen eine Organisation von Berufsrevolutionären.

Wenn Kampffmeyer zu beweisen versucht, daß Marx und Engels in späteren Jahren ihren alten Standpunkt aufgegeben hätten, daß sie nicht mehr absolute Gegner der Religion gewesen seien, daß sie ihre Auffassung über die Rolle der Bauernschaft usw. im sozialdemokratischen Sinne korrigiert hätten, so ist das ein zu alter Trick, als daß ihn jemand ernst nehmen könnte.

Zum Schluß sei noch ein Artikel von Schippel über die „Lehren des englischen Bergarbeiterstreiks“ erwähnt, der ein Zitat aus dem „Manchester Guardian“ als Motto an der Spitze trägt. Das Zitat lautet, daß die Bergarbeiterführer, und zwar diejenigen, die wie Cook für das Ausharren im Kampfe waren, das Spiel der Grubenbesitzerführer gespielt haben. Unter Beschimpfungen von Cook verteidigt Schippel diese Auffassung. Das Lob für den Unternehmeragenten Mehlich und Beschimpfungen für die englischen Bergarbeiter, das ist für die sozialdemokratische Zeitschrift charakteristisch.

DIE BESCHLÜSSE DER VII. ERWEITERTEN EXEKUTIVE IM LICHT DES LENINISMUS

(Zur Lenin-Woche)

1. Die letzte (7.) Erweiterte Exekutive der KI hat in ihren Thesen und Beschlüssen die gegenwärtige Lage des Weltkapitalismus, die neuen Gruppierungen der sozialen und politischen Kräfte und die taktischen Aufgaben der Komparteen in den einzelnen Ländern mit größter Schärfe und Eindringlichkeit gekennzeichnet. Mit besonderem Nachdruck hat sie die taktischen Probleme, die jetzt vor der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen stehen, auf Grund der ins Einzelne gehenden Untersuchung der „relativen Stabilisierung“ des Weltkapitalismus und der spezifischen Eigentümlichkeiten und Auswirkungen dieser Stabilisierung in verschiedenen Ländern klar herausgearbeitet. Es ist nunmehr die dringende Aufgabe der Agitpropabteilungen unserer Sektionen, während der Lenin-Woche durch eine breit angelegte Propagandakampagne in- und außerhalb der Reihen der kommunistischen Mitgliedschaft die proletarischen Massen zu dem klaren Verständnis dieser vor ihnen stehenden taktischen Aufgaben des täglichen Kampfes und der Vorbereitung der großen revolutionären Aktionen zu führen.

„Innigste Verknüpfung der theoretischen und taktischen Grundlehren des Leninismus mit den brennenden politischen Problemen der Partei“, „ohneleninistische Theorie keine revolutionäre Taktik“ — unter diesen beiden Losungen muß die gesamte Aufklärungspropagandatätigkeit unserer Sektionen gegenwärtig durchgeführt werden.

2. Es bedarf keiner Begründung, daß die revolutionären Arbeiter und Bauern aller Länder die richtige Orientierung in den taktischen Problemen der Gegenwart nur auf Grund einer klaren Erkenntnis des ökonomisch-sozialen Charakters der sogenannten „relativen Stabilisierung“ des Weltkapitalismus erlangen können. Nur eine solche Erkenntnis kann auch unseren Parteien das volle Verständnis der historischen Phase, in der wir uns jetzt befinden, der Phase „Zwischen zwei Wellen der Revolution“ geben. Auf der anderen Seite kann die relative Stabilisierung des Weltkapitalismus nur unter der Zugrundelegung der Leninschen Theorie des Imperialismus und der Anwendung seiner konkreten Methoden der Untersuchung der Stabilisierungsprozesse und Stabilisierungstypen in verschiedenen Weltteilen, Ländergruppen und einzelnen Ländern richtig analysiert und gewertet werden.

3. Die Leninsche Theorie des Imperialismus gibt uns die Möglichkeit, die Etappe der relativen Stabilisierung nur als einen vorübergehenden Abschnitt der gesamten Niedergangsbewegung des Weltkapitalismus zu erkennen, in dieser momentanen Scheinblüte seiner einzelnen Teile und der einzelnen kapitalistischen Länder nur das deutliche Symptom der fortschrei-

tenden Schwindsucht der ganzen kapitalistischen Weltwirtschaft zu sehen und in dem jähen Wechsel der Konjunkturen und Krisen der Nachkriegszeit den Beweis zu finden, daß aller „organischer“ Aufstieg des Kapitalismus und seine „normale“ Krisenhaftigkeit für alle Zeiten vorbei ist.

Gestützt auf die Leninschen Analysen der imperialistischen Entwicklung stellen wir fest, daß alle sogenannten positiven Seiten der jetzigen relativen Stabilisierung, namentlich die Erreichung der Vorkriegshöhe der Produktion, die Wiederherstellung des Welthandels, Weltkredites, der festen Währung usw., sofort umschlagen müssen in ihre Negation, eine Negation auf erhöhter Stufe, in die ungeheure Potenzierung aller Widersprüche, die dem Imperialismus eigen sind. In der Tat, die beschleunigte Nivellierung der Produktions- und Verkehrsbedingungen der einzelnen Sektoren der kapitalistischen Wirtschaft muß jetzt den Grundwiderspruch des Imperialismus, den Widerspruch zwischen dem ungeheuer aufgewucherten Produktionsapparat und den sich stets verringernden Absatzmöglichkeiten auf neue auf die Spitze und zu gewaltsamen Krisen treiben.

Denn diese Nivellierung, die u. a. ihren Ausdruck findet in dem notwendigen Bestreben, internationale Trusts und Kartelle zu bilden, bedeutet nichts anderes, als daß die Gesetze des Weltmarktes, die durch den Weltkrieg und seine Folgen für die einzelnen nationalen Wirtschaftskörper in erheblichem Maße eingeschränkt wurden, nunmehr, mit der Erreichung des Vorkriegsniveaus, wiederum für alle kapitalistischen Länder in volle Geltung treten, damit aber zugleich die Frage der ökonomischen Neuaufteilung des Weltmarktes, d. h. der gewaltsamen Expansion der einzelnen imperialistischen Mächte auf Kosten der anderen, in den Vordergrund gerückt wird.

Die krampfhaften Versuche der Lösung dieser Frage durch die Kapitalistenklasse bedeuten daher ungeheure Verschärfung der Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander, maßlose Steigerung des Druckes auf die Arbeiterklasse und alle Werk tätigen, unaufschiebbares Aufeinanderprallen der imperialistischen Länder gegen die Kolonien und, in letzter Instanz, den entscheidenden Kampf der Welt des Kapitalismus gegen die Welt des Sozialismus, gegen die Sowjetunion.

4. Die leninistische Theorie, die alle diese Erscheinungen in dem Gesetze der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Mächte zusammengefaßt hat, lehrt uns zugleich, daß die „positiven“ Seiten der relativen Stabilisierung, wie sie oberflächlich in die Augen springen und so auch von den Sozialdemokraten für die bare Münze der „Ueberwindung der Nachkriegskrise des Kapitalismus überhaupt“ ausgeschrieben werden, schon jetzt an vielen Stellen durchlöchert werden, sie lehrt uns, die riesigen Kämpfe der englischen Arbeiterklasse, den fortschreitenden Triumph der national-revolutionären Bewegung Chinas und endlich das ständige Erstarken der Sowjetunion in ihrer wirklich epochemachenden Bedeutung zu bewerten. Sie zerstört und vernichtet bis in die letzte Konsequenz die kläglichen Illusionen der Ultraimperialisten und „Paneuropäer“ aller Schattierungen, die aus dem oberflächlichen Schein der momentanen Festigung bestimmter Teile und Länder des Weltkapitalismus die Möglichkeit seiner neuen Blüte, seinen noch überaus fortschrittlichen Gesamtcharakter für die Gegenwart ableiten und daraus die Harmonie der Inter-

essen der Ausbeuter und Ausgebeuteten, der imperialistischen „Mutterländer“ und der Kolonien, die die Herren Bauer und Vandervelde erhaben „Kulturkreise niederer Ordnung“ nennen, predigen.

Aber die leninistische Theorie wendet sich mit gleicher Schärfe gegen die Helden der Revolutionsphrase, die **Ultralinken aller Nuancierungen**, die die Etappe der relativen Stabilisierung ohne weiteres theoretisches Bedenken einfach leugnen und wissen- und gewissenlos zugleich gegen die konkrete Wahrheit der leninistischen Lehre und gegen die Wirklichkeit der Tatsachen, die revolutionären Massen mit schein-radikalen Phrasen betrügen und sie über die Notwendigkeit der jetzigen taktischen Aufgaben, die Notwendigkeit des tagtäglichen Kampfes, der straffen Durchorganisation der kommunistischen Parteien, der mühevollen Zusammenfassung aller Kräfte in einer revolutionären Einheitsfront, hinwegtäuschen wollen.

Der Kampf Lenins gegen das „Linkstum um jeden Preis“, das nur die ultralinke Drapierung des rechten Unglaubens an die revolutionäre Kraft der Massen, an ihre Ausdauer und Treue ist, lehrt uns, daß die Weiterentwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung nur nach der rücksichtslosen Entlarvung der ultralinken Phrasenhelden und ihrer vollständigen Ueberwindung möglich ist.

Der Leninismus allein gibt uns in dem Gesetze der ungleichmäßigen Entwicklung des Imperialismus den richtigen Leitfaden für die Beurteilung aller Fragen der gegenwärtigen Etappe der relativen Stabilisierung, er weist die Tendenzen ihrer Entwicklung auf, indem er alle willkürlichen Konstruktionen von rechts und ultralinks ablehnt, er beweist die Falschheit der **Aussprüche des Genossen Sinowjew**, daß die relative Stabilisierung zu Ende sei, er verwirft die einseitige trotzkistische Formulierung des Gegensatzes Europa-Amerika, um aus der exakten Analyse dessen, was ist, dem revolutionären Proletariat die Wege seiner Taktik vorzuschreiben.

5. In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung, wo die ungeheure Offensive der Kapitalistenklasse unter dem Vorwand der Rationalisierung alle sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft zerschlägt, durch Intensivierung und Verlängerung der Arbeitszeit ihre Ausbeutung aufs höchste steigert, den im Betriebe stehenden Arbeitern den Ballast der permanenten Arbeitslosigkeit ankettet, in dieser Phase muß die theoretische Aufklärungsarbeit unserer Parteien die besondere Aufgabe verfolgen, dem fortschreitenden Radikalisierungsprozeß des Proletariats und der Bauernschaft die ideologische Plattform ihrer gemeinsamen Interessen und ihres gemeinsamen Kampfes zu geben.

Die Idee der Hegemonie des Proletariats im Weltmaßstab muß in der jetzigen Phase in alle Schichten des werktätigen Volkes getragen werden. In das Bewußtsein des kämpfenden Proletariats muß unermüdlich der Gedanke gehämmert werden, daß es seine eigene Befreiung nur erlangen kann, wenn es als Vorkämpfer aller Ausgebeuteten in die Schranken tritt, wenn es im eigenen Lande die **Volksrevolution** zu organisieren versteht, wenn es für den Sieg des Proletariats in anderen Ländern alles zu opfern bereit ist, wenn es den Befreiungskampf der kolo-

nialen Völker als seine ureigenste Sache betrachtet. Immer wieder muß in- und außerhalb der Reihen der kommunistischen Parteien die vollständige Klarheit darüber verbreitet werden, daß die Leninsche Theorie der proletarischen Hegemonie, wie sie konkret durch die Arbeiterklasse der UdSSR verwirklicht wurde, den einzigen Weg zur Erringung der politischen Macht und ihrer Erhaltung, der Erhaltung der Diktatur des Proletariats, weist. Nur auf dieser Basis kann auch gegenwärtig in den Ländern des Kapitalismus die revolutionäre Synthese des Kampfes um die tagtäglichen Forderungen der Arbeiter und Bauern und ihres Kampfes um die „letzten“ Ziele gefunden werden, nur mit diesem leninistischen Leitfaden können die rechten und ultralinken Abweichungen innerhalb unserer Parteien und der Arbeiterbewegung überhaupt berichtigt werden.

6. Für das Eindringen der leninistischen Idee in die breiten Massen der Werktätigen sind jetzt in der Phase „zwischen zwei Wellen der Revolution“ die besten objektiven Voraussetzungen gegeben. Das hervorstechendste Merkmal der jetzigen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung bildet die ideologische Radikalisierung der Arbeitermassen in allen Ländern, die leider bisher einen noch ungenügenden organisatorischen Ausdruck gefunden hat. Diese ideologische Radikalisierung ist das Resultat der gewaltigen Prozesse der Umschichtung, die in der Tiefe der ausgebeuteten Massen sich entwickeln, ihres instinktiven Strebens nach Ueberdenken, Ueberprüfen der blutigen Erfahrungen der letzten Revolutionsjahre, des Suchens neuer organisatorischer Formen, neuer theoretischer Formulierungen der revolutionären Praxis. An diese Prozesse, an diesen instinktiven Drang des Proletariats nach objektiver Klärung der Probleme seiner Revolution, der seinen Ausdruck auch findet in der Forderung des unverfälschten Klassenkampfes, der Einheitsfront usw., muß unsere gesamte leninistische Propagandaarbeit gegenwärtig anknüpfen. Sie muß den kämpfenden Massen helfen, immer wieder sich Klarheit darüber zu geben, wer in den Stürmen der Revolution an ihrer Seite gestanden, und wer sie schmächtig verraten hat, wie alle großen politischen Parteien der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und des Proletariats in der historischen Probe der Revolution ihr wahres Klassengesicht enthüllen mußten. Diese Erfahrungen der revolutionären Vergangenheit müssen mit den Erfahrungen verknüpft werden, die die Arbeiterklasse der kapitalistischen Welt jetzt durchmacht, in ihrem Kampfe gegen die kapitalistische Rationalisierung und Stabilisierung, an dem Beispiel der englischen Streiks, der Ereignisse in China und der Gefahr des internationalen Faschismus.

7. Aber die werktätigen Massen können zu dem vollen Verständnis der Wahrheit der Leninschen Theorie der proletarischen Revolution nur gelangen und sie sich aneignen, wenn sie rücksichtslos mit ihren eigenen Illusionen und Schwächen aufräumen und in erster Linie den Geist der Sozialdemokratie, der sozialdemokratischen Theorie und Praxis, aus ihren eigenen Reihen austreiben.

In der Tat, der Leninismus kann nur triumphieren in schärfster Polemik gegen alle sozialdemokratischen Grundlehren und die praktischen Schlüsse, die daraus gemacht werden. Deshalb muß eine große ideologische Kam-

pagne gegen die sogenannten „linken“ Plattformen und Programme der Sozialdemokratie entfaltet werden, die die verräterischen sozialdemokratischen Führer den Massen wiederum vorgaukeln wollen, um ihre Radikalisierung in falsche Bahnen zu lenken. An Hand des sogenannten „Oesterreichischen Programms“ und des „Sozialismus in unserer Zeit“ der Independent Labour Party muß wiederum die schändliche Abkehr der Koalitionssozialisten und Sozialpazifisten von allem revolutionären Inhalt der Marxschen Lehre gebrandmarkt werden, muß gezeigt werden, wie die Bauer, Renner und Konsorten höhnisch die Massen über die Erfahrungen der Revolution hinwegtäuschen wollen, indem sie sogar zu diesem Zwecke die Lehre Lenins von der Hegemonie des Proletariats über die Bauernschaft mißbrauchen. Die ganze innere Verlogenheit der Führer der elenden, verkrachten Zweieinhalbten kommt darin zum Ausdruck, daß sie jetzt sogar mit den Ideen des Leninismus ebenso Schacher treiben wollen, wie einst mit den Ideen Marxens, indem sie wohlweislich ihren revolutionären Kern vernichten. Diese Eklektiker von kleinbürgerlicher Natur, diese „Vereinbarer“ (Marx) von sozialverräterischem Beruf gelangen sogar so weit, daß sie neben die Idee der proletarischen Hegemonie, die im Leninismus auf dem Prinzip des gewaltsamen Kampfes des Proletariats um seine Diktatur beruht, schiedlich-friedlich die Idee der Koalition mit der Bourgeoisie stellen wollen!!

Dieser Verhuzung des Gedankens der Hegemonie durch die Sozialdemokratie muß von unserer Seite gegenübergestellt werden, daß der Kampf des Proletariats um seine Hegemonie auf drei Voraussetzungen beruht: 1. auf der rücksichtslosen Vertretung der proletarischen Klassenziele im nationalen und internationalen Maßstab, 2. auf dem Kampfbündnis des Proletariats der imperialistischen Staaten mit den revolutionären Bauernmassen des eigenen Landes und den unterdrückten Kolonialvölkern und 3. darauf, daß in der unmittelbar revolutionären Situation das Proletariat seine Hegemonie nur geltend machen und behaupten kann, auf dem Wege der gewaltsamen Entscheidung gegen die Bourgeoisie, vermittelt der revolutionären Arbeiter- und Bauernräte, zum Zwecke der Zertrümmerung des bürgerlichen Staates. Aber alle diese Voraussetzungen können nur erfüllt und in eins zusammengefaßt werden durch die revolutionäre Avantgarde des Weltproletariats, die Kommunistische Internationale und ihre Landes-sektionen. Durch die Verbreitung dieses leninistischen Gedankens, daß wer sich zur Idee der Hegemonie des Proletariats bekennt, sich auch notwendig zur Idee der Arbeiter- und Bauernräte als ihres höchsten Ausdruckes, als der Kampf- und Herrschaftsorgane des Proletariats, und damit zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates unter der Führung der Kommunistischen Parteien bekennen muß, müssen wir allen Schichten der Ausgebeuteten noch einmal klar zum Bewußtsein bringen, wie die „linken“ Beteuerungen der Sozialdemokratie in der Praxis der Revolutionsjahre erfüllt wurden und wie sie weiterhin werden erfüllt werden.

In unserer gesamten Aufklärungstätigkeit muß daher nochmals mit besonderem Nachdruck auf die unverfälschte marxistisch-leninistische Theorie der Staatsgewalt und der Wege und Methoden der proletarischen Revolution hingewiesen werden. Mit aller Schärfe muß die heuchlerische Einbildung

des kleinbürgerlichen Austro-Marxismus entlarvt werden, daß das Proletariat mit dem bloßen Stimmzettel seine Macht erringen kann. Die notwendigen Zusammenhänge dieser Theorie, der feinen Klügeleien der Bauer und Adler über die Unterschiede zwischen einer defensiven Gewaltanwendung und der historisch unvermeidlichen Gewaltanwendung des Proletariats, wie sie in der russischen Revolution zum Ausdruck gelangt ist und in allen zukünftigen proletarischen Revolutionen gelangen wird, mit der Praxis der Sozialdemokratie, die in allen Ländern als Wegebnerin und Helfershelferin des Faschismus auftritt, liegen auf der Hand. Gerade im jetzigen Augenblick, da die internationale Hydra des Faschismus in ganz Süd- und Osteuropa triumphiert, da die weißgardistischen Banden in Italien, Polen, Litauen, Rumänien usw. mit einem Fußtritt die geheiligte Verfassung der Kautskyschen reinen Demokratie traktieren, und ohne sich viel um die scholastischen Unterscheidungen der defensiven und offensiven Gewalt zu scheren, ihre brutale Diktatur aufrichten, in diesem Augenblick muß den breitesten Massen das wirkliche konterrevolutionäre Wesen der sozialdemokratischen Theorie und Praxis des „friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus“ klargemacht werden. Diese Arbeit der Aufklärung muß um jeden Preis geleistet werden, wenn die furchtbare Gefahr der raschen Ausbreitung des Faschismus in allen Ländern Europas, der Gefahr neuer internationaler Verwicklungen und Kriege, die drohende Intervention in China und gegen Sowjetrußland, wozu ja die faschistischen Umstürze in den Randstaaten nur das Sprungbrett liefern sollen, den werktätigen Massen in Stadt und Land zum vollen Bewußtsein gebracht werden soll. Aber diese Arbeit wird nur geleistet werden, wenn das schändliche Treiben der Sozialdemokratie, sei es in der Frage der „theoretischen“ Bekämpfung des Faschismus, sei es in ihrem „Kampfe“ gegen die Kriegsrüstungen und Interventionen vollständig entlarvt wird.

8. Die letzte Erweiterte Exekutive hat festgestellt, daß in der jetzigen Phase die revolutionäre Weltbewegung in drei mächtigen Kolonnen marschiert und in den heroischen **D e f e n s i v k ä m p f e n** des englischen Proletariats, in dem siegreichen Vormarsche der national-revolutionären Kräfte Chinas und schließlich in der raschen Entwicklung, der politischen und wirtschaftlichen Erstarkung der UdSSR ihren höchsten Ausdruck findet. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die brutale Offensive der Kapitalistenklasse an allen Fronten, das Vordringen des Faschismus, die kriegerischen Vorbereitungen der Bourgeoisie gegen Sowjetrußland und China schon in der nächsten Zeit mächtige Abwehr- und Angriffskämpfe der revolutionären Arbeiter und Bauern in allen Ländern hervorrufen müssen. In diesem Zusammenhange erhält die Frage der Schaffung einer revolutionären Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Dorf die höchste Bedeutung. Aber diese Frage kann im nationalen und internationalen Maßstabe nur dann positiv gelöst werden, wenn die Kommunistischen Parteien durch unermüdliche Propaganda in erster Linie die eigene Mitgliedschaft zu dem vollen Verständnis der Notwendigkeit, der taktischen Aufgaben und der Organisationsformen der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften bringen.

Daher muß die leninistische Lehre über das Wesen der **Gewerkschaften** als der elementaren Klassenorganisationen des Proletariats,

über die enge Verbindung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, über die Notwendigkeit der organisatorischen und ideologischen Eroberungen der Gewerkschaften durch die Kommunisten zum Gemeingut aller unserer Mitglieder gemacht werden. Die objektiven Voraussetzungen für die Entwicklung und die bolschewistische Organisation unserer kommunistischen Gewerkschaftsarbeit sind gegeben in der unter dem Drucke der kapitalistischen Rationalisierung und „Normalisierung“ stets größer werdenden aktiven Teilnahme der Massen in den wirtschaftlichen Kämpfen, dem instinktiven Drange dieser Massen, ihre Gewerkschaften zu verstärken und zu wirklichen Kampforganisationen umzugestalten. An diese überaus günstigen objektiven Bedingungen anknüpfend, muß unsere Propaganda den breiten Massen der Werktätigen den wirklichen Sinn der jetzigen wirtschaftlichen und politischen „Stabilisierung“ der Bourgeoisie enthüllen und namentlich an den Lehren des englischen Streiks den ruchlosen Verrat der gelben Amsterdamer aufzeigen, die „Solidarität für Prozente“, die sie den kämpfenden englischen Arbeitern bewiesen haben. Sie muß an Hand der Entwicklung dieses Kampfes nachweisen, wie allein durch die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen der Profintern und in erster Reihe durch die russischen Gewerkschaften wahre internationale und revolutionäre Solidaritätsaktion geübt wurde, wie weiter die Taktik des Massenstreikes dank dem Heroismus und der Organisationsfähigkeit des englischen Proletariats, trotz des Verrates der offenen und verkappten Macdonaldisten, als mächtigste Kampfwaffe sich bewährt hat und schließlich, wie die kleine Kommunistische Partei Großbritanniens, unter den härtesten Repressalien, fast nur auf eigene Kräfte angewiesen, im Kampfe gegen den Klassenfeind zur mächtigsten Triebkraft geworden ist. Auf der anderen Seite darf unsere Propaganda weder unserer Parteimitgliedschaft selbst, noch den breiten Massen die Schwächen und Mängel verbergen, die unsere kommunistischen Sektionen in den anderen kapitalistischen Ländern infolge der ungenügenden Gewerkschaftsarbeit bei der Durchführung der Solidaritätsaktion, namentlich bei dem Versuch der Verhinderung der Kohlenausfuhr nach England und der Organisation eines internationalen Bergarbeiterstreiks gezeigt haben. Nur durch eine rücksichtslose Selbstkritik können unsere Parteien, kann das internationale Proletariat aus dem englischen Streike die notwendigen Lehren für ihre aktuellen Aufgaben ziehen: die Aufgaben der Schaffung der revolutionären Einheitsfront, der Schaffung der revolutionären Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung und der Unterstützung des Englisch-Russischen Komitees durch Entlarvung der „linken“ trade-unionistischen Führer, die das verhindern wollen.

9. Bei der Aufklärung der taktischen Probleme unserer Bewegung muß unsere Propaganda während der Lenin-Woche stets aufs neue von der allgemeinen Charakteristik der gegenwärtigen historischen Epoche als der „Epoche der sozialen Weltrevolution“, wie sie Lenin gegeben hat, ausgehen und somit das Wesen der jetzigen Etappe der „relativen Stabilisierung“ als der Etappe „zwischen zwei Wellen der Revolution“ ins volle Licht rücken. Nur unter dieser Bedingung können alle liquidatorischen Versuche von rechts und „links“ mit der vollen Schärfe der theoretischen Analyse und der praktischen Schlußfolgerungen abgewiesen und insbesondere die konterrevolutionären Machenschaften der Ultralinken voll-

ständig entlarvt werden, die eingestandenermaßen die Ereignisse in England, wie auch in China und namentlich die Entwicklung Sowjetrußlands als „Ausdruck der vollständigen kapitalistischen Stabilisierung“ ansehen und von dem „Nichteintreten der sozialen Weltrevolution“ faseln, wie es die Korsch-Bande tut.

Von diesem Standpunkt aus muß klar und deutlich gezeigt werden, wie die Ultralinken eines Sinnes und eines Herzens mit den größten Schurken der Sozialdemokratie ihr schändliches Handwerk des Verrats aller revolutionären Bewegungen in der ganzen Welt betreiben und mit allen Mitteln, Seite an Seite mit den Noske und Scheidemann, Pilsudski und Chamberlain, die Kriegshetze gegen Sowjetrußland entfachen. Von diesem Gesichtspunkte aus muß den breitesten Massen des Proletariats und allen Werktätigen klar gemacht werden, daß gerade die Existenz der Sowjetunion ein lebendiger Beweis für die Fortdauer und Fortentwicklung der sozialen Weltrevolution ist, und zwar nicht bloß ihr Ansatzpunkt und ihr Signal im Weltmaßstabe, sondern die Basis und die Nährquelle aller revolutionären Energien und deren Umgestaltung im Sinne des Sozialismus.

Nur auf der Basis der Leninschen Lehre von der sozialen Weltrevolution kann auch die Frage der Wege und Entwicklungstendenzen der *chinesischen Revolution* entschieden werden. Daher ist es die besondere Aufgabe unserer Propaganda während der Lenin-Woche, den Kampf der chinesischen Arbeiter und Bauern in den Mittelpunkt des Interesses aller Werktätigen zu stellen, die infame Heuchelei und Verschweigungspolitik der Sozialpazifisten einerseits, die Schandtaten der Sozialimperialisten andererseits gegenüber diesem Kampfe immer wieder anzuprangern, aber gleichzeitig die theoretische Auffassung in die Avantgarde des Proletariats zu tragen, daß die weitere wirtschaftliche Entwicklung Chinas nicht den kapitalistischen Weg einschlagen muß; daß es von der Stärke der Sowjetunion und der Unterstützung des Proletariats aller Länder abhängen wird, ob die national-revolutionäre Bewegung Chinas für uns nicht bloß einen gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, sondern, in unmittelbarem Sinne, einen direkten Kampf für den Sozialismus bedeuten wird. An Hand der Resolution der Erweiterten Exekutive muß die Bedeutung der Lösung dieser Frage in der einen oder anderen Richtung vor den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse erläutert werden.

10. Wie die jetzige Epoche der sozialen Weltrevolution nichts anderes ist, als die Epoche des langwierigen und hartnäckigen Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem auflebenden Kommunismus, wie dieser historische Uebergang gegenwärtig seinen prägnantesten Ausdruck und seine konkrete Darstellung findet in dem *zehnjährigen Bestehen der proletarischen Diktatur der UdSSR*, so müssen sich notwendigerweise alle sozialen und nationalen Kämpfe, sowie alle ideologischen Auseinandersetzungen der heutigen Etappe gruppieren um den einen entscheidenden Konflikt, um den Grundgegensatz: *Sowjetrußland gegen den Weltimperialismus, Sozialismus gegen Kapitalismus*.

Ohne Zweifel, seit dem Ausbruch der Oktoberrevolution und in allen Phasen ihrer Entwicklung, in der Phase des Bürgerkrieges ebenso wie in der des Ringens des sowjetrussischen Proletariats um die wirtschaftliche Grund-

legung des Sozialismus, war die Stellungnahme der verschiedenen Klassen, Schichten und Parteien zu Sowjetrußland der historische Prüfstein der Zugehörigkeit zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution. Wie die Pariser Kommune die Herzen aller Arbeiter im Fluge eroberte, so hat die Sowjetrepublik in der ganzen Welt die Arbeiterklasse und alle unterdrückten Nationen mit dem größten Enthusiasmus erfüllt und fest um sich geschart. Auf der anderen Seite wurde die Sowjetmacht von Beginn ab von der Weltbourgeoisie und ihren kleinbürgerlichen Ideologen mit den schändlichsten Lästerungen und Schmähungen bedacht und zum Gegenstand der ungeheuerlichsten Lügen und Verdrehungen gemacht. Ganz besonders waren es die „internationale“ Sozialdemokratie und ihre „berufenen geistigen Führer“, wie Kautsky und Bauer, Parvus und Dan und Konsorten, die von vornherein in verschiedener Nuancierung und Verbrämung, „gestützt auf Marx“, eine beispiellose Hetze gegen den Bolschewismus entfalteten und, um die Arbeiter zu verwirren, bald von der „bürgerlichen Revolution“ in Rußland (Kautsky), bald von dem „proletarischen Despotismus“ (Bauer) sprachen. In der Tat, diese Renegaten haben der Bourgeoisie gute Dienste geleistet und ihre literarischen Tiraden haben das würdige Gegenstück zu den Kanonaden von Judenitsch und Wrangel, Churchill und Millerand geliefert.

Die neue Hetze gegen Sowjetrußland, die in dem jetzigen Augenblick von den sozialdemokratischen Führern und ihren ultralinken Handlangern organisiert wird, findet ihren Hauptgrund in der Vorbereitung einer Intervention gegen die Rätewacht. Wie vor Jahren, beginnen die Renegaten aller Schattierungen von dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution zu sprechen, proklamieren bald die Notwendigkeit der gewaltsamen oder der „mehr friedlichen“ Umwälzung der Sowjetmacht, berufen sich auf die allgemeine „Krise“ der Sowjetwirtschaft und ihre kapitalistischen Entwicklungstendenzen, faseln von der Degeneration der bolschewistischen Avantgarde.

Auf der anderen Seite scharen sich die breiten Massen der Werktätigen mit immer größerer Sympathie um das sozialistische Aufbauwerk in der UdSSR, erklären sich instinktiv für dieses Werk als ihr eigenes und schicken sich an, mit allen Kräften sich dafür einzusetzen, alle Interventionsversuche der Bourgeoisie abzuwehren. Unter dem Drucke der „kapitalistischen Rationalisierung“ beginnen sie immer mehr zu erkennen, daß der Weg Sowjetrußlands ihr eigener Weg werden muß, daß es keinen anderen Weg der Befreiung aus der kapitalistischen Hölle gibt.

11. Unter diesen Umständen wird der ganze Fragenkomplex Sowjetrußlands, d. h. das Problem der Machtergreifung des Proletariats in einem einzigen Lande, der „Reife“ für den Sozialismus, der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in den vereinzelt Ländern, das Wesen der Diktatur des Proletariats, die Beziehung zwischen dem Proletariat und der von ihm geführten Bauernschaft und dgl. mehr, nicht bloß theoretisch, sondern aktuellpolitisch in den Mittelpunkt des Interesses des internationalen Proletariats gestellt. Und dieses Interesse an dem Bestand und der Entwicklung des ersten Arbeiterstaates findet seine volle Berechtigung nicht bloß in der außenpolitischen Konstellation Sowjetrußlands, sondern in gleicher Stärke in

seinem wirtschaftlichen Aufbauwerk in dem gewaltigen Fortschritte von der ersten Phase der Nep zu der zweiten, von der „Wiederherstellungsperiode“ zu der Periode der Rekonstruktion auf der Grundlage des Sozialismus, den das Proletariat der sozialistischen Union jetzt verwirklicht.

Diese historische „Wendung“, dieser Uebergang zu einer neuen höheren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung in der Räterepublik mußte notwendigerweise die Frage des Sieges des Sozialismus in einem Lande aufs neue aufrollen und, wie einst im Oktober, jedermann zu klarer Entscheidung „für oder gegen“ auffordern.

Die 15. Parteikonferenz der WKP (B) und die letzte (7.) Erweiterte Exekutive der KI haben diese Frage der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande in ihrer ganzen Breite gestellt und klar beantwortet, sie haben die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Lande, wie Sowjetrußland, im schärfsten Kampfe gegen die russische Opposition und ihre Anhängsel in- und außerhalb der KI bejaht, indem sie diese Opposition als eine kleinbürgerliche, sozialdemokratische Abweichung entlarvten.

Die Auseinandersetzung zwischen der WKP und der KI einerseits und der russischen Opposition andererseits kann aber nur voll verstanden werden, wenn erkannt wird, daß es sich hierbei nicht um das eine oder das andere Problem der proletarischen Revolution, sondern um ihre Gesamtheit, um ihre leninistische Gesamtaufassung handelt. Es liegt auf der Hand, daß die Opposition des Genossen Trotzki und der Genossen Sinowjew-Kamenew in jeder Einzelfrage der russischen Diskussion, sei es der Frage des Charakters des proletarischen Staates, oder noch vorher des Charakters der Staatsindustrie, sei es in der Frage der einzelnen praktischen Maßnahmen, wie der Industrialisierung, der Politik gegenüber dem Dorfe usw., in Widerspruch mit dem Leninismus treten mußte, weil sie von vorn herein die leninistische Gesamtbeurteilung des Charakters der russischen Revolution und daher auch der Entwicklungswege dieser Revolution gar nicht oder nur bruchstückweise sich zu eigen machte. In der Tat, weil Genosse Trotzki in der proletarischen Revolution Sowjetrußlands, innerhalb ihres eigenen Rahmens, keine Möglichkeit der Lösung des prinzipiellen Widerspruches zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft finden kann und somit die Lösung dieses Widerspruches außerhalb des „national-staatlichen Rahmens“ Sowjetrußlands suchen will; weil die Genossen Sinowjew-Kamenew, im Grunde genommen, schon vor dem Oktober daran verzweifelten, daß das Bauerntum als positive Hilfskraft vom siegreichen Proletariat zum Aufbau des Sozialismus benützt werden oder, anders gewendet, das Proletariat als Hegemon, vermittelt seiner Klassendiktatur und seiner wirtschaftlichen Kommandohöhen die werktätigen Bauernmassen zum Sozialismus erziehen und sie an seinem sozialistischen Aufbauwerke mitarbeiten lassen kann und muß, haben sie notwendig die prinzipielle Auffassung des Leninismus von der proletarischen Revolution überhaupt und speziell ihrer Entwicklung in einem Lande, wie die Union der Sowjetrepublik, verlassen.

12. Der Leninismus erklärt prinzipiell bei der Bestimmung der „Oekonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“ die „Unterscheidung zwischen den Bauern als Werktätigen und den Bauern als

Händlern und Spekulanten“ für notwendig, damit das siegreiche Proletariat, nach dem Sturze der Kapitalisten und Gutsbesitzer, — „seine viel schwierigere Hauptaufgabe der organisatorischen Umgestaltung der gesamten gesellschaftlichen Wirtschaft“ lösen kann. Er hebt diese Unterscheidung als das „Wesen des Sozialismus“ hervor, obwohl in der Praxis, im Leben, die beiden Eigenschaften des Bauern, wie sehr sie auch einander widersprechen, in eins verschmolzen sind. Dieses Wesen des Sozialismus haben die Sozialdemokraten niemals verstanden.

Der Leninismus erklärt weiter in praktischer Vermittlung dieser grundsätzlichen Auffassung bei der Durchführung der Neuen Oekonomischen Politik, daß die Bedeutung des Ueberganges zur Naturalsteuer darin liegt, daß es der Uebergang „zum richtigen sozialistischen Fundamente ist“ und die Konsequenz, die vollendete Linie dieses Ueberganges sein muß: „der Austausch der Produkte der („sozialisierten“) Großindustrie gegen bäuerliche Produkte“, (was) „das ökonomische Wesen des Sozialismus ist“.

Der Leninismus erklärt, daß „der Bund des Proletariats und Bauerntums das Alpha und Omega der Sowjetmacht“ und „die notwendige und hinreichende Bedingung ihrer Festigkeit ist“.

Der Leninismus erklärt, daß „dieser Bund bei dem ökonomischen Aufbau“ — „gleich der sozialistischen Revolution“ ist.

Der Leninismus erklärt schließlich in voller Uebereinstimmung mit seiner Darstellung des Wesens der proletarischen Diktatur und der neuen Formen und Aufgaben des Klassenkampfes unter der proletarischen Diktatur, daß diese ihre Aufgaben — „zwecks der Befreiung von der Ausbeutung“ „überhaupt“, in Beziehung auf alle Werktätigen in der systematischen, leitenden Einwirkung auf sie besteht, was auch ein Kampf ist, aber ein eigentümlicher Kampf, die Ueberwindung eines ganz anderen Widerstandes und eine ganz andere Ueberwindung. Und er erläutert diese Ueberwindung in dem Sinne, daß das Proletariat durch seinen revolutionären Kampf die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zerstört, „ergo (also) die kapitalistischen Determinationen und Motivierungen des Willens für alle Schwankenden zerstört“.

Es bedarf bloß eines oberflächlichen Vergleiches dieser Auffassung des Leninismus über die Beziehungen des Proletariats und Bauerntums in der sozialistischen Revolution mit den Auffassungen der Genossen Trotzki, Sinowjew und Kamenew, die das Bauerntum höchstens als einen unsicheren Verbündeten im offenen militärischen Kampfe gegen die Bourgeoisie, aber als einen prinzipiellen Widersacher beim sozialistischen Aufbau erklären, um nicht bloß ihre theoretische Abweichung, sondern zugleich auch das unleninistische Wesen ihrer praktischen Vorschläge in der Politik des Sowjetstaates gegenüber dem Bauerntum zu verstehen. Aber dieses Verlassen des leninistischen Bodens in der Grundfrage der proletarischen Revolution, des richtigen Verhältnisses zwischen dem Proletariat und den von ihm geführten Massen der werktätigen Bauern, mußte die Opposition zwangsläufig zu all ihren Schwankungen und Zweifeln über den Charakter des Sowjetstaates, des Wesens der NÖP, der Bedeutung der Kooperation, des Ausbaus der proletarischen Demokratie durch die Aktivisierung der Sow-

jets, mußte sie zu ihren verkehrten Ansichten über die Wege und Methoden der Industrialisierung der Sowjetunion führen. Stück für Stück mußte die Opposition den Standpunkt des Leninismus preisgeben und immer mehr auf den Standpunkt des Trotzismus übertreten, die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der Union der SSR leugnen, aber zugleich in ihrer prinzipiellen Verneinung der Politik der Partei alle organisatorischen Prinzipien des Leninismus aufgeben. Die Geschichte des Oppositionsblockes, seine Prinzipienlosigkeit und innere Haltlosigkeit beweisen, daß, wer an einem Bestandteile nur des Leninismus rüttelt, notwendig an seinem ganzen Bau und System der siegreichen proletarischen Taktik verzweifeln muß, d. h. in Panikstimmung die Linie des entschlossenen Vormarsches verlassen muß und sich so der sozialdemokratischen Linie des ständigen Rückzuges annähert.

13. Die 15. Parteikonferenz der WKP (B) und die letzte (7.) Erweiterte Exekutive der KI haben durch ihre Resolution über die Frage der KPSU die Haltung der Opposition scharf verurteilt. Sie haben gezeigt, wie haltlos die oppositionellen Einwände über den angeblichen national-beschränkten Charakter der allgemeinen Politik der bolschewistischen Partei waren, sie haben festgestellt, daß Sowjetrußland gegenwärtig das objektiv wichtigste Organisationszentrum der internationalen Revolution ist. Sie haben die Frage der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion, vom Standpunkt der sozialen Kräfte und der technischen Möglichkeiten des Landes, klar bejaht. Sie haben mit besonderem Nachdruck die leninistische Auffassung von der Möglichkeit eines **d a u e r n d e n ö k o n o m i s c h e n** Bündnisses zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft beim Aufbau des Sozialismus hervorgehoben und die Verkehrtheit des oppositionellen Standpunktes nachgewiesen, daß eine rasche Entwicklung der Bauernwirtschaft notwendig eine Entwicklung der kapitalistischen Elemente im Dorfe herbeiführen muß. Sie haben vollständig die richtige Industrialisierungspolitik der WKP gebilligt, deren Erfolge bei der Hebung der Industrie und der Verstärkung ihres spezifischen Gewichtes durch die Ergebnisse dieses Jahres und das voraussichtliche Entwicklungstempo der nächsten Jahre sogar von dem Klassenfeinde nicht mehr gelehnet werden können. Sie haben die „praktischen“ Vorschläge der Opposition, die alle auf die Zerreißung des Bündnisses zwischen dem Proletariat und den werktätigen Bauernmassen hinausliefen, eindeutig verworfen und namentlich die Verdrängung des Privatkapitals, sogar aus der Sphäre des Handels, die immer inniger werdende Verbindung zwischen der sozialisierten Industrie und der bäuerlichen Landwirtschaft, auf dem Wege des Genossenschaftswesens, als einen Beweis dafür formuliert, daß die kapitalistischen Elemente der Sowjetwirtschaft bis zu Ende durch die gemeinsamen Anstrengungen des Proletariats und des kollektivisierten Bauerntums vernichtet, d. h. aber die ökonomische Basis des Sozialismus durch unmittelbaren Zusammenschluß der sozialistischen Großindustrie und der Landwirtschaft in ein einheitliches Ganzes festgegründet werden wird.

Auf der anderen Seite haben jedoch die 15. Parteikonferenz der WKP (B) und die 7. Erweiterte Exekutive der KI klar und eindringlich das Urteil ausgesprochen, daß der sozialistische Aufbau in Sowjetrußland, der Sieg des Sozialismus in einem Lande nur vollständig gesichert werden kann

durch die internationale Revolution, durch den Sieg des Proletariats wenigstens einiger fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Daran zu arbeiten, ist nun die Aufgabe des revolutionären Proletariats und der unterdrückten Nationen der ganzen Welt. Im schärfsten Kampfe gegen alle Abweichungen vom Leninismus in den eigenen Reihen, durch vollständige Zerschlagung der sozialdemokratischen Illusionen, die noch in den Massen leben, durch Entlarvung des verräterischen Treibens der sozialdemokratischen Führer wird diese Aufgabe der geschichtlichen Epoche der Gegenwart, der Epoche der Weltrevolution, unter der Führung der kommunistischen Parteien gelöst werden.

A g i t p r o p E K K I.